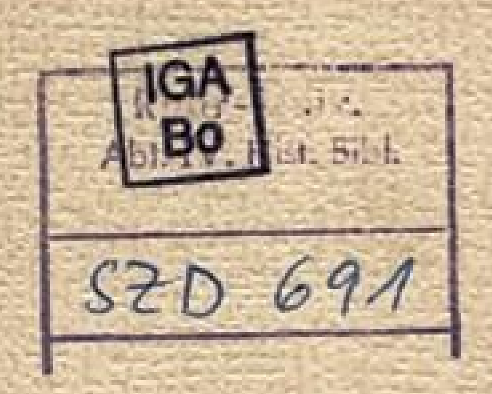
Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Jahrgang 3
18. Jänner 1978

Nr. 1/78



Kommuniqué der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz

Referat des Sekretärs des ZK zur Lage und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich
Gehalten auf der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz

Die Massenbewegung gegen Atomkraftwerke führt einen gerechten Kampf – eine Antwort auf die „Solidarität"

Die österreichische Elektrizitätswirtschaft

Der Kampf des Volks der Türkei gegen die beiden Supermächte
Rede des Genossen Dagyeli, Herausgeber der fremdsprachigen Ausgaben von Aydınlık, am 19. November 1977 in Wien

Die Krise in der sowjetischen Landwirtschaft, Produkt der Herrschaft der neuen Zaren



Kommunistischer
Bund
Österreichs

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Inhalt:

Kommuniqué der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz 5

Referat des Sekretärs des ZK zur Lage und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich 9
Gehalten auf der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz

Die Massenbewegung gegen Atomkraftwerke führt einen gerechten Kampf – eine Antwort auf die „Solidarität" 21

Die österreichische Elektrizitätswirtschaft 35

Der Kampf des Volks der Türkei gegen die beiden Supermächte . . . 40
Rede des Genossen Dagyeli, Herausgeber der fremdsprachigen Ausgaben von Aydınlık, am 19. November 1977 in Wien

Die Krise in der sowjetischen Landwirtschaft, Produkt der Herrschaft der neuen Zaren 50

Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs, für den Inhalt verantwortlich Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12.



157 Seiten, Preis 50.- öS

Das Buch ist erhältlich über die Zellen des KB Österreichs, über die Verkaufsstellen des „Klassenkampf" oder durch Bestellung bei Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Postfach 13, 1042 Wien, Telefon: 0222/57-37-23

Bestellungen richten Sie bitte an: Alois Wieser Ges.m.b.H., Postfach 13, 1o42 Wien.

Best. Nr.: Z 2000

Inhalt:

Kommunique

Referat des Sekretärs des Zentralkomitees zu den Aufgaben der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz

Politischer Bericht des Zentralkomitees an die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz

Resolution zur Analyse der internationalen Lage

Referat des Sekretärs des Zentralkomitees zur Lage und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich

Organisationsbericht des Zentralkomitees an die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz

Resolution zu den Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften

Resolution zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten

Die wichtigsten Änderungen am Programm

Die wichtigsten Änderungen am Statut

Beschluß der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz zum politischen Bericht und zum Organisationsbericht

Schlußwort des Sekretärs des Zentralkomitees

Kommuniqué

Die 1.ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs hat vom 6.bis 8.Jänner 1978 in Wien stattgefunden. 38 ordentliche Delegierte, davon 61% Arbeiter und einfache Angestellte, vertraten die sechs Ortgruppen und die zwei zentralen Einheiten der Organisation. Als Gastdelegierte nahmen Vertreter der Sympathisantengruppe Knittelfeld, der Sympathisanten in Villach, die Mitglieder der Redaktion des Zentralorgans, die Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission, der Leiter des ZK-Büros und Vertreter des Verbandes Kommunistischer Intellektueller Wien, der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation Wien, der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation Linz und des Marxistischen Studentenbundes Salzburg teil.

Die wichtigsten Tagesordnungspunkte waren die Beratung und Beschlußfassung über den Rechenschaftsbericht des ZK, einige Abänderungen von Programm und Statut, sowie die Neuwahl des ZK.

Vor Beginn ihrer Arbeit ehrt die Delegiertenkonferenz in einer Gedenkminute den größten Marxisten-Leninisten unserer Zeit, den Genossen Mao Tsetung.

Die 1.ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz fand genau 17 Monate nach der Gründung des KB Österreichs statt. Sie fand statt in einer Situation heftiger Kämpfe gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus, sowie einer raschen Verschärfung der Rivalität der beiden Supermächte und der Kriegsgefahr, in einer Situation der Verschärfung der Klassengegensätze in Österreich, in einer Situation weitreichender Veränderungen der Lage in der marxistisch-leninistischen Bewegung Österreichs, in einer Situation, in der der ideologische, politische und organisatorische Aufbau des KB Österreichs seine erste Etappe nach der Gründung der Organisation durchlaufen hat. Die 1.ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz stand vor der Aufgabe, die internationale politische Lage und die politische Lage in Österreich zu analysieren, den ideologischen, politischen und organisatorischen Aufbau der Organisation seit der Gründung selbstkritisch zu überprüfen und die Aufgaben für die nächste Periode festzulegen.

Die 1.ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz hat ihre Arbeit erfolgreich abgeschlossen. Sie hat die Fortschritte im ideologischen Aufbau der Organisation und in ihrem Aufbau als Kampforganisation zum Ausdruck gebracht. Sie hat eine sehr große Geschlossenheit der Organisation gezeigt. Sie war selbst ein Schritt im Aufbau des KB Österreichs als demokratisch-zentralistische Kampforganisation.

Die Delegiertenkonferenz hat unterstrichen, daß der Kampf um den Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Avantgardepartei der österreichischen Arbeiterklasse die Hauptaufgabe unserer Organisation ist. Sie hat den bisherigen Aufbau der Organisation unter diesem Gesichtspunkt analysiert und die dementsprechenden Aufgaben, den Weg zur Schaffung der Partei, festgelegt. Die 1.ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz fand zu einem Zeitpunkt statt, zu dem der vollständige und unwiderrufliche Übergang der MLPÖ und VRA ins Lager des Revisionismus und der Konterrevolution bereits vollzogen war. Damit wird der Aufbau der Partei allein von unserer Organisation getragen.

„Die revisionistische Entartung dieser Gruppierungen und ihr endgültiger Verrat am Marxismus-Leninismus sind der vorläufige Endpunkt einer jahrelangen Entwicklung, in der der Revisionismus in diesen Gruppen ideologisch, politisch und organisatorisch mehr und mehr die Oberhand gewann. Nach dem Tod des Vorsitzenden Mao Tsetung und der siegreichen Niederschlagung der konterrevolutionären 'Viererbande' in der VR China haben diese Gruppierungen endgültig vor dem Druck der imperialistischen Reaktion kapituliert und die Farbe gewechselt. Dies ist bereits eine unumstößliche Tatsache geworden. Anders als noch

zum Zeitpunkt der Gründung des KB muß heute nicht mehr der Kampf um die Herstellung der ideologischen, politischen und organisatorischen Einheit mit diesen Gruppen geführt werden, sondern der Kampf um ihre vollständige Demaskierung und Isolierung bei gleichzeitiger Gewinnung aller ehrlichen Mitglieder und Anhänger dieser Gruppen, die heute noch vom Revisionismus irregeführt und betrogen werden.

Bedeutet diese Entwicklung eine Schwächung der marxistisch-leninistischen Bewegung? Bedeutet sie einen Beweis der Stärke des Revisionismus und der Schwäche des Marxismus-Leninismus? Das Gegenteil ist der Fall.

Die Geschichte der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich nach dem revisionistischen Verrat der KPÖ beweist die unbezwingbare Lebenskraft des Marxismus-Leninismus. Diese Geschichte ist voller Windungen und Wendungen und auch Rückschlägen, aber aus dieser Entwicklung ist der Marxismus-Leninismus immer stärker hervorgegangen, während der Revisionismus von Tag zu Tag mehr verfault. An die Stelle der alten marxistisch-leninistischen Organisationen, die mit dem Revisionismus nicht vollständig brachen und schließlich selbst entarteten, sind neue organisierte Kräfte getreten, die stärker und für die anstehenden Aufgaben ungleich besser ideologisch, politisch und organisatorisch gerüstet sind. Ist dies nicht ein schlagender Beweis dafür, daß der Marxismus-Leninismus eine unüberwindliche Kraft ist? Die Entstehung und Entwicklung unserer Organisation hat dies bewiesen und beweist das Tag für Tag aufs Neue. Wir haben also allen Grund, die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung mit revolutionärer Zuversicht zu sehen und weiter zielstrebig voranzutreiben." (Rechenschaftsbericht)

Ein Punkt, auf den sich die Debatte der Delegiertenkonferenz konzentrierte, war die Linie im internationalen Klassenkampf. Dazu hält der Rechenschaftsbericht fest: „Die Entwicklung der grundlegenden Widersprüche hat seit der unmittelbaren Nachkriegszeit zu bedeutenden Veränderungen der internationalen Situation geführt. Die veränderte Situation macht eine veränderte internationale Strategie des Weltproletariats und der unterdrückten Völker notwendig. Die von Mao Tsetung ausgearbeitete Konzeption der drei Welten entspricht dieser Notwendigkeit. Sie ist eine unerläßliche strategische Konzeption für den internationalen Klassenkampf. Sie nimmt eine neue Analyse und Einteilung der verschiedenen politischen Kräfte und ihrer Beziehungen vor, wie sie sich auf Grundlage der Entwicklung der großen weltweiten Widersprüche herausgebildet haben. Die Konzeption der drei Welten ist eng mit der Analyse der großen Widersprüche auf der Welt verbunden und muß stets aufs Neue eng mit ihr verbunden werden. Sie beleuchtet den Weg, wie das Weltproletariat und die Völker heute erfolgreich den Kampf gegen die internationalen Hauptfeinde der Völker, die beiden Supermächte, führen, wie sie sich in diesem Kampf zusammenschließen und eine breitestmögliche Front gegen die Hauptfeinde aufbauen können. Sie beleuchtet den Weg des Kampfes gegen den Krieg. Sie zielt ab auf die Förderung der Kräfte der Weltrevolution im Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und Krieg und trägt ideologisch und praktisch bedeutend dazu bei." (Rechenschaftsbericht)

Die Delegiertenkonferenz hat eine Linienkorrektur hinsichtlich des internationalen Klassenkampfes beschlossen: „Diese strategische Orientierung ist in unserer Organisation noch nicht vollständig durchgesetzt. Wir haben nicht konsequent gesehen, daß der Kampf um die Bildung einer breitestmöglichen Einheitsfront aller zu gewinnenden Kräfte gegen die Supermächte heute die entscheidende strategische Aufgabe im internationalen Kampf gegen den Imperialismus ist und daß der Kampf auch um die Einbeziehung der Länder der Zweiten Welt in diese Front geführt werden muß. Wir sind bisher für die Bildung einer internationalen Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus eingetreten. Wir haben dieser der Generallinie der proletarischen Weltrevolution für die gesamte Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution entsprechenden Aufgabe unter den heutigen konkreten Bedingungen des internationalen Klassenkampfes zu entsprechen versucht: Wir haben den Kampf der Dritten Welt unterstützt. Wir haben international den Hauptstoß gegen die Supermächte gerichtet. Wir haben gegenüber der eigenen Bourgeoisie eine Politik entwickelt und an sie Forderungen gerichtet, die objektiv auf die Einbeziehung Österreichs in eine

internationale Einheitsfront gegen die Supermächte gerichtet waren, und dabei die Widersprüche zwischen Erster und Zweiter Welt ausgenutzt. Diese Politik haben wir in den letzten Jahren Schritt für Schritt im Zusammenhang mit der Praxis des Klassenkampfes und im Kampf gegen revisionistische und sozialchauvinistische Auffassungen in der marxistisch-leninistischen Organisation ausgearbeitet und entwickelt. Das war ein harter Kampf und er hat bedeutende Fortschritte gebracht. Wir haben es aber bisher abgelehnt, den Kampf um eine breitestmögliche und möglichst auch die Länder der Zweiten Welt umfassende internationale Einheitsfront gegen die beiden Supermächte ausdrücklich zu unseren politischen Aufgaben zu erklären. Wir haben diese letzte Konsequenz aus der Konzeption der drei Welten nicht ausdrücklich gezogen. Diese theoretische Inkonsequenz hat vielfach auch zur praktischen Inkonsequenz und auch zu Fehlern geführt. Aber im ganzen letzten Jahr haben wir unsere Politik in der richtigen Richtung weiterentwickelt. Sie hat mehr und mehr auch nach der ausdrücklichen und konsequenten theoretischen Korrektur dieses Fehlers gedrängt, nachdem wir ihn praktisch in verschiedenen politischen Fragen bereits immer wieder korrigiert hatten und korrigierten. Zu 90 % war unsere Politik richtig und nur zu 10 % war sie falsch, weil diese Inkonsequenz uns den Kopf verstellte.

Diese Inkonsequenz hat ihre Entstehungsgeschichte und ihre Gründe. Vor 1 1/2 Jahren traten in den Vorläuferorganisationen des KB Österreichs Leute auf mit der Ansicht, man müsse den Kampf der unterdrückten Völker gegen die imperialistischen Länder der Zweiten Welt und den Klassenkampf in diesen Ländern einstellen oder an die 2. Stelle setzen zugunsten eines Zusammenschlusses aller Kräfte gegen die Supermächte. Dieser revisionistischen Position sind wir zu Recht entgegengetreten, wir haben am Ziel der proletarischen Weltrevolution und am internationalen Klassenkampf gegen Imperialismus und Reaktion festgehalten, aber wir haben dabei 'den Bogen überspannt' und im Kampf gegen den Revisionismus selbst 'linke' Fehler gemacht. Unsere bisherige Position hat auch begünstigt, daß immer wieder sogar 'linke' Abweichungen von den bestehenden Festlegungen gemacht wurden. Sie hat es erschwert, den Klassenkampf in Österreich mit dem internationalen Klassenkampf richtig zu verbinden. Wenn dieser Fehler jetzt korrigiert wird, muß darauf geachtet werden, daß er nicht nur in Worten korrigiert wird, sondern in der Praxis der politischen Arbeit, und daß ein ständiger Kampf um die Korrektur dieses Fehlers geführt wird." (Rechenschaftsbericht)

Die 1.ordentliche nationale Delegiertenkonferenz hat die grundlegenden Waffen unserer Organisation, Programm und Statut, geschärft. Die wichtigsten Programmänderungen sind die klarere und geschlossenere Formulierung der Aussagen über die internationale Stellung Österreichs, über unsere Aufgaben im internationalen Klassenkampf und über die Verbindung des Klassenkampfes in Österreich mit dem internationalen Klassenkampf sowie die Veränderung des Abschnitts über die nationalen Minderheiten in Österreich.

Der Abschnitt über die internationale Stellung Österreichs und unsere damit zusammenhängenden Aufgaben lautet:

„Österreich ist ein imperialistisches Land und steht in der Reihe der Unterdrückernationen. Die österreichische Bourgeoisie steht im Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären in imperialistischer Konkurrenz zu den Bourgeoisien der anderen Länder. Zugleich ist sie gezwungen, sich in diesem Kampf an die Seite größerer imperialistischer Bourgeoisien zu stellen. Durch enge ökonomische, politische und militärische Beziehungen ist sie an die USA und andere westliche imperialistische Länder, vor allem die BRD, gebunden. Gleichzeitig ist der Sozialimperialismus bestrebt, seinerseits Österreich allseitig in Abhängigkeit zu bringen. Die österreichische Bourgeoisie ist der Bedrohung, Kontrolle und Schikane durch die beiden Supermächte USA und Sowjetunion, aber auch den imperialistischen Bestrebungen anderer Länder, vor allem der BRD, ausgesetzt. Dazu kommt die österreichische Bourgeoisie auf Grundlage der Verfolgung ihrer eigenen imperialistischen Interessen in Widerspruch. Die Neutralität Österreichs nützt sie, um sich mehr Spielraum und bessere Möglichkeiten bei der Verfolgung dieser Interessen zu verschaffen. Sie wird sie jederzeit preiszugeben versuchen, wenn sie diesen Interessen im Weg steht.

Die Kommunisten treten gegen jede Einschränkung der staatlichen Souveränität Österreichs und gegen jeden Anschluß Österreichs an ein imperialistisches Bündnis auf. Sie

kämpfen gegen die Versuche der beiden Supermächte, Österreich ihrer ökonomischen, politischen oder militärischen Kontrolle zu unterwerfen. Sie kämpfen für die nationale Unabhängigkeit und führen diesen Kampf als untrennbaren Bestandteil des Kampfes um die sozialistische Revolution in Österreich, die die vollständige Unabhängigkeit Österreichs auf der Grundlage der Beseitigung aller unterdrückerischen ausbeuterischen Beziehungen zu anderen Nationen verwirklicht. Sie kämpfen für die Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt, für den Abzug aller fremden Truppen und für die Auflösung aller ausländischen Militär- und Flottenstützpunkte insbesondere derer der beiden Supermächte, in allen europäischen Ländern und für das vollständige Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen."

Der Abschnitt über die nationalen Minderheiten in Österreich lautet:

„Die Entwicklung des Kapitalismus führte bereits vor dem Ersten Weltkrieg zur Herausbildung der österreichischen Nation. Diese war zugleich die Unterdrückernation innerhalb der Habsburmonarchie. Im Zuge der imperialistischen Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg verblieben bei der neugegründeten Republik Deutsch-Österreich nationale Minderheiten, denen die imperialistische Bourgeoisie jegliche nationalen Rechte, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht, vorenthielt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verweigerte der Imperialismus den Slowenen erneut das Recht auf Selbstbestimmung. Die rasche Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und die fortgesetzte Entnationalisierungspolitik der österreichischen Bourgeoisie beschleunigten selber den Prozeß der gewaltsamen Assimilierung der nationalen Minderheiten. Weiterhin bedroht die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie die Existenz der nationalen Minderheiten in Österreich.

Die Kommunisten kämpfen gegen jeden Chauvinismus, da er nur darauf gerichtet ist, die Arbeiterklasse und das Volk zu spalten, ihren Zusammenschluß im Klassenkampf zu verhindern und sie an die Bourgeoisie zu ketten. Deshalb treten die Kommunisten für die volle Verwirklichung der demokratischen Rechte der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit ein."

Die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz hat ein neues ZK, bestehend aus 15 Mitgliedern des ZK und 4 Kandidaten zum ZK, gewählt. Mit der Internationale wurde die Delegiertenkonferenz geschlossen.

Referat des Sekretärs des ZK zur Lage und Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich

(Gehalten auf der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz in Wien am 6.-8.1.1978)

Der Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an die 1.o.NDK bekräftigt die Festlegungen der Gründungskonferenz, daß *„der ideologische, politische und organisatorische Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der Arbeiterklasse in Österreich* die Hauptaufgabe der Marxisten-Leninisten und unserer Organisation ist. *„Diese Aufgabe"* – heißt es im Rechenschaftsbericht weiter – *„die sich seit dem endgültigen Verrat und der unwiderruflichen Entartung der KPÖ zu einer bürgerlichen, konterrevolutionären Partei allen Marxisten-Leninisten unseres Landes gestellt hat, und nach wie vor stellt, ruht heute ausschließlich auf den Schultern unserer jungen Organisation und den Kräften, die ihr im Klassenkampf zustreben. Dies ist das Resultat der vollständigen Entartung und des Übergangs ins Lager der Konterrevolution von seiten der VRA und der MLPÖ im Verlauf des letzten Jahres"*.

Die Mairesolution des ZK hat bereits auf folgendes hingewiesen: *„Daß und wie die marxistisch-leninistische Bewegung in drei Kräfte ideologisch und politisch gespalten ist, bleibt nicht ewig so, wie es ist, und es hat hier auch seit der Gründung des KB Veränderungen gegeben. Verschiedene ideologische und politische Linien können nicht auf die Dauer in der gleichen Weise nebeneinander bestehen. Auf der Grundlage der Entwicklung des Klassenkampfs und der politischen Lage findet zwangsläufig eine zunehmende Polarisierung zwischen Falschem und Richtigem statt. Die richtige Linie muß immer klarer herausgebildet werden und sie entwickelt sich weiter. Auf der anderen Seite tritt die Schädlichkeit des Falschen immer deutlicher hervor, auch wird es verteidigt und ausgebaut und so immer ärger. Immer klarer stellt sich die Alternative: Stellung im Kampf gegen die Bourgeoisie oder Kapitulation vor der Bourgeoisie, Marxismus-Leninismus oder Revisionismus. Für beide Perspektiven finden sich Kräfte innerhalb der marxistisch-leninistischen Bewegung. Diese ganze Entwicklung ist Ausdruck des Fortschritts der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich und ebenso dessen Vehikel. (. . . .) Diese Entwicklung findet tagtäglich vor unseren Augen statt und sie beschleunigt sich zusehends".* (Resolution des ZK, Seite 7 in „Kommunist" 5/77). Inzwischen hat diese Entwicklung zum Farbwechsel von MLPÖ und VRA geführt. Dieser Farbwechsel hat sich seit langem vorbereitet und angebahnt. Er hat eine lange Geschichte. Aber erst im letzten Jahr hat er sich vollständig und unwiderruflich vollzogen.

Die Ausgangsbedingungen der Marxisten-Leninisten 1963

Als sich ab 1963 die Marxisten-Leninisten zunächst noch in und dann außerhalb der KPÖ selbständig organisierten, standen sie vor der Aufgabe, den vollständigen und allseitigen ideologischen, politischen und organisatorischen Bruch mit dem modernen Revisionismus zu vollziehen sowie ein marxistisch-leninistisches Programm, eine marxistisch-leninistische Strategie, eine marxistisch-leninistische Taktik auszuarbeiten und insgesamt den ideologischen, politischen und organisatorischen Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Partei in Angriff zu nehmen. Dabei handelte es sich um zwei Seiten ein- und derselben Aufgabe: Der Bruch mit dem modernen Revisionismus konnte nur in dem Maß konsequent und umfassend, theoretisch und praktisch vollzogen werden, indem die neue revolutionäre Partei ideolo-

gisch, politisch und organisatorisch aufgebaut wurde.

Um eine neue revolutionäre ideologische und politische Linie auszuarbeiten, mußten die Marxisten-Leninisten der frühen 60er-Jahre einerseits an das revolutionäre Erbe der KPÖ anknüpfen, andererseits mußten sie sich entsprechend der neuen Lage und den neuen Bedingungen der Weltrevolution, wie sie in den 60er-Jahren entstanden waren sowie entsprechend den neuen Erfahrungen und den Bereicherungen des Marxismus-Leninismus neue Grundlagen schaffen und die ideologische und politische Linie des Marxismus-Leninismus auf eine neue Stufe heben. Auch das waren nur zwei Seiten ein- und derselben Aufgabe.

Die revolutionäre KPÖ hat sich vor allem in den 30er-Jahren und während des Zweiten Weltkriegs gewaltige historische Verdienste um die Sache der proletarischen Revolution erworben und Bedeutendes bei der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution in Österreich geleistet. Ohne an diese Leistungen anzuknüpfen und ohne die revolutionäre Sache, die die KPÖ seit 1918 vertrat, fortzusetzen, ist in Österreich keine revolutionäre Partei möglich.

Die Notwendigkeit des Anknüpfens an das revolutionäre Erbe der KPÖ ist die eine Sache. Die andere ist die Schwierigkeit, es zu tun. Die Geschichte der Entwicklung des Revisionismus in der KPÖ reichte Jahrzehnte zurück. Man konnte nicht an die KPÖ von vor 1963 (August-Plenum 1963 des ZK der KPÖ) oder an die von vor 1957 (XVII. Parteitag der KPÖ) anknüpfen. Man konnte nicht einmal an die KPÖ von 1945 anknüpfen. Der Revisionismus in der KPÖ reicht bis in die 30er-Jahre zurück. War das erste Jahrzehnt der jungen KPÖ bis Ende der 20er-Jahre vor allem durch „Kinderkrankheiten" jeder Art belastet, so erhob in den 30er-Jahren bereits der Revisionismus das Haupt. Im Kampf gegen den grünen und braunen Faschismus, gegen die Okkupation Österreichs und gegen den faschistischen Krieg wurden schwere revisionistische Fehler gemacht. Die revolutionär-demokratische Linie, auf der der Kampf um die Volksdemokratie geführt werden mußte, die Verbindung des Kampfes um die Volksdemokratie mit dem Kampf um die Diktatur des Proletariats und den Sieg des Sozialismus, usw. – das alles wurde nirgendwo klar und eindeutig in den programmatischen Dokumenten der Partei festgehalten. Damals bereits entfalteten dagegen offene Revisionisten, die die bürgerliche Demokratie und einen imperialistischen Frieden anstrebten, mehr oder weniger unbehelligt, ihre schädliche Tätigkeit. Richtiges und Falsches ging „koexistierte" in der Partei. Dennoch wurde die KPÖ während des Zweiten Weltkrieges ihrer Rolle als revolutionäre Avantgardepartei der Arbeiterklasse und des Volkes im Wesentlichen gerecht. 1945 jedoch rächten sich die Fehler und Halbheiten. Die KPÖ kämpfte nicht für die Errichtung der revolutionären Volksdemokratie und für die Weiterführung der Revolution zur Diktatur des Proletariats. Sie begnügte sich mit der bürgerlichen Demokratie und strebte die „Demokratisierung" des bürgerlichen Staates an. Ebensowenig wie 1945 und in den unmittelbaren Nachkriegsjahren stand die KPÖ 1950 auf der Höhe ihrer Aufgaben. Im Gegenteil haben ihre Fehler wesentlich zum Zusammenbruch des Oktoberstreiks beigetragen. Dennoch war die KPÖ in dieser Zeit eine marxistisch-leninistische Partei.

Die revisionistischen Fehler machten nicht die alles beherrschende Hauptseite ihrer Politik aus und es gab starke marxistisch-leninistische Kräfte in der Partei. Die Marxisten-Leninisten konnten und mußten mit der Orientierung kämpfen, sich dem Revisionismus in den Weg zu stellen, ihn zu bekämpfen und zu besiegen. An der Jahreswende 1956/57 wurde im Gefolge des XX. Parteitags der KPdSU durch den ZK-Beschluß des Entwurfs der „Leitsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus" der vollständige und umfassende Durchbruch des Revisionismus eingeleitet. Die Revisionisten gingen in die Offensive. Die Auseinandersetzung um diese Leitsätze erstreckte sich über den XVII. Parteitag (März 1957), der ein Meilenstein bei der Durchsetzung der „Leitsätze" in der Partei war, bis zum Februar 1958, als eine Parteikonferenz die Leitsätze in einer „auf Grund der Diskussion überarbeiteten Fassung" endlich beschließen konnte. Damit hatte die revisionistische Parteiführung ihr Ziel, einen Farbwechsel der Partei herbeizuführen, erreicht. Die revisionistische Entartung der KPÖ war vollständig durchgeführt und programmatisch festgelegt und man konnte auch nicht mehr davon ausgehen, daß diese Durchsetzung des Revisionismus wieder rückgängig zu machen wäre. Die Marxisten-Leninisten in der Partei kämpften dennoch weiter. Beim August-Plenum des ZK 1963 holte die revisionistische Parteiführung im Zug der Spaltung der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung durch den modernen Revisionismus mit der Chruschtschow-Clique im Zentrum, zur Spaltung der Partei aus. Die Vorherrschaft des modernen Revisionismus sollte ideologisch, politisch und vor allem auch organisatorisch vollständig abgesichert werden. Gegen diese Entwicklung kam es zur Gründung der „Roten Fahne".

Durch die lange Geschichte des Revisionismus in der KPÖ waren die Lehren des Marxismus-Leninismus völlig entstellt und verschüttet und die Marxisten-Leninisten selbst mit in der KPÖ tief verwurzeltem revisionistischem Gedankengut infiziert. Dazu kam, daß sich der Kampf des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus der KPdSU im internationalen Maßstab damals erst ebenfalls in vollem Umfang zu entfalten begann. Sowohl die Entwicklung des sowjetischen Revisionismus zum Sozialimperialismus als auch die Große Proletarische Kulturrevolution in China standen erst bevor. Die abscheuliche Fratze des Revisionismus der KPÖ trat erst beim XIX Parteitag in voller Deutlichkeit hervor. Deshalb standen die Marxisten-Leninisten damals vor sehr schwierigen Aufgaben.

Dazu kam, daß es bei weitem nicht genügte, ans revolutionäre Erbe der KPÖ sowie überhaupt der kommunistischen und Arbeiterbewegung anzuknüpfen. Die Erfahrungen der vergangenen zwei oder drei Jahrzehnte mußten analysiert, zusammengefaßt und ausgenutzt werden. Dies getan, den Marxismus-Leninismus gewaltig bereichert, und auf eine neue Stufe gehoben zu haben, ist das Verdienst des Genossen Mao Tsetung. Wie seinerzeit Lenin den revolutionären Marxismus nach den Jahren des Opportunismus der II. Internationale wiederbelebte und entsprechend den neuen Bedingungen weiterentwickelt hat, so hat auch Genosse Mao Tsetung den Marxismus-Leninismus aufgenommen, verteidigt und weiterentwickelt. Genosse Mao Tsetung hat sich unsterbliche Verdienste erworben nicht nur durch die Ausarbeitung der Theorie der neudemokratischen Revolution, durch die Theorie der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats sowie durch die entschlossene Einleitung und Führung des Kampfs gegen den modernen Revisionismus und den Sozialimperialismus, sondern in einem umfassenden Sinn. Ohne die theoretische und praktische Tätigkeit des Genossen Mao Tsetung hätte sich die internationale marxistisch-leninistische Bewegung nach dem revisionistischen Verrat nicht so leicht wieder festen Boden unter den Füßen schaffen können. Auch damals, in den 60er-Jahren ging es darum, die allgemeine Wahrheit des Marxismus-Leninismus, und darunter insbesondere auch die Mao Tsetung-Ideen, mit der konkreten Praxis der Revolution in Österreich zu verbinden. Auch das war eine komplizierte und schwierige Aufgabe. Die Marxisten-Leninisten standen somit in den Jahren ab 1963 vor der Aufgabe, den vollständigen und allseitigen ideologischen, politischen und organisatorischen Bruch mit dem modernen Revisionismus der KPÖ zu vollziehen und an das revolutionäre Erbe der KPÖ anzuknüpfen, die allgemeine Wahrheit des Marxismus-Leninismus, darunter besonders der Mao Tsetung-Ideen mit der konkreten Praxis der Revolution in Österreich zu verbinden, und den ideologischen, politischen und organisatorischen Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Partei voranzutreiben. Der Widerstand gegen den Revisionismus in der KPÖ war groß und insofern waren günstige Bedingungen gegeben. Es ging darum, diese Bedingungen zu nutzen und Fortschritte im Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Partei zu erzielen. Es ging darum, sich zu rüsten für den zu erwartenden und Ende der 60er-Jahre auch tatsächlich beginnenden neuen Aufschwung der Arbeiter- und Volksbewegung.

Der Kampf der Marxisten-Leninisten 1963 – 1966

Die Marxisten-Leninisten hatten schon vor 1963 den Kampf gegen den modernen Revisionismus geführt. Mit der Gründung der „Roten Fahne" erhoben sie erneut das von den Revisionisten in den Schmutz gezogene Banner des Marxismus-Leninismus und Kommunismus. Sie verkörperten die revolutionären Traditionen der österreichischen Arbeiterbewegung und das Erbe der KPÖ. Sie verteidigten die Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus

gegen den modernen Revisionismus und hielten am Ziel der Diktatur des Proletariats und am revolutionären Weg des bewaffneten Aufstandes fest. Die damaligen Marxisten-Leninisten haben sich dadurch große Verdienste erworben. Wir setzen heute die Sache fort, die sie damals proklamiert und begonnen haben.

Allerdings ist es ihnen nicht gelungen, den vollständigen und allseitigen Bruch mit dem modernen Revisionismus zu vollziehen. Ihre theoretische und praktische Tätigkeit wurde dadurch beeinträchtigt, daß sie eine Menge revisionistischen Ballast mitschleppten und die junge marxistisch-leninistische Bewegung von Anfang an revisionistische Bazillen und Infektionsherde in sich trug.

Zunächst gab es Illusionen in den modernen Revisionismus. Daß der Farbwechsel der KPÖ sich seit langem angebahnt hatte und schließlich 1957/58 unwiderruflich vollzogen worden war, wurde durchwegs unterschätzt. In der Gründungserklärung der MLÖ, „Warum MLÖ?" (1. Mai 1966), wird die Durchsetzung des Revisionismus in der KPÖ auf den XIX. Parteitag gelegt und die Gründung der MLÖ als Reaktion darauf dargestellt (S. 13). Tatsächlich erfolgte die Gründung der MLÖ, die formelle Gründung einer selbständigen marxistisch-leninistischen Organisation gegen den KPÖ-Revisionismus, relativ spät. Zwar hatte es vorher 1963 die Schaffung der „Roten Fahne" und 1965 die Schaffung des „Vorbereitungskomitees der Neugründung der Kommunistischen Partei in Österreich" gegeben. Lange Zeit hindurch hingen die Marxisten-Leninisten aber noch nach 1963 Illusionen, teilweise sogar Illusionen in die Umkehrbarkeit der Entwicklung der KPÖ, an, beschränkten ihre Arbeit auf das „Hineinarbeiten" in die KPÖ, zögerten mit der entschlossenen Inangriffnahme des ideologischen, politischen und organisatorischen Aufbaus einer neuen marxistisch-leninistischen Partei. Die Illusionen drückten sich auch in der im April 1964 erhobenen Forderung nach „Anerkennung" und „Legalisierung" der „Roten Fahne" als offiziell zugelassenes „Oppositionsorgan" in der KPÖ und in der Wahlempfehlung für die KPÖ bei den Wiener Gemeinderatswahlen im Herbst 1964 aus. Die VRA schrieb noch 1968 in ihrer Grundsatzerklärung, daß die Marxisten-Leninisten *„sogar noch auf dem XVIII. Parteitag (1961) hoffen (konnten), daß die Partei ihre Fehler korrigieren und wieder zu einer echten revolutionären Partei werden würde"* (Grundsatzerklärung, S. 29). Der wirkliche Verlauf dieses Parteitages entspricht dem in keiner Weise. Bekämpft wurden dort die Exzesse des Revisionismus, die dann auf dem XIX. Parteitag beschlossen wurden, gleichzeitig aber wurde der Revisionismus selbst verteidigt und ausgebaut. Man konnte nicht den XIX. Parteitag mit dem XVIII., XVII. oder XVI. schlagen, wie es damals viele Genossen der KPÖ versuchten. Man mußte den Revisionismus von Grund auf kritisieren und das Übel an der Wurzel packen und eine tiefgehende historische Abrechnung mit dem Revisionismus halten.

Natürlich wurden durch diese Illusionen in die KPÖ die - ohnedies sehr schwierige - Ausarbeitung einer selbständigen ideologischen und politischen Linie durch die Marxisten-Leninisten, die Wahrnehmung ihrer Avantgardefunktion gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk und die entschlossene Inangriffnahme des Parteiaufbaus sehr erschwert. Das wiederum verhinderte es, die große Zahl der Gegner des Revisionismus in der KPÖ für die neue Sache zu gewinnen. Kurzum: Der ideologische, politische und organisatorische Parteiaufbau kam nicht entsprechend voran. Auch der Kampf gegen den Revisionismus auf der Ebene der Grundprinzipien hing daher in der Luft.

Vor allem aber knüpften die damaligen Marxisten-Leninisten nicht nur an das revolutionäre Erbe der KPÖ an, sondern sie erbten auch viele Fehler und Mängel der alten KPÖ. Da sie diese Fehler und Mängel, revisionistische Erbstükke, nicht überwinden konnten, wurde bereits in der ersten Zeit der Grundstein für den in der zweiten Hälfte der 60er Jahre einsetzenden Niedergang der beiden zu diesem Zeitpunkt bestehenden marxistisch-leninistischen Organisationen gelegt. Die damaligen Marxisten-Leninisten waren nicht in der Lage, den vollständigen und allseitigen Bruch mit dem modernen Revisionismus zu vollziehen und den oben genannten Aufgaben nachzukommen. Sie wiesen selbst von Anfang an gewisse revisionistische Züge und Abweichungen vom Marxismus-Leninismus auf und diese schlechten Seiten wurden nicht überwunden, sondern - vor allem nach 1966 - immer weiter ausgebaut.

Das Schlechteste, was die Marxisten-Leninisten von der KPÖ erbten, war das vollständige Fehlen eines politischen Kampfprogrammes, eines „Minimalprogrammes" wenn man so will, eines Programmes des Herankommens an die

sozialistische Revolution. Es war dies das Erbe des imperialistischen Ökonomismus in der KPÖ, den zu überwinden es in den 30er Jahren einige, allerdings letztlich erfolglose Versuche gegeben hatte. Es war dies die falsche Haltung zum revolutionär-demokratischen Kampf. Ohne diese Linie können der wirtschaftliche Kampf und der politische Kampf nicht zum einheitlichen Klassenkampf und kann der Tageskampf nicht mit dem Kampf um das nächste strategische Ziel verbunden werden. Auch der internationale Klassenkampf kann nicht richtig geführt und mit dem Klassenkampf im eigenen Land verbunden werden. Ohne die Linie des revolutionär-demokratischen Kampfes bleibt letztlich die revolutionäre Phrase auf der einen Seite und der reformistische Kampf um nicht mehr als kleine und „realistische" Forderungen auf der anderen Seite. Es bleibt das Schwanken zwischen rechten und „linken" Fehlern. Es bleibt der Subjektivismus. Bei der KPÖ hatte seit jeher der imperialistische Ökonomismus zum Auseinanderreißen von Demokratie, Unabhängigkeit und Frieden einerseits und sozialistischer Revolution andererseits geführt. Die Marxisten-Leninisten haben diese Folgen, aber nicht den Fehler selbst kritisiert. Sie haben ihn vielmehr selbst begangen. Bei der MLPÖ hat dies später zu Zeiten eines völlig haltlosen Aktivismus und blinder Kampf- und Streikaufrufe und andererseits und letztlich zum zunehmenden Rückzug aus der Politik geführt. Bei der VRA wird die Politik bis heute geprägt durch die Kombination von völlig inhaltlosen „Arbeiter, wehrt Euch!"-Parolen mit blankem Reformismus.

Hand in Hand mit diesem Fehler gehen die Unklarheiten über die Rolle der marxistisch-leninistischen Partei im Klassenkampf. Bei der KPÖ war das Verhältnis zwischen der Arbeiterklasse und ihrer Partei mit der zunehmenden revisionistischen Entartung immer mehr auf den Kopf gestellt worden. Nicht mehr sollte die Partei für die Arbeiterklasse da sein, sondern die Arbeiterklasse für die Partei. Die Marxisten-Leninisten haben das kritisiert. Verstärkt durch die mangelnde Konsequenz im selbständigen Aufbau der Partei haben sie aber selbst Fehler in dieser Richtung begangen. Später führte dies bekanntlich zu dem Parteifetisch der MLPÖ, der von Anfang an (1967) ein glatter Selbstbetrug und ein Betrug an den Massen war. Auf der anderen Seite - als Gegenreaktion auf die Zustände in der KPÖ - führte dies zur Haltung der VRA, die schließlich (1973) bei einer völlig liquidatorischen Haltung zur marxistisch-leninistischen Partei und oft sogar - obwohl es bis in die jüngste Vergangenheit auch immer wieder verbale Bekenntnisse zur Notwendigkeit der Partei gab - bei der ausdrücklichen Leugnung der Notwendigkeit einer marxistisch-leninistischen Avantgardepartei landete, geführt (siehe unten). Beide Extreme gehen letztlich auf die selben Wurzeln zurück.

Eine dritte Frage, die hervorgehoben werden muß, sind die organisatiorischen Auffassungen. Vom inneren demokratisch-zentralistischen Aufbau bis zur Frage der organisatorischen Verbindung mit den Massen hatte die KPÖ bei ihrem Übergang von der revolutionären Kampfpartei zur reformistischen „Wählerpartei" alle organisatorischen Auffassungen der Marxisten-Leninisten völlig entstellt. Die Marxisten-Leninisten haben den Revisionismus in organisatorischen Fragen nur oberflächlich kritisiert und die falschen revisionistischen Auffassungen und Praktiken weitgehend übernommen. Der Zellenaufbau im Industrieproletariat wurde völlig vernachlässigt. Nur Orts- und Bezirksgruppen wurden statt dessen aufgebaut, statt das Schwergewicht auf den Aufbau von Betriebszellen zu legen. Insgesamt war nicht der organisatorische Aufbau einer bolschewistischen Partei neuen Typs die Leitlinie, sondern das Kopieren der Organisationsstruktur der KPÖ, einer Organisationsstruktur, die nicht in Einklang zu bringen war mit der Rolle als revolutionäre Avantgarde. Der demokratisch-zentralistische innere Aufbau der Organisation wurde mit Füßen getreten. Cliquenwirtschaft, bürgerliche Konkurrenz, Willkürherrschaft, Nepotismus, prinzipienlose Aufnahme- und Ausschlußpraxis waren auf der Tagesordnung und führten Ende 1966 zur Spaltung der MLÖ. Nach der Spaltung ist die MLPÖ mehr und mehr zu einem Privatklüngel ihres Ersten Sekretärs geworden. Die VRA hat den demokratischen Zentralismus ebenfalls völlig über Bord geworfen. Das VRA-Statut sieht - als Reaktion auf die üble Praxis in der MLÖ - nur ein bloßes Grüppchenkonglomerat vor, d.h. das parallele Nebeneinander von Landes- und Ortsgruppen, die nur lose miteinander verbunden sind, deren Vorsitzende automatisch die „Leitung" der VRA bilden, die sich zweimal jährlich trifft, usw. usf. Die VRA besteht aus mehreren, ideologisch

und politisch überhaupt nicht einheitlichen Haufen, wobei der Wiener Haufen - ganz abgesehen von der statutarischen „Leitung" - die Zeitung heraus- und den Ton angibt. Seit Jahren hat die VRA daher nicht zufällig bei Spaltungen immer wieder ganze Landes- und Ortsgruppen verloren (Vorarlberg, Kärnten; übrigens immer an die KPÖ).

Zu allerletzt (Dezember 1977) hat sich die VRA - im Gegensatz zu dem, was 1968 noch in der Gründungserklärung steht - zu einem „Verein, dem Menschen verschiedenster politischer Richtung und Herkunft ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit angehören können" erklärt. Damit hat die revisionistische Entwicklung in organisatorischen Fragen ihren Abschluß gefunden. Diese ideologischen, politischen und organisatorischen Fehler und Mängel bildeten natürlich nicht die Hauptseite, aber doch schwerwiegende revisionistische Einschläge der Marxisten-Leninisten. Sie zeigen, wie sie von Anfang an revisionistisch angekränkelt waren. Diese Fehler und Mängel hätten überwunden werden können. Tatsächlich wurden sie aber nicht überwunden, sondern ausgebaut. Der Rückblick auf die 60er Jahre zeigt, wie weit die Wurzeln für die heutige revisionistische Entartung der VRA und MLPÖ zurückreichen.

Die Spaltung der MLÖ und der beginnende Niedergang

Daß die formelle Konstituierung der MLÖ am 1. Mai 1966 als großer Erfolg gefeiert wurde, war nur zum Teil berechtigt. Fast drei Jahre waren seit 1963 verstrichen und hatten nicht entsprechend genutzt werden können. Die meisten Chancen waren bereits verspielt, Stagnation war eingetreten. Eine Überwindung der Fehler und Mängel war nicht absehbar. Die Weichen waren auf Niedergang, nicht auf Aufschwung gestellt. Der bisherige Weg war weitgehend gescheitert, die Hoffnungen waren enttäuscht worden, die Führung hatte Bankrott gemacht. Vor diesem Hintergrund kam es - da es nicht zur kollektiven Selbstkritik kam - zur Spaltung. Die Spaltung wurde durch die flagrante Mißachtung des demokratischen Zentralismus direkt herausgefordert. Differenzen in der ideologischen und politischen Linie gab es nicht, obwohl später seitens der VRA einige zurechtgebastelt wurden. Die Spaltung signalisierte die Krise. Sie eröffnete aber nicht einen Ausweg aus der Krise. Um sich und den Massen das vorzutäuschen, nannte sich der verbleibende Rest der MLÖ im Februar 1967 in MLPÖ um. Diese Umtaufe beruhte auf nichts und bedeutete nichts - oder jedenfalls nichts Positives. Sie war ein selbstbetrügerischer und betrügerischer Versuch einer Flucht nach vorn. Nach Jahren des weitgehenden Scheiterns, ohne einen Funken Selbstkritik, ohne reale Aussicht auf Veränderung dieser Situation, dezimiert durch die Spaltung, hieß es großspurig: *„Die MLPÖ ist die Avantgarde, die organisierte, kämpferische Vorausabteilung der österreichischen Arbeiterklasse und die höchste Form ihrer Klassenorganisation."* Die anderen ehemaligen MLÖ-Genossen organisierten sich als VRA und gaben sich im Juni 1968 die bekannte Grundsatzerklärung. Beide, MLPÖ und VRA, stellten sich als das eigentliche Ergebnis der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung seit 1963 hin und erklärten, daß mit der Gründung ihrer Organisation der Grundstein gelegt sei für den weiteren Aufschwung im Aufbau der revolutionären Partei. Die Grundsatzdokumente beider Organisationen verabsäumten eine umfassende und konsequente Kritik und Selbstkritik der Tätigkeit seit 1963. Im Gegenteil schleppten sie den Revisionismus, den es im Denken und Handeln der Marxisten-Leninisten gab, weiter mit. In den folgenden Jahren wurden die revisionistischen Fehler Zug um Zug ausgebaut, neue Fehler kamen hinzu, allmählich begannen sich durchgehende revisionistische Linien abzuzeichnen. Der ideologische, politische und organisatorische Niedergang wurde „organisiert" und ideologisiert. Er beschleunigte die Kapitulation und die Entfaltung des Revisionismus. Noch mehr verstärkten sich diese Tendenzen mit dem beginnenden Neuaufschwung der Arbeiter- und Volksbewegung seit Ende der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre.

Ab 1970 stoßen neue Kräfte zur marxistisch-leninistischen Bewegung

Sie kamen zum größten Teil aus der Jugend- und Studentenbewegung der späten 60er Jahre. Im November 1970 wurde die MLS Wien gegründet und im Lauf der Zeit folgten ähnliche Gründungen in anderen Städten. Im Jahr 1971 wurde eine Gruppe von KPÖ-Revisionisten und im Jahr 1972 eine Gruppe von Trotzkisten aus der MLS Wien hinausgeworfen. Im März 1972 begannen Teile der MLS Wien mit der Agitation und Propaganda in der Arbeiterklasse. Im Dezember 1972 wurde der KB Wien gegründet. Ähnlich verlief die Entwicklung in den anderen großen Städten Österreichs. Die KBs und KGs entstanden und entwickelten sich sämtliche nicht nur außerhalb, sondern auch ohne organisatorische Verbindung mit den bestehenden Organisationen VRA und MLPÖ. Das hatte seinen Grund im ideologischen, politischen und organisatorischen Zustand dieser Organisationen, darin, daß sie den Aufgaben der Marxisten-Leninisten nicht gerecht wurden. Diese neuen Kräfte arbeiteten sich langsam von der Proklamation des Marxismus-Leninismus zu einer wirklich marxistisch-leninistischen Ideologie und Politik empor. Ihr Aufstieg vollzog sich gleichzeitig mit dem Niedergang von VRA und MLPÖ. Es war ein mühsamer Weg, der alleine und ohne Hilfe durchlaufen werden mußte. Vor 1974 gab es nur vereinzelte Kontakte zu VRA und MLPÖ. Von unserer Seite führten die Unklarheiten in Fragen Parteiaufbau dazu, diese Organisationen "links liegen zu lassen". Das änderte sich ab November 1974, vor allem aber im Lauf des Jahres 1975. Ab diesem Zeitpunkt faßten wir den Kampf um den Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Partei ernsthaft und konkret ins Auge und begannen in diesem Zusammenhang mit dem Kampf um die Einheit auf klarer marxistisch-leninistischer Grundlage. Dies schloß den Kampf gegen den Revisionismus in der Ideologie und Politik der VRA und MLPÖ ein. Mitte 1976 wurde der KB Österreichs aus den Kräften der KBs und KGs gegründet. Er setzte den Kampf um den Aufbau der Partei und in diesem Zusammenhang um die Einheit der Marxisten-Leninisten bis heute fort, wenn es dabei auch zu Mängeln und Fehlern, vor allem zu vielen Versäumnissen kam. Allerdings hatte die ganze Zeit hindurch in VRA und MLPÖ schrittweise der Revisionismus immer mehr an Boden gewonnen. 1977 war diese Entwicklung schon sehr weit fortgeschritten. In der Mairesolution des Zentralkomitees haben wir umfassend unsere Haltung zur Lage und Entwicklung in der marxistisch-leninistischen Bewegung zu diesem Zeitpunkt dargelegt. Wir haben die zunehmende Polarisierung zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus in der marxistisch-leninistischen Bewegung festgestellt, aber VRA und MLPÖ damals nach wie vor als marxistisch-leninistische Organisationen betrachtet. Dazu hat die Mai-Resolution festgestellt: *„Wir müssen uns eine klare Meinung bilden, ob die revisionistischen Abweichungen die alles beherrschende Hauptseite in der Politik der VRA sind, in diesem Zusammenhang u.a. ob sie den elementarsten Grundanschauungen der Marxisten-Leninisten abgeschworen hat, ob es keinen mehr oder weniger deutlich vorhandenen marxistisch-leninistischen Flügel und keinen Linienkampf zwischen den revolutionären Tendenzen und den revisionistischen Kräften mehr gibt und ob damit die Entwicklung zum Revisionismus unumkehrbar geworden ist. Zur Beurteilung des letzteren muß auch die Geschichte der Organisation herangezogen werden. Nur dann könnte man eine ehemals marxistisch-leninistische Organisation als revisionistisch bezeichnen und behandeln. Sofern aber diese Bedingungen nicht zutreffen - und sollte die Politik dieser Organisation selbst zu 90 % und sogar ihre grundlegende ideologische und politische Linie falsch, nämlich revisionistisch sein - muß diese Organisation weiterhin als marxistisch-leninistische Organisation behandelt werden und müssen dadurch die revolutionären Kräfte in ihr und ihr Kampf unterstützt werden. Das ist bei der VRA (und MLPÖ) gegenwärtig unbedingt der Fall."* (S. 8/9) Das waren und sind richtige Kriterien. Inzwischen aber hat sich die Lage in der VRA und MLPÖ aber weiter in Richtung Revisionismus entwickelt und sie sind vollständig revisionistisch entartet.

Die revisionistische Entartung der VRA und MLPÖ in den 70er-Jahren bis 1976

Zur VRA hieß es in der Mairesolution: „*Bei der VRA zeigen sich starke und stärker werdende revisionistische Tendenzen bereits sehr deutlich. Revisionismus ist Kapitulation vor den Aufgaben der Marxisten-Leninisten und Kapitulation vor der Bourgeoisie. Diese Haltung zeigt sich bei der VRA in vielfacher Hinsicht: Im weitgehenden Verzicht auf politische Massenarbeit; im weitgehenden Verzicht auf eine Politik, die in mehr besteht, als konkreten politischen Fragen mit allgemeinen Wahrheiten oder spontaneistischen Gemeinplätzen zu antworten; im Verzicht auf den Kampf um eine einheitliche und schlagkräftige politische und organisatorische Ausrichtung der eigenen Organisation bzw. im Sich-Begnügen mit einem Grüppchenkonglomerat; im Verzicht auf politischen Kampf und die Durchsetzung ihrer Linie in der gesmaten marxistisch-leninistischen Bewegung und unter den nicht bei ihr organisierten Marxisten-Leninisten bzw. im Sich-Begnügen mit einem parasitären Aasgeier-Dasein gegenüber unserer Organisation u.a.m. Vielleicht ist die elementarste revisionistische Abweichung der VRA ihre Haltung zur Frage von Bewußtheit und Spontaneität, zur Frage von Avantgarde- oder Nachtrabpolitik, zur Frage der Aufgaben der Marxisten-Leninisten.*“ (S. 7/8)

Dieser „elementarste“ revisionistische Fehler der VRA geht, wie wir gesehen haben, auf Fehler der Marxisten-Leninisten schon in den 60er Jahren zurück und hängt eng mit der revisionistischen Entwicklung der KPÖ zusammen. Es ist ein Fehler mit einer langen Vergangenheit und er ist während mehr als einem Jahrzehnt und bis in die letzte Zeit ständig ausgebaut worden. Daß sich die VRA jetzt selbst zu einem losen Verein von Menschen mit verschiedener ideologischer und politischer Auffassung und Parteizugehörigkeit und somit zu einem belanglosen Diskutierforum erklärt hat, setzt dieser Entwicklung nur die Krone auf. Die theoretischen Grundlagen für diese Haltung finden sich in einem programmatischen Artikel der VRA aus dem Februar 1973, der später neu gedruckt und heute nach wie vor verbreitet wird: „Über unsere Perspektiven III: Die Massenbasis der revolutionären Bewegung“. Dort heißt es, „*daß es in Österreich eine sozialistische Revolution nur geben kann, wenn sie von den sozialdemokratischen Arbeitern gewollt und durchgeführt wird. Und das in doppeltem Sinn: 1. ist die Revolution obektiv nur* notwendig, *wenn die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung, und das sind eben vor allem die sozialdemokratisch beeinflußten Arbeiter, sie für notwendig erachten; 2. ist sie nur dann möglich, wenn sie sich auf den Willen und die aktive Teilnahme dieser breiten Arbeitermassen stützt, also deren eigenes Werk ist. Damit kein Mißverständnis aufkommt: Wir meinen nicht etwa, daß sich die entscheidende Masse der unter SP-Einfluß stehenden Arbeiter von ihrer Partei loslösen und einer kommunistischen Partei anschließen müßte, damit es zur Revolution kommen kann. Würden wir das annehmen, dann begingen wir den gleichen Fehler, den die KPÖ gemacht hat (als sie noch eine kommunistische Partei war). Wir meinen damit vielmehr, daß es eine sozialistische Revolution in Österreich geben* wird, *wenn die entscheidende Masse der SP-Arbeiter - eben* als *Mitglieder oder Wähler ihrer Partei - die Revolution wollen werden, und daß es nur in diesem Falle eine Revolution geben kann.*“ Nachdem eine revolutionäre Avantgardepartei der Arbeiter- und Volksmassen für überflüssig erklärt worden ist, heißt es, daß „*die sich unvermeidlich radikalisierenden SP-Arbeiter aus ihrer Mitte eine revolutionäre Führung hervorbringen*“. Das ist ja nicht sehr schwer, weil ja die Arbeiter nach Meinung der VRA „*praktisch zu den Schlußfolgerungen kommen können, die die VRA theoretisch erarbeitet hat*“. (siehe „Für die Volksmacht“ Nr. 136, Seite 7. Gemeint ist hier natürlich der Marxismus-Leninismus). Die Aufgabe der Marxisten-Leninisten ist eine rein propagandistische Hilfsstellung zur Bildung einer solchen Führung der SP-Arbeiter. „*Eine solche Führung ist jedoch erst gegeben, wenn sich die Vorkämpfer der sozialdemokratischen Arbeiter den Marxismus-Leninismus angeeignet haben. Und so muß denn der Marxismus-Leninismus in die Massen der SP-Arbeiterschaft hineingetragen werden. Durch wen? Eben durch die VRA.*“ Das ist die vollständig antimarxistische antileninistische Haltung der VRA. Sie ist von der Entstehung her

die Verbindung des Erbes des KPÖ-Revisionismus mit der Rechtfertigung und Vertuschung des Niederganges der VRA seit ihrer Gründung. Sie ist die Ideologie der Kümmerexistenz. Sie ist dem Wesen nach ein Element des Kampfes der Bourgeoisie gegen die Lenin'sche Partei neuen Typs.

Die in dem genannten Artikel „*dargelegten bürgerlichen Anschauungen ziehen sich bis heute durch die 'Volksmacht'. Sie sind eine Grundlage für viele weitere politische Fehler, die die VRA in ihren Äußerungen zu verschiedenen politischen Fragen macht. Diese Fehler sind meistens Fehler nach rechts. Ausgesprochen rechte Positionen vertrat sie in der letzten Zeit z.B. in der Minderheitenfrage, in der AKW-Frage, in der Abtreibungsfrage, in der Haltung zu den jüngsten Kämpfen bei Wertheim und zum wirtschaftlichen Kampf im allgemeinen, zu Aktionen von Bauern in Kärnten, zu oppositionellen Strömungen in der SPÖ usw. usf. Rechte Fehler dominieren, 'linke' Phrasen sind meist Beiwerk, manchmal Schwankung oder Pendelausschlag in die andere Richtung, nur selten der Kern der Sache. Überall findet man - abgesehen von ein paar Phrasen - Unterschätzung der Massen, Überschätzung der Bourgeoisie, Opportunismus gegenüber der Sozialdemokratie, Spontaneismus und Nachtrabpolitik*“. (Resolution, S. 8)

Am offenkundigsten wurde die schrittweise revisionistische Entartung der VRA in den letzten Jahren in ihrem vollständigen Abgleiten in den Sozialchauvinismus. Einstellung des Klassenkampfes und der Revolution in den Ländern der 2. Welt, Einstellung des revolutionären Befreiungskampfes der unterdrückten Völker gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus, Kampf unter der Führung der Bourgeoisie gegen den Sozialimperialismus. Das war die Linie der VRA und lange Zeit der Hauptinhalt ihrer Politik. Die VRA hat ihre bisherigen Positionen weder bestätigt, noch geändert. Inzwischen, seit einem Jahr, schweigt die VRA allerdings zu diesen Fragen des internationalen Klassenkampfes. Jetzt ist die Hetze gegen China der Hauptinhalt ihrer Politik.

Die schrittweise revisionistische Entartung der VRA beschränkte sich nicht auf einzelne, wenn auch wichtige Fragen. Sie erfaßte die gesamte Politik der VRA. In ihren gesamten Auffassungen vom Klassenkampf, von der sozialistischen Revolution und vom Aufbau des Sozialismus wurde der Marxismus-Leninismus völlig enstellt. Aus dem Klassenkampf gegen die Bourgeoisie wurde der „Kampf gegen alle Bonzen“ und die spontane Aufwallung der Arbeiter wurde zur höchsten Form des Klassenkampfes. Der Marxismus-Leninismus wurde durch kleinbürgerlichen Anarchisten- und Spontaneistenplunder ersetzt. Idealismus und Metaphysik wucherten. Hand in Hand damit wurde auch die Theorie von Genossen Mao Tsetung über die Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats völlig entstellt und die „Revolution“ gegen den Aufbau des Sozialismus ausgespielt. Hier sowie in der liquidatorischen Haltung zur marxistisch-leninistischen Partei lag schon seit langem die spätere inhaltliche Übereinstimmung mit der „Viererbande“ begründet. In der Hetze gegen China hat die VRA in den letzten Monaten diese kleinbürgerlichen reaktionären Vorstellungen immer weiter ausgebaut.

Gerade in den letzten Monaten sind die revisionistischen Fehler der VRA, die wir seit Jahren bekämpft haben, - teils in neuen Formen - voll hervorgetreten und hat sich ihr wahres Kapitulantenwesen entlarvt. So ist - um nur ein Beispiel zu nennen, bezüglich dessen es langjährige Auseinandersetzungen gab - an die Stelle der „prinzipienfesten“ Boykottaktik bei parlamentarischen Wahlen der Wahlaufruf für die bürgerliche Grüne Liste in Innsbruck getreten.

Bereits Ende 1976 war also die revisionistische Entartung der VRA sehr weit fortgeschritten. Aber sie war noch nicht vollständig und unwiderruflich geworden.

Ähnlich lagen die Dinge bei der MLPÖ.

In den ersten Jahren nach der Gründung der MLPÖ, als es die MLPÖ als lebendige Organisation noch gab, wurde Schritt für Schritt in den verschiedensten Fragen der Marxismus-Leninismus durch den Revisionismus ersetzt. Der rote Faden dabei war, die Unmöglichkeit, Unzweckmäßigkeit und Sinnlosigkeit irgendeiner politischen Tätigkeit unter den Massen zu rechtfertigen. Stück für Stück wurde eine regelrechte „Theorie“ der politischen Inaktivität und Abstinenz ausgearbeitet - natürlich in „linkem“ Gewand.

In den letzten Jahren bis 1976 hat sich die MLPÖ mit Fragen der Analyse der internationalen Lage beschäftigt und dabei schon seit 1975 mit dem Gedanken, daß die „Allianz“ der bei-

den Supermächte das Übergeordnete gegenüber ihrer Rivalität wäre, ihren heutigen Auffassungen den Weg bereitet.

Im Jahr 1976 war der Inhalt der MLPÖ-Politik die Polemik gegen unser Programm. Dabei sind schwerwiegende Abweichungen vom Marxismus-Leninismus, vor allem in der Frage von „Staat und Revolution" zutagegetreten (siehe „Kommunist" Nr.2/76, 3/76 und 1/77).

Die letzte Nummer der „Roten Fahne" hat nicht nur die Hetze gegen China gebracht, sondern zugleich die völlige Abkehr vom Marxismus in den elementarsten Fragen der Einschätzung des Imperialismus und der grundlegenden internationalen Lage im Zeitalter des Imperialismus und der proletarischen Revolution.(siehe „Kommunist" 9/77)

Das letzte und ausschlaggebende Moment, das zur vollständigen revisionistischen Entartung von VRA und MLPÖ geführt hat, ist ihre Hetze gegen das sozialistische China

Bereits in der Mairesolution des ZK haben wir festgestellt: *„Der gefährlichste Fehler der VRA ist gegenwärtig ihre Haltung zur Entwicklung in China, die auf der Grundlage vieler ideologischer Gemeinsamkeiten mit der „Viererbande" offenes Nachgeben gegenüber dem Druck des Imperialismus bedeutet und dazu geführt hat, daß sich die VRA in die reaktionäre Front der Gegner der Revolution in China eingereiht hat. Von hier ausgehend kann sie rasch vollständig in den revisionistischen Sumpf abgleiten bzw. offen zu einer konterrevolutionären Bande entarten, denn gegen die marxistisch-leninistische Theorie und Praxis der chinesischen Revolution kann man sich nur stellen, indem man sich auf der ganzen Linie gegen den Marxismus-Leninismus überhaupt stellt. Die Chinafrage ist gegenwärtig der Springpunkt der Auseinandersetzung unter den Marxisten-Leninisten, die Kernfrage und der wichtigste Prüfstein für die Entscheidung zwischen Marxismus und Revisionismus, genauso wie dies vor einigen Jahrzehnten die Haltung zur Sowjetunion war."* (Seite 8) Und zur MLPÖ: *„Die größte Gefahr für ihren marxistisch-leninistischen Charakter dürfte auch der MLPÖ in der Frage der Haltung zu China bzw. zu Albanien drohen, wo offenbar dem Druck der Bourgeoisie nachgegeben, der proletarische Internationalismus verletzt, die Einheit der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung verraten und stattdessen ein spalterischer Kurs eingeschlagen wird".* (Seite 9). Heute sind beide, MLPÖ und VRA, zu wilden Hetzern gegen China geworden. Diese Hetze bildet heute ihren politischen Hauptberuf. MLPÖ und VRA spielen die Rolle von konterrevolutionären Agenturen des Weltimperialismus und aller Reaktionäre, von deren willfährigen Werkzeugen in ihrem Kampf gegen den Sozialismus. Sie spielen heute eine ähnliche Rolle wie seinerzeit die Trotzkisten.

Die VRA bezeichnete vor einigen Wochen die führenden Genossen der KP Chinas als Leute, die *„mit dem Kommunismus so wenig zu tun haben wie Hitler, der sich Nationalsozialist nannte"* („Für die Volksmacht", Nr. 136, Seite 4). Auch die Trotzkisten haben Stalin mit Hitler verglichen und sich zugleich in den Dienst Hitlers im Kampf gegen die Sowjetunion gestellt. Die VRA hat bereits angekündigt, daß sie jede oppositionelle Regung und jeden Widerstand gegen die *„faschistischen Pekinger Machthaber"* unterstützen würde. Von Nummer zu Nummer der „Volksmacht" hat die VRA die Hetze gegen China eskaliert.

Die MLPÖ ist im September 1977 ebenfalls von bloßen Andeutungen zur offenen Hetze gegen China übergegangen.

Bei beiden Organisationen handelt es sich bei dieser Haltung zum sozialistischen China nicht um zufällige Fehler oder vorübergehende Schwankungen in ihrer Haltung. Bei der VRA liegt die Wurzel vor allem in der inhaltlichen Übereinstimmung mit der „Viererbande" in Fragen der proletarischen Revolution, des Aufbaus des Sozialismus und der Rolle der Partei. Die Hetze gegen China entspricht einer revisionistischen Position zum sozialistischen Aufbau, die die Theorie der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats ablehnt und bekämpft. Die Haltung der MLPÖ hat ebenfalls eine lange Geschichte. Seit langem hat die MLPÖ bereits die Verbreitung der Dokumente und Literatur aus der VR China eingestellt und immer - wenn auch nicht öffentlich - Differenzen zur Linie der inneren und äußeren Politik der KP Chinas bekundet. In der letzten

„Roten Fahne" hat sie erklärt, daß sogar die Dokumente der KP Chinas zur „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" teilweise revisionistisch seien.

Die Haltung zu China ist heute nicht nur die Schlüsselfrage und der Prüfstein für die Entscheidung zwischen Marxismus und Revisionismus. Sie steht in engem Zusammenhang mit der Gesamtheit der ideologischen und politischen Linie. Wer gegen China Stellung nimmt, nimmt gegen die Theorie und Praxis der Revolution Stellung und muß - wenn er dabei bleibt - zwangsläufig immer mehr im konterrevolutionären revisionistischen Sumpf versinken. Wer in umfassender Weise die Hetze gegen China betreibt und bei wem keine Aussicht auf Änderung seiner Haltung besteht - der ist unrettbar verloren.

Wir müssen davon ausgehen, daß dies heute bei MLPÖ und VRA der Fall ist. Wir haben ein Jahr lang den Kampf gegen diese Entartung geführt. Wir sind davon ausgegangen, daß - wenn auch nur mit geringer Wahrscheinlichkeit - eine Umkehr möglich wäre. Wir haben ein Jahr lang den Genossen von MLPÖ und VRA vor Augen geführt, welchen Weg sie gehen. Wir haben darauf hingearbeitet, sie zur Umkehr zu bewegen. Das Gegenteil davon ist eingetreten. Jetzt müssen wir vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung dieser Organisationen seit ihrem Bestehen daraus die Konsequenzen ziehen.

****

Wenn wir jetzt die MLPÖ und VRA in der Gesamtheit ihrer Politik und in ihrer Entwicklung nehmen, dann müssen wir heute feststellen: Der Revisionismus ist die alles beherrschende Hauptseite in ihrer Politik geworden. Die jetzige vollständige revisionistische Entartung hat sich seit langen Jahren angebahnt. Sie ist die konsequente Fortentwicklung all der Fehler, mit denen die Marxisten-Leninisten der 60er Jahre von Anfang an behaftet waren und die vor allem nach 1966 Zug um Zug ausgebaut wurden. Es gibt keinen mehr oder weniger deutlich vorhandenen marxistisch-leninistischen Flügel in MLPÖ und VRA, keine revolutionäre Opposition gegen den Revisionismus und keinen Linienkampf dagegen. Die revisionistische Entartung ist daher nicht nur vollständig geworden, sondern auch endgültig und unwiderruflich.

Der KB Österreichs ist heute die einzige marxistisch-leninistische Organisation in Österreich. Zu unseren Aufgaben gehört es jetzt, die MLPÖ und VRA zu bekämpfen, sie vollständig zu isolieren und möglichst zu zerschlagen. Alle wirklichen Marxisten-Leninisten, wo immer sie sich heute noch organisatorisch befinden, wollen wir im KB Österreichs zusammenschließen. Im letzten Jahr haben sich die Bedingungen geändert, unter denen wir den Kampf um den Aufbau der Partei führen.

Wenn wir die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich seit 1963 als Ganzes betrachten, sehen wir eine auf lange Sicht ständige - wenn auch von Rückschlägen begleitet, mit Sprüngen und in Windungen und Wendungen erfolgte - Aufwärtsentwicklung. Der Rechenschaftsbericht des ZK an die Delegiertenkonferenz hält dazu fest: *„Bedeutet diese Entwicklung eine Schwächung der marxistisch-leninistischen Bewegung? Bedeutet sie einen Beweis der Stärke des Revisionismus und der Schwäche des Marxismus-Leninismus? Das Gegenteil ist der Fall.*

Die Geschichte der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich nach dem revisionistischen Verrat der KPÖ beweist die unbezwingbare Lebenskraft des Marxismus-Leninismus. Diese Geschichte ist voller Windungen und auch Rückschläge, aber aus dieser Entwicklung ist der Marxismus-Leninismus immer stärker hervorgegangen, während der Revisionismus von Tag zu Tag mehr verfault. An die Stelle der alten marxistisch-leninistischen Organisationen, die mit dem Revisionismus nicht vollständig brachen und schließlich selbst entarteten, sind neue organisierte Kräfte getreten, die stärker und für die anstehenden Aufgaben ungleich besser ideologisch, politisch und organisatorisch gerüstet sind. Ist dies nicht ein schlagender Beweis dafür, daß der Marxismus-Leninismus eine unüberwindliche Kraft ist? Die Entstehung und Entwicklung unserer Organisation hat dies bewiesen und beweist das Tag für Tag aufs Neue. Wir haben also allen Grund, die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung mit revolutionärer Zuversicht zu sehen und weiter zielstrebig voranzutreiben."

Die Beschlüsse der 1.ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz werden uns helfen, den Parteiaufbau zielstrebig voranzutreiben. Wir werden die kommende Periode nützen, um ernste Schritte vorwärts im ideologischen, politischen und organisatorischen Parteiaufbau zu machen.

Auseinandersetzung mit der „Roten Fahne" der MLPÖ über das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs

Bereits im vergangenen Jahr fand eine Polemik zwischen dem Kommunistischen Bund Österreichs und der MLPÖ statt. In einer Stellungnahme zum Programm des KB Österreichs in der „Roten Fahne" griff die MLPÖ dieses in verschiedenen Punkten an. Im Rahmen von 3 Artikeln weist der Kommunistische Bund Österreichs diese Angriffe zurück und arbeitet an Hand der Erwiderung seine Positionen klarer heraus.
Abdruck der drei Artikel in: „Kommunist" 2/76, Preis S 20,- (Dort wird auch komplett die „Programmkritik der Roten Fahne" abgedruckt.)
„Kommunist" 3/76, Preis S 20,-
„Kommunist" 1/77, Preis S 20,-

Schriften von Mao Tsetung

Ausgewählte Werke (Band 1)
Enthält Schriften aus der Periode des ersten und zweiten revolutionären Bürgerkriegs (März 1926 bis August 1937)
Aus dem Inhalt:
-Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft
-Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan
-Über die Praxis
-Über den Widerspruch
414 Seiten, Best.Nr. 1G-666, Preis 22.50

Ausgewählte Werke (Band 2)
Enthält Schriften aus der Periode des Widerstandskrieges gegen die japanischen Aggressoren (I), (23. Juli 1937 bis 8. Mai 1941)
Aus dem Inhalt:
-Gegen den Liberalismus
-Über die neue Demokratie
-Die chinesische Revolution und die KP Chinas
560 Seiten, Best.Nr. 1G-888, Preis 30.-

Ausgewählte Werke (Band 3)
Enthält Schriften aus der Periode des Widerstandskrieges gegen die japanischen Aggressoren (II), (März 1941 bis August 1945)
Aus dem Inhalt:
-Reden bei der Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst
-Einige Fragen der Führungsmethoden
-Den Arbeitsstil der Partei verbessern
-Gegen den Parteischematismus
348 Seiten, Best.Nr. 1G-777, Preis 22.50

Ausgewählte Werke (Band 4)
Enthält Schriften aus der Periode des dritten revolutionären Bürgerkriegs (August 1945 bis 16.-September 1949)
Aus dem Inhalt:
-Die Armee in einen arbeitenden Trupp verwandeln
-Gespräch mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louis Strong
495 Seiten, Best.Nr. 1G-444, Preis 30.-

Ausgewählte Werke (Band 5)
erschienen in Englisch, Russisch, Spanisch. Deutsche Übersetzung in Vorbereitung.
Über 70 Schriften aus den Jahren 1949-1957, 518 Seiten, Best. Nr. 1 E-999 P, Preis: 60.- S
Auf Wunsch senden wir ihnen kostenlos eine Einführung in die „Ausgewählten Werke V" mit ausführlicher Inhaltsangabe zu.

Ausgewählte Militärische Schriften
489 Seiten Preis: 30.--
Best.Nr. 1G-550

Über die zehn großen Beziehungen (1956)
36 Seiten Preis: 1,80
Best. Nr.: 1G/966

Abonnements- und Literaturbestellungen an:

Alois Wieser Ges.m.b.H.
Postfach 13
1042 Wien

Die Massenbewegung gegen Atomkraftwerke führt einen gerechten Kampf

- Eine Antwort auf die „Solidarität"

Im Mai 1977 hat der ÖGB-Bundesvorstand öffentlich für das AKW-Programm der Regierung Stellung bezogen, in der Absicht, dieses Programm in der Arbeiterklasse durchzusetzen und zu verhindern, daß sich breite Teile der Arbeiterschaft und der Gewerkschaft der Bewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken anschließen. Dieses Manöver des Bundesvorstands ist nicht so recht gelungen. An den Demonstrationen Anfang Sommer in Zwentendorf und Allentsteig haben zahlreiche Arbeiter und Angestellte teilgenommen. Mitgliederversammlungen, Betriebsräte, Belegschaften haben gegen das Regierungsprogramm protestiert. Bei der Demonstration am 26. 10. in Wien sind Betriebsräte und Gewerkschafter gegen den Vorstandsbeschluß ihrer Organisation aufgetreten. Im Sommer kehrte die Gewerkschaftsführung – obwohl der Beschluß ja feststand – ihre demokratische Seite heraus. Der Widerstand war ihr zu heftig gewesen. In ihrer Presse war viel von Diskussion die Rede. In „Arbeit und Wirtschaft" erschienen Artikel für und gegen AKW, in der „Solidarität" sogar ein Leserbrief, in dem die Belegschaft einer Firma gegen den Beschluß des Bundesvorstands protestiert. Umso weniger sich aber die Bewegung gegen den Bau von AKW auf den Naturschutz beschränkt, umso mehr sie der imperialistischen Energiepolitik der Regierung mit allen ihren Folgen den Kampf ansagt, umso mehr empört sich die Gewerkschaftspresse. In der November-Nummer der „Solidarität" versucht sie's mit Lügen, Irreführung und Angstmacherei, im Dezember wird offensichtlich, wohin der Hase läuft: Unter dem Titel „Besen der Gewalt", soll gerade die Anti-AKW-Bewegung in die Schranken gewiesen werden: „Wo Bürgerinitiativen Aufgaben, die vom Staat weder gelöst werden *können* noch *sollen*, angreifen, kann man ihnen nur dankbar sein." Leute, da habt Ihr euren Spielwinkel, solange ihr den Staat nicht antastet oder gar in Frage stellt. „Einige wenige Beispiele für praktische Anwendungsfälle von Bürgerinitiativen" werden auch gleich angeführt: Kinderspielplätze, Altenhilfe, Resozialisierung von Strafgefangenen, Ausländerbetreuung. Aber wehe, ihr beschränkt Euch nicht darauf, Caritas zu spielen: „Politiker in allen Lagern befürchten, daß hier leicht etwas entstehen könnte, was mit den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie nicht vereinbar ist." Jetzt ist es heraußen: Die Durchsetzung des Willens des Volks ist mit der parlamentarischen Demokratie nicht vereinbar. Glücklicherweise erfassen das auch langsam große Teile der Bürgerinitiativen, vor allem der Bewegung gegen den Bau von AKW - auch in Österreich. Die Empörung der Gewerkschaftspresse kennt darüber keine Grenzen – Bildunterschrift, fett gedruckt: „Aus Demonstrationen gegen Atomkraftwerke wurden Aufmärsche von Schwerbewaffneten und die Parole hieß: Weg mit einem Staat, der unseren Willen mißachtet..". Kein Atomkraftwerk zu bauen, ist mit den „Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie" – sprich: mit der Herrschaft

der Bourgeoisie nicht zu vereinbaren. Das hat sie den Kernkraftwerksgegnern mit massivem Polizeieinsatz deutlich bewiesen. In Westdeutschland, woher die „Solidarität" ihre Weisheit bezieht, mit brutaler Gewalt. Bei uns hat sie bis jetzt nur gezeigt, daß sie bereit ist, es nicht anders zu machen, wenn die Bewegung stärker wird. Vorbeugend versucht sie den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, wozu vor allem die Artikel in der November-„Solidarität", „Schwerpunkt Kernenergie" dienen.

Unter dem Motto „Mehr Wissen muß immer die Antwort auf die Probleme sein, die uns die Wissenschaft ins Haus liefert", kommen in der November-„Solidarität" zwei Herren zu Wort, denen keine abgestandene Propagandalüge und keine Verharmlosung zu schlecht ist, um nur die Gefahrlosigkeit von Atomkraftwerken und Lagerung ihres Mülls zu „beweisen". Wes' Brot ich eß, des' Lied ich sing' – der Schreiber des ersten Artikels ist Professor Grümm, niemand geringerer als der Geschäftsführer des Kernforschungszentrums Seibersdorf. Der Schreiber des dritten Artikels ist Peter Müller, hauptberuflich für die Werbe- und Propagandaarbeit der Elektrizitätsgesellschaften zuständig. Man kann sich ausrechnen, daß diesen Herren ihr Broterwerb näher steht als etwa die Sorgen der werktätigen Bevölkerung des Tullnerfeldes oder des Waldviertels. In derselben „Solidarität" kommt auch noch ein Stadtplaner namens Prof. Victor Gruen zu Wort, der seine AKW-Gegnerschaft mit einer der Arbeiterklasse völlig fremden, metaphysischen Einschränkungs- und Besinnungsideologie umhüllt und der nur Verwirrung stiftet, anstatt Klarheit über die Aufgaben und Ziele im Kampf gegen die imperialistische Energiepolitik zu schaffen.

Den Auftakt der ganzen Nummer macht der Chefredakteur der „Solidarität" unter dem Titel „Angst vor dem Buckligen".

„. . . . ein schwieriger Prozeß der Meinungsbildung": Seit Jahr und Tag verficht der ÖGB-Vorstand das imperialistische Energieprogramm

In seinem einleitenden Artikel erklärt der Chefredakteur der „Solidarität" die AKW-Gegner zunächst für Dummköpfe: „Angst vor dem fremden, bedrohlichen Etwas", das ist seiner Meinung nach ihr Motiv, Unwissenheit die Ursache der Proteste. Seiner Meinung nach ist solche Angst völlig grundlos: „Die neue – eigentlich uralte – Energie ist längst da, kontrolliert, gebändigt, hundertmal abgesichert. Im Grunde ein alter Hut wie die Elektrizität. Da kann niemand das Rad der Geschichte zurückdrehen, so wie er das Licht nicht abschaffen kann."

Die „Angst vor dem Buckligen" ist aber nicht, wie es der Herr Bruckner gerne hinstellen möchte, eine völlig unvernünftige Fortschrittsfeindlichkeit gegenüber den großen Möglichkeiten, die die Nutzbarmachung der Kernspaltung als neuer Energiequelle für die Menschheit bringen kann. „Unwissenheit ist der härteste Feind der Demokratie. Gepaart mit Angst kann sie zu einer gefährlichen Waffe werden". Nach Meinung des Herrn Chefredakteurs der Gewerkschaftszeitung sind die Arbeiter und das Volk zu dumm, um ein Urteil über das Atomkraftwerk abgeben zu können. Deshalb kommen wohl auch nur Spitzenfunktionäre der Atom- und Elektrizitätswirtschaft und andere Titelträger in der „Solidarität" zu Wort. Statt Wissen über die Atomenergie verbreiten sie Entstellungen und alte Propagandalügen. Die Arbeiterbewegung und die Volksmassen haben aber ein reiches Wissen und vielfältige Erfahrungen über die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise gesammelt. Diese Erfahrungen sind es, die heute unzählige Arbeiter und hunderttausende Menschen aus dem Volk skeptisch machen und mit berechtigter Sorge gegen das Atomkraftwerk erfüllen. Wir können daher auf die Schlußfolgerungen Bruckners antworten: Die Erfahrungen der Massen mit dem kapitalistischen System („Unwissenheit ist der härteste Feind der Demokratie") verdeutlichen den Widerspruch der Arbeiterklasse zum bestehenden System und zeigen die Notwendigkeit des Kampfs um demokratische Rechte gegen den bürgerlichen Staat im Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse und des Volks. An einer brennenden Frage wie dem Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken und gegen die Lagerung des Atommülls („Gepaart mit Angst kann sie zu einer gefährlichen Waffe werden") können sich heftige Kämpfe der werktätigen Massen entzünden und dem revolutionären Klassenkampf des Proletariats einen starken Anstoß geben („Die dann die Sprengköpfe anderer Waffen auslöst").

Angst und Unwissenheit bekämpft man nach Meinung von Herrn Bruckern am besten, indem man versucht, den Leuten selbst Angst einzujagen: „Zustimmung für Zwentendorf, weil wir sonst in ein paar Jahren mit dem Kienspan in der Hand zähneklappernd zwischen allen jenen Ländern sitzen, die mit Atomstrom arbeiten. Arbeitslos, hoch verschuldet, Bettler an den Toren jener, die Energie zu verkaufen haben." Arbeitslosigkeit, Energiemangel, das sind die ersten Gespenster, mit denen Herr Bruckner uns Angst einjagen will. Das zweite ist die Atombombe und die vielen anderen Waffen, die in der ganzen Welt gelagert sind und auf Knopfdruck losgehen könnten. Wer sich angesichts von soviel Schrecken noch vorm friedlichen Atomkraftwerk fürchtet, der kann nur entweder ein Dummkopf sein, oder einer, der Atomkraftwerk sagt, aber anderes meint (ein Anarchist, Terrorist oder ähnliches), so einfach macht sich's der Chefredakteur. So versucht die Bourgeoisie die Schuld auf ihre Handlanger abzuschieben. Die Wissenschaft hat die Kernspaltung entdeckt. Den Bau der Atombombe hat die Bourgeoisie – zuerst in den USA – kommandiert, genauso wie sie den Abwurf über Hiroshima und Nagasaki kommandiert hat. Daß dagegen kein Volk der Welt – wie Herr Bruckner sagt – aufstünde, ist eine glatte Lüge: Man erinnere sich an die Politik der sozialistischen Sowjetunion in den 50er-Jahren; an die Millionen Menschen, die in Westeuropa, England und den USA in den 60er-Jahren für die Vernichtung der Atomwaffen kämpften. Heute entfaltet sich, angespornt durch das entschlossene Auftreten der sozialistischen Länder, vor allem der Volksrepublik China, auf der ganzen Welt der Kampf gegen die Kriegstreiberei der beiden Supermächte. Der Kommunistische Bund Österreichs hält in seinem Programm die wegweisenden Forderungen für diesen Kampf fest: Die Kommunisten „*kämpfen für die Auflösung der imperialistischen Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt, für den Abzug aller fremden Truppen und für die Auflösung aller ausländischen Militär- und Flottenstützpunkte, insbesondere derer der beiden Supermächte, in allen europäischen Ländern und für das vollständige Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen.*" Warum unterstützen denn Herr Bruckner und der ÖGB-Vorstand diese Forderungen nicht, obwohl sie so scheinheilig gegen die atomare Aufrüstung wettern und das sogar gegen die Bewegung gegen AKW ausspielen wollen, die angeblich nur ablenkt vom Protest gegen Atomwaffen? Der Grund ist einfach der, daß Bruckner und seinesgleichen an der Spitze des ÖGB sich in dieser wie in allen anderen Fragen nicht an den Interessen der Arbeiterklasse und des Volks, sondern an den Interessen der herrschenden Klasse orientieren. Die Politik ihrer Regierung ist allerdings alles andere als das, was Bruckner herausrutscht, wenn er den Kampf gegen Atomwaffen ausspielen will gegen den Kampf gegen AKW: „Kein Volk der Welt steht auf und sagt: Schluß mit dem Wahnsinn, Politiker raus, die solches planen und mit unseren Steuergeldern finanzieren".

Erstens sind es natürlich nicht alle Länder, sondern die beiden Supermächte, die die Atomwaffenproduktion wie wahnsinnig vorantreiben und mit besonderer Energie versucht der imperialistische Spätkömmling, der sowjetische Sozialimperialismus, auch auf diesem Gebiet die USA einzuholen und zu übertreffen.

Zweitens ist die österreichische Bourgeoisie und ihre SP-Regierung federführend in der Verharmlosung dieser Kriegstreiberei, im Erzeugen von Illusionen über die Erhaltung des Friedens durch eine Art „Gleichgewicht des Schreckens" und in der offenen Beschwichtigung gegenüber dem besonders gefährlichen sowjetischen Kriegstreiber – das alles im Rahmen der betrügerischen Entspannungspropaganda. Der Versuch des Herrn Bruckner, von der reaktionären Politik der SP-Regierung bei der Durchsetzung des AKW-Programms abzulenken auf den angeblich nicht vorhandenen Protest gegen die Atomwaffen, ist zum Scheitern verurteilt und weist die Arbeiterklasse nur auf die Notwendigkeit hin, die SP-Regierung auch auf diesem Gebiet zu bekämpfen und sie zur Verfechtung der internationalen Friedensforderungen zu zwingen.

Daß auch das Atomkraftwerk selbst – entstanden als Abfallprodukt der Forschung in der Rüstungsproduktion – für die Bourgeoisie gar keine so friedliche Angelegenheit ist, darüber schweigt Herr Bruckner. Die österreichische Bourgeoisie muß AKWs bauen, damit sie im internationalen Konkurrenzkampf mithalten kann, sie muß AKWs bauen, damit sie die erdölproduzierenden Länder der Dritten Welt erpressen kann, sie muß AKWs bauen, weil sie sich auf den Krieg vorbereitet, auf den das Ringen der beiden Supermächte zutreibt.

Auf diese Fragen kommt die „Solidarität" höchstens indirekt zu sprechen. Es sind aber entscheidende Gründe, warum das ganze impe-

rialistische AKW-Programm vom Standpunkt der österreichischen Arbeiterklasse abgelehnt und bekämpft, warum die Bewegung gegen Atomkraftwerke und ihre gerechten Forderungen unterstützt werden müssen.

„Die unheimliche Kraft“ – ein Beitrag voll unheimlicher Fälschungen und Verdrehungen

Professor Grümms Artikel „Die unheimliche Kraft“ – das soll die Information sein, die die Angst der Werktätigen vor der Atomenergie zerstreuen soll. Es mag schon so sein, daß die meisten Arbeiter und Angestellten von der Radioaktivität nichts wissen, weil solche Dinge in der Hauptschule nicht unterrichtet werden, – was die Arbeiter und Angestellten aber genau kennen, ist die kapitalistische Produktion. Dazu brauchen sie keine Professoren. Sie haben genügend eigene Erfahrungen damit. Die Angst der Volksmassen hat ihre Ursache keinesfalls in der Unkenntnis der Radioaktivität, sondern in der genauen Kenntnis dessen, wie die Bourgeoisie ihre Produktion organisiert. Die Arbeiter wissen, wie es mit Sicherheitsvorschriften bestellt ist. Schließlich gibt es eine ganze Menge davon, für die Maschinen oder die Handhabung der Chemikalien im Betrieb. Aber die Arbeiter wissen auch, daß viele Vorschriften nicht eingehalten werden, weil die Sicherheitsmaßnahmen nur zusätzliche Kosten für die Kapitalisten bedeuten. Jeder weiß, wieviel Schmutz, Chemikalien, Gifte von den Betrieben in die Luft und ins Wasser abgegeben werden. Und jeder weiß, daß es trotz des Geredes von Sicherheit immer wieder Unfälle gibt, weil die Erhaltung und Wartung von Sicherheitsvorkehrungen auch Geld kosten. Jeder Arbeiter kennt genügend Beispiele, wo sich einer verletzt hat, weil der vorhandene Schutz ausgefallen ist. In den letzten Jahren gab es auch genügend große Katastrophen: vom Einsturz der Reichsbrücke bis zum Giftgasaustritt in Seveso oder dem Bohrturmunfall in der Nordsee.

Die Arbeiterklasse hat keinen Grund, jenen Kapitalisten mehr zu trauen, die Atomkraftwerke bauen, als allen übrigen. Unfälle mit Atomkraftwerken kommen auch oft genug vor:

1969: St. Laurent des Eaux (Frankreich): Teilcoreverschmelzung,
Luzens (Schweiz): Kühlsystem teilweise geschmolzen; Verschmelzen von Brennstäben, Reaktor abgebrochen.
Rocky Flats, USA: Feuer in Aufbereitungsanlage; Plutonium wird frei; gleichzeitig wird festgestellt, daß die Anlage auch im Normalbetrieb Plutonium freisetzt.

1972 Obrigheim, BRD: Explosion eines Behälters mit radioaktiven Abwässern,
Würgassen, BRD: Leckage der Kondensationskammer, Kontrollstabantrieb wird überflutet und funktionsuntüchtig,

1973 Hanford, USA: Leck in der Atommülllagerungsanlage; ca. 50.000 Curie strömen aus (ist dort wiederholt vorgekommen)

1975 Waterford, USA: 4.000 l radioaktiv verseuchtes Wasser treten aus einem Heizkessel aus, 1.200 Beschäftigte müssen evakuiert werden
Windscale, England: zum 3. Mal innerhalb von 2 Jahren werden undichte Stellen entdeckt. Radioaktive Strahlung wird außerhalb des Sperrgebiets registriert.
Rheinsberg, BRD: Ausfall des AKW, weil die Reaktorabschirmung brüchig wurde und in den Röhren des Kühlsystems Haarrisse auftraten; es besteht die Gefahr, daß radioaktives Wasser austritt.

Die Arbeiter kennen auch die Ursache zahlloser technischen Gebrechen, die Arbeitshetze, das erzwungene Sparen beim Material usw. Wer zum Beispiel selbst im Akkord arbeitet, weiß, daß er einer Schweißnaht, die im Akkord gemacht wurde, nicht trauen darf. Der Arbeiter, der sie gemacht hat, hatte keine Zeit, auf ihre Festigkeit und Haltbarkeit zu achten. Aus allen diesen Gründen ist das Vertrauen der Arbeiter in die Sicherheit des AKW gering.

Die Arbeiter- und Volksmassen haben auch ein gesundes Mißtrauen gegenüber einer Sache, die begonnen wird, und von der man aber nicht weiß, wie sie ausgeht. Tatsächlich weiß die Bourgeoisie selbst nicht, wo und wie sie den Atommüll lagern soll. Tatsächlich weiß die Bourgeoisie nicht, was aus der abgenützten AKW-Ruine nach 20 oder 30 Jahren wird.

Was die Strahlung des AKW betrifft, so weiß nicht nur das Volk nicht darüber Bescheid. Auch die Wissenschaft kennt die Folgen der Strahlung aller Spaltprodukte noch nicht genau. Was den Menschen betrifft, so weiß man, daß bestimmte radioaktive Isotope, wenn sie im Körper angereichert werden, Schäden hervorrufen. Was den Reaktor selber betrifft, ist es so, daß die Strahlung die unmittelbare Umgebung verändert. Es treten Verschleißerscheinungen auf, wie sie im AKW Rheinsberg zur Abschaltung führten.

Unter solchen Bedingungen ein AKW zu bauen, ist eine äußerst abenteuerliche Sache, die das Mißtrauen der Bevölkerung völlig rechtfertigt. Außerdem ist bekannt, daß es in Zwentendorf auch schon Erdbeben gegeben hat. Ob das gerade ein passender Platz für ein Atomkraftwerk ist? Auch die Sorgen der Bevölkerung, was in einem Krieg mit dem AKW passiert, sind völlig berechtigt. Einerseits ist es so, daß die beiden Supermächte für diesen Krieg rüsten und andererseits kann man zu Recht Angst haben, daß im Kriegsfall ein Atomkraftwerk ein Angriffspunkt und somit eine zusätzliche Bedrohung der Bevölkerung darstellt – insbesondere in der unmittelbaren Nähe der Millionenstadt Wien. Daß der Krieg trotz allem Gerede von Entspannung von den Supermächten vorbereitet wird, ist auch eine Sache, die dem Volk aus seiner Erfahrung bekannt ist. Schließlich hat der Imperialismus in diesem Jahrhundert schon zwei Weltkriege vom Zaun gebrochen. Aus seiner Erfahrung weiß das Volk auch, daß im Krieg die schönsten Abkommen verletzt werden; auch ein Abkommen darüber, daß Atomkraftwerke nicht beschossen werden, wird seine Sorge nicht beruhigen können.

Auf alle diese berechtigten Ängste der Volksmassen geht Professor Grümm nicht ein. Was er macht, ist Irreführung unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit. Seine Argumentation lebt mehr von dem, was er nicht sagt, als von dem was er sagt.

Prof. Grümm stützt sich in seinem Artikel „Die unheimliche Kraft“ im wesentlichen auf zwei Behauptungen: Es gibt Strahlung schon seit immer. Der Mensch lebt seit Millionen Jahren mit ihr. Was das AKW an Strahlung abgibt, ist erstens dasselbe wie die natürliche Strahlung und zweitens macht es nur einen Bruchteil dieser aus.

Warum? „Durch strenge Kontrollen wird sichergestellt, daß die Wirkung der Radioaktivität aus Kernkraftwerken auf die Gesundheit der Bevölkerung tief unter den Auswirkungen der sonstigen Umweltbelastungen bleibt.“ Zur Sicherheit von AKW hat Herr Grümm auch einen plastischen Vergleich parat: „Wäre die Reichsbrücke nach Zwentendorfer Sicherheitsüberlegungen gebaut worden, dann hätte sie statt 2 Pfeilern 6 Pfeiler, statt 4 Pylonen 12 Pylonen und unter dem Tragwerk noch 2 weitere Auffangkonstruktionen haben müssen.“ Tatsache ist, daß die Reichsbrücke eingestürzt ist, weil die Bourgeoisie nicht einmal bereit war, die Kosten für ihre ordnungsgemäße Anfertigung und ausreichende Erhaltung auszugeben. Wer will da behaupten, daß sie es beim AKW anders machen wird. Daß sie es nicht vor hat beweist ihre Berechnung des Preises für den Atomstrom:

	1971 g/kWh	1977 g/kWh
Fixkosten	13,9	20,0
Brennstoffkosten	6,3	9,3
	20,2	29,3
Entsorgung	0	1,2 – 5,9
Vorsorge f. Stilllegung des AKW		1,0 – 2,0
	20,2	31,5 – 37,2

Erläuterungen zur Tabelle:
Fixkosten: Abschreibung inklusive Kapitaldienst, Betriebskosten (Versicherung, Steuer, Personal) Instandhaltung und Sachaufwand.
Entsorgung: Kosten für Zwischen- und Endlagerung der schwach-, mittel- und hochradioaktiven Abfälle, Kosten für Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente bis zum Abtransport zur Wiederaufbereitung.
Vorsorge für Stillegung: Annahme: Stillegungskosten etwa 15% bis 20% der Anlagekosten.
Aus: Regierungsbericht Kernenergie, Wien 1977.

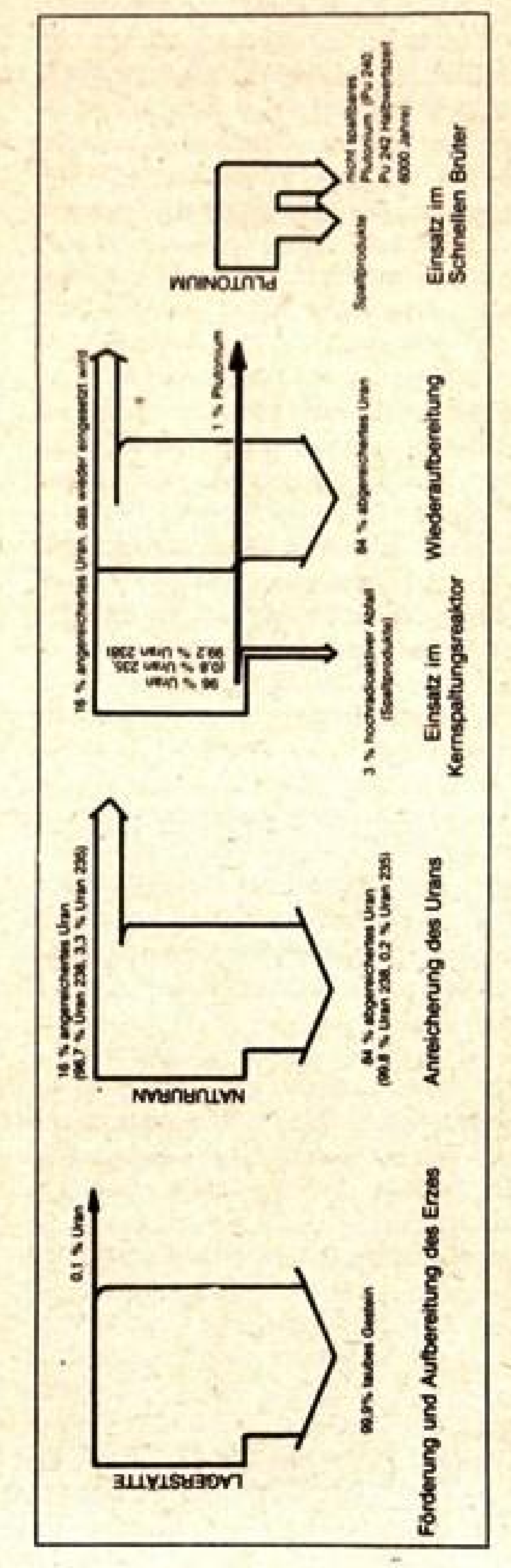
Man sieht schon: die österreichische Bourgeoisie unterscheidet sich nicht von ihrer Konkurrenz, wenn es darum geht, Kosten zu sparen. So wurden für Atommüllagerung und Stillegung des AKW zunächst gar keine Kosten berechnet. Jetzt hat sich herausgestellt, daß sie trotzdem bezahlt werden müssen. Ob allerdings die Kostenschätzungen richtig sind, daran muß man zweifeln. Kostenschätzungen für den Abbau eines ausgedienten AKW gehen zum Beispiel bis zur Höhe der Anlagekosten. Genauso sparsam werden die österreichischen Energie-

kapitalisten sein, wenn es um die Filtrierung und Zurückhaltung der Emmission radioaktiver Teilchen geht. Radioaktive Spaltprodukte gelangen durch den Schornstein und durch Abwasser an die Umwelt; bei amerikanischen AKW wurde festgestellt, daß dadurch die Radioaktivität in der Umgebung des AKW fast verdoppelt wurde. Außerdem ist es so, daß bei zahlreichen amerikanischen AKW die Abgabemengen im Betrieb über Jahre hinweg eine stark steigende Tendenz haben.

Es ist richtig, wenn Herr Grümm sagt, daß der Mensch seit Millionen Jahren mit der natürlichen Strahlung lebt. Offenbar ist sie ein Teil der Natur, ein Teil der Lebensbedingungen des Menschen. Der Mensch kann zum Beispiel kosmische Strahlung nicht verhindern. Offenbar sind zahllose Generationen mit diesen Strahlen aufgewachsen. Welche Wirkung diese Strahlung hat, ist auch bisher weitgehend unbekannt. Außerdem ist es ein großer Schwindel, wenn man so tut als ob alle Strahlung gleich wäre. Beim Kernspaltungsprozeß werden verschiedene Strahlungen freigesetzt, ihre Wirkung ist daher auch verschieden (siehe Anhang). Ganz falsch ist es auch, wenn man sagt, daß die Strahlung, die vom AKW abgegeben wird, genauso unschädlich ist, wie die natürliche Strahlung. Die künstlich erzeugten radioaktiven Atome gehören nämlich anderen chemischen Elementen an und verhalten sich daher auch anders. Gelangen sie an die Umwelt, können sie entweder in der Nahrung des Menschen oder im menschlichen Körper direkt angereichert werden. Je nachdem, um welches chemische Eement es sich handelt, werden die radioaktiven Substanzen in verschiedenen Organen des menschlichen Körpers angesammelt. So wurde in der Umgebung des Kernreaktors Dresden (USA) eine starke Zunahme unreifer Geburten festgestellt, die mit dem Maximum des Ausstoßes radioaktiver Spaltprodukte zusammenfiel. Angenommen wird eine Anreicherung bestimmter radioaktiver Spaltprodukte in der Gehirnanhangdrüse. Die von daher kommende hohe Strahlenbelastung kann sich so auswirken, daß die für den Hormonhaushalt und die Entwicklung des Organsystems wichtige Drüse nicht voll funktionsfähig ist.

Abgesehen von der Schädlichkeit bestimmter künstlicher Strahlung, von der Herr Grümm schweigt, ist es auch so, daß Herr Grümm sich die Sache leicht macht, indem er nur vom AKW selbst spricht.

Allerdings ist es so, daß das Uran bevor es im AKW verwendet werden kann, abgebaut werden muß. Dann wird es angereichert; nach der Verwendung im AKW wird es wieder aufbereitet. Bei allen diesen Prozeßschritten entsteht Abfall, der gelagert werden muß:



Zwischen allen Prozeßschritten liegen Transportwege; dazu kommen die möglichen und immer wieder eintretenden Störfälle.

Um den für eine Leistung von 1000 MW (Zwentendorf soll ca. 700 MW haben) nötigen Brennstoff herzustellen, müssen erst einmal 150.000 t Uranerz abgebaut werden. Auch hier sind im Abfallgestein radioaktive Substanzen enthalten. Ein ehemaliger Bergmann aus der Urangrube St.Joachimsthal (heute CSSR) beschreibt die Folgen, die dieser Abbau auf die Bergleute hatte, folgendermaßen: „Die Fortsetzung meines Rückblicks gilt nur den Uranbergleuten im 'Tal'. Gemäß den heutigen allgemeinen Erkenntnissen müßte man sie als die ersten Strahlenopfer einstufen. Jahrzehntelang haben Generationen von ihnen, unbewußt der Ursache, vorzeitig ihre Gesundheit geopfert. Niemals auch nur wohlhabend geworden, hatten sie in schwerer, gefahrvoller Arbeit das Uran aus den Tiefen ihrer heimatlichen Berge zutage geschafft... In meine Kindheit zurückblickend und in der weiteren Folge von Jahrzehnten sehe ich im Tal immer wieder kranke Bergleute, Männer in den besten Jahren, am Ende ihres Lebens. Die einen im Bett, abgemagert bis auf das Skelett, mit aufbrechenden Beulen am Körper, andere mit umhülltem Hals, fast stimmlos, am geöffneten Fenster sitzend, nach Luft hechelnd – am Sterbelager. Auch die wenigen Rentner, die schon Jahre vorher den Schacht verlassen hatten, schieden dahin – mit wenigen Ausnahmen mit gleichem tödlichen Krankheitsverlauf."

Seither haben die Bergleute viele Verbesserungen erkämpft. Bis heute aber sind ihre Krankheiten nicht als Berufskrankheiten anerkannt. Deshalb scheinen in der Statistik der USA pro Jahr nur 8 Tote im Uranbergbau auf.

Eigentlich müßte sich Herr Grümm auch an folgende Begebenheit noch erinnern: „In einer Belegschaftsversammlung im Reaktorzentrum Seibersdorf, 1969, lehnte der damalige Geschäftsführer....einen diesbezüglichen Antrag (nach Strahlenzulage) mit der Begründung ab, die Einführung einer Strahlenzulage könne in der Bevölkerung den Eindruck erwecken, Strahlung sei gesundheitsschädlich..."

Es gibt Strahlung sowohl beim Uranbergbau, wie auch im Reaktor selbst. Schlimmer noch steht die Sache bei den Wiederaufbereitungsanlagen. Auch davon schweigt Herr Grümm. Stolz berichtet er von den 190 AKW auf der ganzen Welt, die schlecht und recht funktionieren. Was die Leser der „Solidarität" aber nicht erfahren sollen, ist, daß bis jetzt keine Wiederaufbereitungsanlage über das Versuchsstadium hinausgekommen ist.

Die geplanten Wiederaufbereitungsanlagen sollen jeweils 50 AKW versorgen; allein der Transport der abgenützten Brennelemente dahin ist dabei eine zusätzliche Quelle von Gefahren. Die Wiederaufbereitung selbst wird vermutlich tausendmal soviel Radioaktivität abgeben wie das AKW. Allein das in Wiederaufbereitungsanlagen freigesetzte und zur Gänze an die Atmosphäre abgegebene Krypton 85, so schätzt man, wird im Laufe der nächsten zwei Generationen die bisherige natürliche Strahlenbelastung, verdoppeln, vorausgesetzt, daß es sich in der Lufthülle der nördlichen und südlichen Hemisphäre gleichmäßig verteilt.

In Windscale an der englischen Küste steht eine kleine Wiederaufbereitungsanlage, ebenfalls noch im Versuchsstadium. Der Strand in der Umgebung von Windscale wies 1975 eine radioaktive Verseuchung von 700 bis 1700 mrem auf. Beim Verzehr von an dieser Küste gefangenen Fischen konnte man 1975 ca. 200 mrem abbekommen. Die Verseuchung steigt schnell an.

Die Wiederaufbereitung ist technisch gesehen die Verwertung von Abfall. In den Händen der Kapitalistenklasse ist sie Gefährdung der Lebensbedingungen der werktätigen Massen, weil sie genauso wie der Bau von AKW betrieben wird, im Streben nach und in der Hoffnung auf Höchstprofit.

Noch ein Argument, das gern von Befürwortern der Kernenergie vorgebracht wird, läßt sich auch Herr Grümm nicht entgehen: Auch Kohlekraftwerke können radioaktive Abgase haben, aber vor allem bringen sie eine ganze Menge Schmutz in die Luft und das tut die gesamte Industrie. Die Drohung folgt da immer auf den Fuß: Wenn ihr ein Wirtschaftswachstum wollt – ohne das gibts aber, sagt die Bourgeoisie, Arbeitslosigkeit – müßt ihr die Verschmutzung der Umwelt in Kauf nehmen.

Die Bourgeoisie braucht, will sie konkurrenzfähig bleiben, immer mehr Energie um ihre Produktion profitabel zu gestalten. Die meisten der neuen Maschinen brauchen mehr Energie und sparen Arbeiter. Dafür schaffen sie mehr, billigere Produkte. Jeder Kapitalist versucht da einen Vorsprung herauszuholen und die anderen

müssen dazuschauen, den Vorsprung einzuholen. In diesem unerbittlichen Konkurrenzkampf bleibt so mancher Kapitalist auf der Strecke. Ständig verlieren Arbeiter ihren Arbeitsplatz oder werden durch Maschinen ersetzt. Arbeiter bleiben auf der Strecke, wie die steigenden Arbeitslosenraten auch in Österreich beweisen. Der Kapitalismus schafft sich ein Heer von Arbeitslosen, überflüssigen Arbeitern, die nur in den Zeiten heftigster Konjunktur von der Industrie aufgesogen werden, mit oder ohne mehr Energie. Es ist auch bekanntlich noch kein Betrieb zugesperrt worden, weil ihm der Strom ausgegangen ist. Das ist inzwischen eine allgemein bekannte Tatsache. Was die Bourgeoisie uns heute weiszumachen versucht (einschließlich ihrer Handlanger und der Gewerkschaftsführung) ist, daß Arbeitsplätze in Österreich erhalten heißt, daß wir die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Kapitalisten erhalten müssen. Darum müßten wir auch für den Bau von AKW sein. In den Worten der Regierung ausgedrückt: „Ziel der österreichischen Bundesregierung ist es, den Energiebedarf in einem solchen Ausmaß zu decken, wie er der jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung entspricht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Energie zu einem Preis bereitgestellt wird, der nicht über dem internationalen Durchschnitt liegt. Dies ist unter anderem auch deshalb notwendig, damit es der österreichischen Wirtschaft ermöglicht wird, ihre Positionen auf dem Weltmarkt nicht nur zu halten, sondern sie im Interesse der Sicherheit der Arbeitsplätze auch weiter zu verbessern." (Regierungsbericht Kernenergie, S. 97)

Ihr Argument ist einfach: Wenn wir – die Kapitalisten – nicht verkaufen können, dann habt ihr – die Arbeiter – keine Arbeit, weil wir nicht weiter produzieren und wenn ihr keine Arbeit habt, dann könnt ihr nicht kaufen, was ihr zum Leben braucht. Ihr Argument ist wohl einfach, aber es spricht gegen ihr System. Da sind Waren produziert worden, im Überfluß. Trotzdem haben die Arbeiter nichts zum Leben; die Maschinen stehen still und verrosten. „Der gesamte Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise versagt unter dem Druck der von ihr selbst erzeugten Produktivkräfte. Sie kann diese Masse von Produktionsmitteln nicht mehr alle in Kapital verwandeln; sie liegen brach, und ebendeshalb muß auch die industrielle Reservearmee brachliegen. Produktionsmittel, Lebensmittel, disponible Arbeiter, alle Elemente der Produktion und des allgemeinen Reichtums sind im Überfluß vorhanden. Aber der Überfluß wird Quelle der Not und des Mangels, weil er es gerade ist, der die Verwandlung der Produktions- und Lebensmittel in Kapital verhindert. Denn in der kapitalistischen Gesellschaft können die Produktionsmittel nicht in Tätigkeit treten, es sei denn, sie hätten sich zuvor in Kapital, in Mittel zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verwandelt. Wie ein Gespenst steht die Notwendigkeit der Kapitaleigenschaft der Produktions- und Lebensmittel zwischen ihnen und den Arbeitern. Sie allein verhindert das Zusammentreten der sachlichen und der persönlichen Hebel der Produktion; sie allein verbietet den Produktionsmitteln zu fungieren, den Arbeitern, zu arbeiten und zu leben. Einesteils also wird die kapitalistische Produktionsweise ihrer eigenen Unfähigkeit zur ferneren Verwaltung dieser Produktivkräfte überführt. Andererseits drängen diese Produktivkräfte selbst mit steigender Macht nach Aufhebung des Widerspruchs, nach ihrer Erlösung von ihrer Eigenschaft als Kapital, nach tatsächlicher Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftliche Produktivkräfte." (F. Engels, Anti-Dühring, S. 367, chin. Ausgabe)

„Die kapitalistische Produktion entwickelt nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: Die Erde und den Arbeiter"

(K.Marx, Das Kapital Band I, Dietz-Verlag S 529/530)

Der Autor des einzigen Artikels in der November-„Solidarität", der gegen den Bau von AKW ist, sieht ganz richtig, worunter die Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft, insbesondere seit ihrem Eintritt in das höchste und letzte Stadium, den Imperialismus, zu leiden haben:

„Aber wenn wir die Delegierung (von menschlicher Kraft), wie wir das in den letzten 40 Jahren zu tun begonnen haben, übertreiben, dann stellen sich alle möglichen bösen Folgen ein." Und die Folgen beschreibt er so: „ Schon die Gewinnung dieser künstlichen Energie....-verschmutzt unsere Umwelt durch Verpestung

der Luft, des Wassers, unserer Nahrung und des Landes. Durch die Anwendung übergroßer Mengen von gewonnener Energie wird das Übel noch verschlimmert, bis das Leben in unseren Städten und Siedlungen unertragbar wird, unsere Landschaft verschwindet und die Belastungen durch Umweltverschmutzung und Lärm immer ärger werden.... So werden nicht nur alle von der Natur bereitgestellten Rohstoffe verbraucht, sondern wird auch die Umwelt weiter geschädigt und arbeitende Menschen werden zu bloßen Maschinendienern erniedrigt." Dazu kommt noch, daß auch Dinge produziert werden, „die ausgesprochen zerstörerischer und schädlicher Natur sind. Zu dieser Gruppe gehören zum Beispiel Ausgaben für Kriegsrüstung..."

Die Zerstörung der Natur durch Raubbau und Verschmutzung, die Unbewohnbarkeit der Städte, die Verwandlung des Menschen in ein Anhängsel der Maschine, die Entfremdung des Arbeiters vom geistigen Inhalt seiner Arbeit, Krieg – alles gewaltige Anklagen gegen den Imperialismus, die er anführt, aber in seiner Argumentation als Anklage gegen die große Industrie. Seine Antwort entspricht seinem Ausgangspunkt: „Würde es weniger hochkonzentrierte Industrieanlagen geben, dann würde nicht nur die Arbeit befriedigender werden, sondern es würde sich auch die Zahl der zur Arbeit notwendigen Menschen erhöhen."

Schluß mit dem Wirtschaftswachstum, Schluß mit der großen Industrie, Schluß mit der Vergeudung – sagt er. Wir brauchen eine „Umkehr", „dann können wir hoffen, innerhalb eines vernünftigen Zeitraumes zu einem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu gelangen, das uns von der Notwendigkeit, uns auf riskante Energiegewinnungsexperimente einzulassen, wie zum Beispiel auf Atomenergie, völlig entbindet."

Was der Autor vorschlägt, ist der müßige Versuch, das Rad der Geschichte aufzuhalten und zurückzudrehen. Soll sich jeder was er braucht selbst herstellen? Sollen die Konzentration der Produktion und die gesellschaftliche Arbeitsteilung wieder rückgängig gemacht werden? Was immer der Autor vorschlägt, seine Apelle werden ungehört bleiben. Der Kapitalismus hat sich entwickelt aus einer Gesellschaft einzelner Privatproduzenten, wo jeder sein Produkt als Ware allein hergestellt hat. Er beginnt dort, wo das gleiche Kapital mehrere Arbeiter zusammenfaßt und ausbeutet. Warenproduktion, Produktion für den Austausch, schließt ein die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion, denn der Verkauf auf dem Markt ist für den einzelnen Produzenten nicht planbar. So kommt es, daß zwischen den einzelnen Kapitalisten von Anfang an Konkurrenz herrscht. Sie zwingt die Kapitalisten nicht zuletzt zur ständigen Verbesserung und Steigerung der Produktion. Als erstes bringt sie die Arbeitsteilung, die Zerlegung des Produktionsprozesses in einzelne Handgriffe mit sich. Dann folgt die Werkzeugmaschine, die eine Unzahl solcher einzelner Handgriffe wieder zusammenfaßt und durchführt; dann die Ersetzung des Menschen als Antrieb der Maschine durch künstliche Energie. „....die große Industrie (hebt) die manufakturmäßige Teilung der Arbeit mit ihrer lebenslänglichen Fesselung eines ganzen Menschen an eine Detailoperation technisch auf, während zugleich die kapitalistische Form der großen Industrie jene Arbeitsteilung noch ungeheuerlicher reproduziert, in der eigentlichen Fabrik durch Verwandlung des Arbeiters in das selbstbewußte Zubehör einer Teilmaschine....", so beschreibt K.Marx in seinem Werk „Das Kapital" (Dietz-Verlag, Band I, S. 508) die Entwicklung der Arbeitsteilung durch den Kapitalismus. Gleichzeitig beschreibt Marx, wie die Entwicklung des Produktionsprozesses die Voraussetzungen schafft für die Aufhebung der Arbeitsteilung: „Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als definitiv (endgültig). Ihre technische Basis ist daher revolutionär, während die aller früheren Produktionsweisen wesentlich konservativ war. Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andere Methoden wälzt sie beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutioniert damit ebenso beständig die Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den andern. Die Natur der großen Industrie bedingt daher den Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters. Andrerseits reproduziert sie in ihrer kapitalistischen Form die alte Teilung der Arbeit mit ihren knöchernen Partikularitäten (Besonderheiten).

Man hat gesehen, wie dieser absolute Widerspruch alle Ruhe, Festigkeit, Sicherheit der Lebenslage des Arbeiters aufhebt, ihm mit dem Arbeitsmittel beständig das Lebensmittel aus der Hand zu schlagen und mit seiner Teilfunktion ihn selbst überflüssig zu machen droht; wie dieser Widerspruch im ununterbrochenen Opferfest der Arbeiterklasse, maßlosester Vergeudung der Arbeitskräfte und den Verheerungen gesellschaftlicher Anarchie sich austobt. Dies ist die negative Seite. Wenn aber der Wechsel der Arbeit sich jetzt nur als überwältigendes Naturgesetz und mit der blind zerstörenden Wirkung eines Naturgesetzes durchsetzt, das überall auf Hindernisse stößt, macht die große Industrie durch ihre Katastrophen selbst es zur Frage von Leben oder Tod, den Wechsel der Arbeiten und daher möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen. Sie macht es zu einer Frage von Leben oder Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsbedürfnis des Kapitals in Reserve gehaltenen, disponiblen (verwendbaren) Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das total entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Betätigungsweisen sind.“ (Kapital I, S. 511/512)

Unter der Herrschaft der Bourgeoisie verwandeln sich alle Mittel zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit in Mittel zur Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter. Das treibende Motiv der kapitalistischen Produktion ist nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, sondern die Akkumulation (Anhäufung) von Kapital, also der Profit. Zwischen einzelnen Kapitalisten, zwischen ganzen Industrien und ganzen Ländern entscheiden die Produktionsbedingungen über ihre Umwälzung und Vervollkommnung des Produktionsprozesses. Der Kapitalismus hat die Produktionsmittel in gesellschaftliche, die nur von einer Masse von Arbeitern gemeinsam in Bewegung gesetzt werden können, verwandelt, während gleichzeitig die Aneignung die gleiche, private geblieben ist. Hat es sich vorher von selbst verstanden, daß der einzelne Produzent, der eine Ware selbst mit seinen eigenen Produktionsmitteln herstellt, Eigentümer seines Produkts ist, so eignet sich jetzt der Kapitalist das Produkt fremder Arbeit an, weil er Eigentümer der Produktionsmittel ist. Der Kapitalismus selbst treibt den Prozeß der Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf die Spitze. Er schafft die Großproduktion, ersetzt die großen Betriebe durch noch größere und treibt die Konzentration des Kapitals soweit, daß das Monopol entsteht. Dieses Stadium der Entwicklung des Kapitalismus beschreibt Lenin als sterbenden Kapitalismus und Vorabend der Revolution des Proletariats, und charakterisiert es folgendermaßen: „1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses 'Finanzkapitals'; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.“ (Lenin Werke 22, S. 271)

Eine Neuaufteilung der Welt kann nur durch den imperialistischen Krieg erreicht werden. Das ist der Grund für das fieberhafte Wettrüsten der beiden Supermächte; tatsächlich macht die Rüstungsproduktion einen großen Teil der gesamten Produktion aus (in der SU ca. 60%!). Wem will Herr Gruen also vorschlagen, die Rüstung abzuschaffen? Den Supermächten, die um die Welthegemonie ringen; der Sowjetunion, die einen Krieg um Europa anzetteln will, um die imperialistische Konkurrenz zu schlagen? Den USA, die ihre Vormachtstellung in Westeuropa nicht aufgeben wollen?

Erst die proletarische Revolution wird dieser Sorte von „Vergeudung“ ein Ende machen, genauso wie jeder anderen Sorte Vergeudung von Energie und gesellschaftlicher Produktivkraft.

Der Autor stellt fest, daß zu den Dingen, die von der kapitalistischen Gesellschaft produziert werden, außer der Kriegsrüstung noch andere schädliche Dinge gehören und führt an die „übertriebene mechanische Mobilität, die direkt zur Vergiftung und Vernichtung der Umwelt beiträgt.“ Herr Gruen legt selbst den Schluß nahe, daß sie wegen der Planlosigkeit der Entwicklung der Produktion in der kapitalistischen Gesellschaft notwendig ist: „Wenn eine Fabrik rationalisiert wird, dann heißt das immer, daß man möglichst viele Maschinen in die Hallen stellt, um möglichst viele Menschen auf die Straße setzen zu können. Je mehr Maschinen in immer größeren Betrieben aufgestellt werden, desto weniger Menschen braucht man, um diese Maschinen zu bedienen und desto größere Distanzen müssen die Maschinenbediener zurücklegen, um zu ihrem Arbeitsplatz und wieder nach Hause zu kommen, wobei sie natürlich eine Menge Energie verbrauchen.“ Hier an den Arbeiter zu appellieren, er soll sich besinnen, ist sinnlos. Der Arbeiter hat nur die Wahl, sich ins Verkehrschaos zu stürzen oder daheim, wo es keine Arbeit gibt, zu verhungern. Die Planlosigkeit der Stadtentwicklung – was dem Autor, als „Stadtplaner“ bekannt sein müßte – macht es notwendig, daß zwei mal täglich ungeheure Menschenmassen kreuz und quer durch die Stadt transportiert werden müssen, weil ihre Wohnungen oft weitab von ihren Arbeitsstätten stehen. Was gar nicht anders sein kann, weil große Massen von Lohnabhängigen ihre Arbeit oft genug verlieren und so zwischen den Fabriken verschiedener Kapitalisten hin- und hergeschleudert werden.

Erst unter der Herrschaft des Proletariats wird die Produktion planbar. „Die soziale Revolution des Proletariats ersetzt das Privateigentum an den Produktionsmitteln durch das gesellschaftliche Eigentum, beseitigt damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und schreitet fort zur Ablösung der Warenproduktion durch die unmittelbare gesellschaftliche Produktion von Gebrauchsgütern, die mit Willen und Bewußtsein der Massen und im Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft vollzogen wird.“ (Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs, S. 14) Mit dem Sturz der Bourgeoisie werden die Arbeiter Herren der Produktion. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die bisher wie Naturgesetze über die Menschen geherrscht haben, werden nun unter der Führung der Arbeiterklasse bewußt von den Menschen kontrolliert. Die Produktion wird ebenso planbar, wie die gesamte Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Damit werden die Menschen auch zum ersten Mal bewußte Herren der Natur, weil sie imstande sind, ihren Stoffwechsel mit der Natur zu planen: die Gewinnung von Rohstoffen genauso wie ihre Verarbeitung in der Industrie und wie die landwirtschaftliche Produktion. Die sozialistische Gesellschaft beginnt auch mit der bewußten Umgestaltung der Natur, sodaß sie sowohl die natürlichen Bedingungen verändert wie auch Naturkatastrophen entgegentritt. „Die soziale Revolution des Proletariats beseitigt mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen die Grundlage für die Spaltung der Gesellschaft in Klassen... Sie beseitigt den Gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit sowie den zwischen Stadt und Land. Sie beseitigt mit der Aufhebung der Klassen im Innern der Nationen den feindlichen Gegensatz der Nationen untereinander.“ (Programm des KB, S 14/15) Die Arbeiterklasse erreicht damit, was der Autor am Ende seines Artikels als Wunschbild ausmalt: „Wir könnten zu Lebensformen gelangen, die sich schonend auswirken auf alle Kräfte, die uns die Natur beschert, aber auch schonend auf den menschlichen Organismus wirken und die uns ein gesundes, arbeitsreiches, erfülltes und lebenswertes Dasein bieten. Diese Lebensformen würden es uns auch erlauben, in Frieden mit der Natur, aber auch in Frieden mit allen Menschen zu leben.“

Die Arbeiterklasse kann das – zum Unterschied vom Autor des Artikels „Die Alternative“ – tatsächlich verwirklichen. Aber nicht indem sie die Entwicklung der Produktivkräfte aufhält, sondern indem sie die Produktivkräfte befreit aus allen Fesseln, die ihnen durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse angelegt werden. Indem die Arbeiterklasse durch den Sturz der Bourgeoisie diese Eigentumsverhältnisse beseitigt, macht sie den Weg frei für eine ununterbrochene Weiterentwicklung der Produktivkräfte. „Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter anderem durch den Durchschnittsgrad des Geschicks der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Organisation des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel, und durch Naturverhältnisse.“ (Marx Kapital I, S. 54) Alle diese Produktivkräfte, insbesondere natürlich die menschliche Produktivkraft, befreit die Arbeiterklasse durch ihre Revolution. Nicht Einschränkung der Produktion, sondern ihre Befreiung von jeglicher Einschränkung ist das Ziel der Arbeiterklasse.

Wer die Industrie insgesamt für einen Schaden hält und nicht ihre kapitalistische Anwendung, der muß auch die Kernenergie prinzipiell für einen Schaden halten. Wir meinen hingegen, daß die Entwicklung neuer Formen der Energiegewinnung, einschließlich der Kernenergie, für den Fortschritt der Menschheit ebenso unvermeidlich ist und unter der Herrschaft der Arbeiterklasse auch nutzbringend möglich ist, wie die Weiterentwicklung der Produktion überhaupt.

Die Bourgeoisie beherrscht aber die Gewinnung von Kernenergie ebensowenig wie sie die Produktion überhaupt beherrscht. Was sie beherrscht ist einzig und allein eine Produktion zu beginnen, um Profit zu machen. Alles andere ist ihr egal; Hauptsache der Profit ist in ihrer Tasche gelandet. Ob es in 100 Jahren bestimmte Rohstoffe noch gibt oder nicht; ob man die Luft in ihren Städten noch atmen kann; ob die Waren, die produziert werden, Mist sind und dadurch Menschenleben gefährden (Produktionsfehler bei Autos werden zum Beispiel oft genug bekannt), all das ist der Bourgeoisie nicht wichtig. Ihre Art der Produktion bringt sogar notwendig technische Fehler massenhaft hervor. Die Kapitalisten haben die Intensität der Arbeit gewaltig gesteigert und zwingen damit die Arbeiter, Mist zu produzieren. Außerdem wird noch überall am Material gespart. Das gilt natürlich auch für die Teile, aus denen die AKW gebaut werden. Bei denen treten genauso Schäden auf, wie beispielsweise bei den Bohrtürmen in der Nordsee. Nach mir die Sintflut – das ist die Abenteurerlogik der kapitalistischen Produktion. Diese Tatsache tritt bei der Gewinnung von Kernenergie durch die Bourgeoisie als Gefahr für Mensch und Natur auf. Die Bourgeoisie weiß weder, was sie mit dem verbrauchten Brennmaterial machen soll, noch weiß sie, wie sie die verbrauchten AKW-Ruinen wieder los wird. Bloß weil sie sich Profit erhofft, hat sie mit dem Bau von AKW begonnen und hofft, daß sich die restlichen Probleme irgendwie lösen werden. Wie sehr sie sich verkalkuliert hat, zeigt sich darin, daß sich die Baukosten für das AKW Zwentendorf seit Baubeginn schon erheblich vergrößert haben. 1971 hat die Regierung mit 4.914 Millionen Schilling für die gesamte Anlage gerechnet. 1977 gibt sie die Kosten bereits mit 6.668,9 Millionen Schilling an. Die einzige Sorge der Kapitalisten dabei ist, daß sich dadurch der Strom für sie verteuern könnte. Und so ist die Spekulation auf billigen Atomstrom für das Volk ein groß angelegter Schwindel, der in die Verstärkung der Ausplünderung des Volkes münden soll. Den billigen Atomstrom für die Kapitalisten soll das Volk bezahlen: einerseits durch den hohen Tarif für die Haushalte und andererseits dadurch, daß die Ausgaben für Forschung, Atommüllagerung und ähnliches sowieso vom Staat aus den vom Volk abgepreßten Steuern finanziert werden.

Die Arbeiterklasse ist für den Fortschritt, für die Weiterentwicklung und Steigerung der Produktion. Gerade deshalb muß sie gegen die Zerstörung von Natur und Mensch durch die kapitalistische Produktionsweise kämpfen. Sie wird diesen Kampf führen, bis sie die Wurzel des Übels beseitigt hat, die Herrschaft der Bourgeoisie. Die Volksbewegung gegen die imperialistische Energiepolitik der Regierung ist ein Teil dieses Kampfes. Davon, wie tatsächlich der Kampf gegen den Bau von AKW geführt wird, ist in dem Artikel von Herrn Gruen nicht die Rede. Ganz im Gegenteil macht der Autor Vorschläge, die keinesfalls dafür taugen, auch nur den Bau eines einzigen AKW zu verhindern. Das ist aber die Frage, vor der die Bewegung in Österreich heute steht, wenn von der Regierung bereits bekanntgegeben wird, daß im Mai mit dem Probebetrieb begonnen werden kann und wir in allernächster Zeit mit der Anlieferung der Brennelemente rechnen müssen. Vorschläge, wie sie Herr Gruen in der „Solidarität" macht, können die Arbeiter höchstens in die Irre führen. Unter der Überschrift „Arzt und Patient" schreibt er: „Wenn er (der „Patient" ist Fließbandarbeiter) sich eine Arbeit verschaffen könnte, die ihm innere Befriedigung gibt, etwa etwas wirklich Sichtbares und Greifbares selbst herzustellen, dann könnte er sich den größten Teil auch der bisher verabreichten Medikamente ersparen, er würde weniger unter Stress zu leiden habe, weniger künstliche Energie verbrauchen und viel gesünder leben. Der Patient seufzt und meint, daß er gerne bereit wäre, all dies zu tun, aber er als Einzelbürger können doch nicht die Gepflogenheiten der ganzen Gesellschaft ändern. 'Da haben Sie recht', sagt der weise Arzt. 'Die Änderungen müssen durch geeignete Maßnahmen von den gewählten Volksvertretern durchgeführt werden, und Sie und alle Ihre Freunde und Bekannten haben als Wähler die Verpflichtung, in dieser Richtung zu wirken." Es ist kein Wunder, wenn in der „Solidarität" als AKW-Gegner gerade jemand mit solchen Vorschlägen auftaucht und keinesfalls einer, der tatsächlich den Kampf gegen den Bau von AKW führt. Solche Vorschläge legen den Plänen der Bourgeoisie keinerlei Hindernis in den Weg. Das Volk soll es der Regierung überlassen, was gemacht wird, höchstens als Wähler soll es auftreten. Auch ist es mit den Volksvertretern so eine Sache; das einzige, was sie mit dem Volk zu tun haben, ist, daß sie von ihm gewählt werden. Die bürgerlichen Parteien haben auf verschiedenste Weise klargemacht, daß sie das AKW-Programm durchsetzen wollen. Bürgerliche Politiker sind sowieso auch in verschiedensten Positionen der Vorstände der Elektrizitätsgesellschaften. Insgesamt ist es so, daß der Staat ein Instrument in der Hand der Kapitalistenklasse ist. Eine Tatsache, die auch in bezug auf die Volksbewegung gegen die AKW immer deutlicher hervortritt. AKW sollen gebaut werden, weil sie von der Kapitalistenklasse gebraucht werden. Die Regierung, der ganze Staatsapparat wird in Bewegung gesetzt, um diesen Plan zu verwirklichen. Das beginnt mit der Forschung, die vom Staat finanziert wird. Der Bau des AKW ist längst entschieden, schließlich steht es ja fertig da. Zur Rechtfertigung vor dem Volk wird jetzt der große Parlamentsbetrug inszeniert. Den geplanten Volksbetrug haben sie schon ein paar Mal verschoben, weil ihnen die Bewegung der AKW-Gegner dazwischengefahren ist. Wenn der Volksbetrug nicht gelingt, dann folgt die Polizei. Die Bourgeoisie hat die Mittel in der Hand und sie wird sie auch einsetzen, um ihre Pläne durchzusetzen. An ihren Plänen kann sie nur der Kampf des Volkes hindern. Vorschläge, wie sie Herr Gruen den Arbeitern macht, lenken vom Kampf ab; deshalb dürfen sie in der „Solidarität" wohl auch gemacht werden. Offenbar hat aber der Widerstand in den eigenen Reihen die Gewerkschaftsführung so aufgeschreckt, daß ihr selbst solche Irreführung noch zu wenig ist. Sicherheitshalber patzt sie also mittel in den Artikel Gruens ihre Argumente in Form vom Graphiken und Zitaten hinein. Offenbar dämmert der ÖGB-Führung, welche gesellschaftliche Sprengkraft in der Frage steckt. Das ist vermutlich auch der Grund, warum vor dem Artikel fett gedruckt betont wird: „Hier geht es wirklich nicht um ein politisches Problem." Die Gewerkschaftsführung selbst beweist das Gegenteil: Wer den Kapitalismus erhalten will, wer die imperialistische österreichische Bourgeoisie im Sattel halten will, der muß für deren imperialistisches Energieprogramm eintreten; der muß das Risiko in Kauf nehmen, das ihre Art der Energiegewinnung mit sich bringt. Das alles verkünden sie oft genug auf ihre Art. Daß es sich dabei nicht um Politik handelt, betont die Gewerkschaftspresse offenbar deshalb, damit sich die Arbeiter nicht die Frage stellen, die ihnen die Tatsachen aufdrängen: Muß nicht die Herrschaft der Bourgeoisie fallen, wenn sie eine solche Bedrohung von Mensch und Natur hervorbringt?

EINIGE PHYSIKALISCHE BEGRIFFE

* Was ist Radioaktivität?

Die meisten Elemente kommen als Gemische verschiedener *Isotope* vor. Isotope eines Elements verhalten sich chemisch gleich, unterscheiden sich aber in ihrer Masse. Z.B.: Uran-235, Uran-238 (Die Zahlen sind die „Massenzahlen").

Ein Teil der Isotope ist stabil, das heißt, diese Isotope ändern sich nicht. *Radioaktiv* nennt man solche Isotope, die unter Abgabe von Energie, nämlich „radioaktiver Strahlung", zerfallen. Beim Zerfall einiger Elemente entsteht wieder ein radioaktives Isotop eines anderen Elementes, und erst nach mehreren derartigen Zerfallsprozessen wird ein nicht radioaktives, also stabiles Isotop erreicht.

Es gibt natürliche und künstliche radioaktive Isotope. Neben natürlichen Isotopen – also solchen, die auch in der Natur vorkommen – entstehen bei der Kernspaltung künstliche Isotope (die in der Natur an sich nicht vorkommen) im Kernreaktor.

* Halbwertszeit:

Die Halbwertszeit ist jene Zeit, nach der die Hälfte der ursprünglich vorhandenen Atome

zerfallen ist. Sie kann Bruchteile von Sekunden oder auch mehrere tausend Jahre betragen. Ein Gramm Jod-129 ist erst nach 17.250.000 Jahren zur Hälfte zerfallen. Von einem Gramm Jod-131 ist schon nach 8 Tagen nur noch ein halbes Gramm da, von diesem zerfällt in den nächsten 8 Tagen wieder die Hälfte, bleiben also noch 0,25 Gramm, usw.

* Alpha-, Beta- und Gammastrahlen:
Die Alpha-, Beta- und Gammastrahlen, die die Atome beim radioaktiven Zerfall aussenden, unterscheiden sich in ihrer Masse, ihrer Ladung und ihrer Fähigkeit, Energie auf ihre Umgebung zu übertragen (und z.B. dadurch eine Zelle des menschlichen Körpers zu schädigen). Ein Großteil dieser Strahlung ist *Ionisierende Strahlung*, die beim Durchgang durch Materie eine Anzahl von ungeladenen Teilchen in positiv oder negativ geladene Teilchen umwandelt.

Alphastrahlen sind Kerne von Heliumatomen. Wegen ihrer großen Masse und zweifach positiven Ladung treffen sie sehr häufig mit anderen Atomen und Molekülen zusammen, wobei sie einen Teil ihrer Energie abgeben. Sie haben daher eine kurze Reichweite im menschlichen Gewebe – ca.0,1 mm. Das bedeutet, daß sie ihre relativ hohe Energie auf einer sehr kurzen Wegstrecke vollständig an das Gewebe abgeben.

Betastrahlen (Elektronen) sind negativ geladene Teilchen mit einer sehr geringen Masse (etwa 7000 mal kleiner als die der Alphateilchen). Ihre Reichweite im menschlichen Gewebe beträgt wenige Zentimeter.

Gammastrahlen sind elektromagnetische Wellen ebenso wie die Röntgenstrahlen. Diese Strahlen werden beim Durchgang durch Materie nur sehr wenig abgeschwächt. Daher benötigt man mehrere Zentimeter dicke Bleiplatten, um diese durchdringende Strahlung abzuschirmen.

Die von außen auf den Körper auftreffenden Alpha- und Betastrahlen können höchstens wenige Zentimeter in das Gewebe eindringen, schädigen also nur Zellen an der Körperoberfläche. Ganz anders sieht es aus, wenn z.B. eine alphastrahlende Substanz eingeatmet wird oder mit der Nahrung aufgenommen wird. Dann kann ihre Strahlung direkt auf vielleicht lebenswichtige Organe einwirken (z.B. Knochenmark, Schilddrüse, Geschlechtsdrüse, Lunge etc.)

* Maßeinheiten für die radioaktive Strahlung:
Curie: gibt die Anzahl der Atomzerfälle pro Zeiteinheit an. Ein Curie entspricht 37 Mrd. Atomzerfällen pro Sekunde.

Röntgen: (R): gibt die Zahl der erzeugten Ionenpaare pro Volumseinheit an. Ein Stoff erhält die Ionendosis von 1 R durch eine Strahlung, die in 1 ccm Luft (1 atm., Zimmertemperatur) rund 2 Mrd. Ionenpaare erzeugt.

rad: gibt die Energie an, die die Strahlung auf ein Gramm eines Stoffes abgibt. 1 rad = 100 erg/g.

rem: gibt die Wirkung an, die die Strahlung auf menschliches Gewebe an. Man erhält rem, wenn man rad mit einem Faktor multipliziert. Dieser Faktor ist bei Beta- und Gammastrahlen ungefähr 1, bei Alphastrahlen ungefähr 10. Ein Tausendstel rem = ein mrem (Millirem).

Jedoch sagt die Einheit rem für die biologische Schädigung insoferne wenig aus, als es nicht nur darauf ankommt, daß und wie stark menschliches Gewebe zerstört wird, sondern auch besonders, welches Gewebe zerstört wird. (Z.B.: es besteht ein Unterschied, ob die Haut, oder ob Lungen, Gehirn, Geschlechtsdrüsen usw., geschädigt werden).

Die Geschichte der Erkenntnis und Nutzung der Energiequellen durch den Menschen

erschienen in „Kommunist" Nr. 4/77

Dieser Artikel ist der chinesischen wissenschaftlichen Zeitschrift „Scientia Sinica" Nr. 5/1975 entnommen. der Artikel ist eine historisch-materialistische Untersuchung der Entwicklung bestimmter Energieformen und ihrer Nutzbarmachung unter verschiedenen Gesellschafts- und Produktionsverhältnissen in der Geschichte der Menschheit und des Klassenkampfs.

Die Österreichische Elektrizitätswirtschaft

Die österreichische Elektrizitätswirtschaft ist verstaatlicht. Das hat mehrere Gründe:

1. Die Erzeugung und Verteilung der Elektrizität erfordert einen riesigen Kapitalaufwand. Der Großteil des Kapitals ist in Form von konstantem Kapital gebunden. Vom konstanten Kapital ist wiederum der Anteil des fixen Kapitals sehr hoch (Kraftwerksbauten, Generatoren, Turbinen, Verteileranlagen, etc.). Das fixe Kapital überträgt seine Werte nur allmählich auf das Produkt. Je langsamer diese Arbeitsmittel verschleißen, desto länger ist die Periode, worin konstanter Kapitalwert in ihm fixiert bleibt. Was die Elektrizitätswirtschaft (E-Wirtschaft) betrifft, so haben Kraftwerksbauten, Turbinen, etc. eine sehr lange Lebensdauer. Das in der E-Wirtschaft angelegte Kapital hat daher eine langsame Umschlagsgeschwindigkeit. Der riesige Kapitalaufwand und dessen langfristige Finanzierung überstieg in Österreich die Möglichkeiten des privaten Kapitals. Schon vor dem Bundesgesetz über die Verstaatlichung der E-Wirtschaft (1947) war der Großteil der Elektrizitätsversorgungsunternehmen in der Hand von Bund, Ländern und Gemeinden.

2. Strom ist ein unentbehrlicher Hilfs- und Antriebsstoff für die Produktion. Die Versorgung der kapitalistischen Wirtschaft mit elektrischer Energie muß unabhängig von allen Schwankungen, Krisen und der Anarchie der kapitalistischen Produktion gesichert sein.

3. Das Monopolkapital kann sich vermittels der staatlichen Kontrolle über die E-Wirtschaft die Kosten für einen Teil des konstanten Kapitals herabsetzen lassen. Der wesentlich höhere Haushaltsstromtarif trägt zur Finanzierung der niedrigen Sondertarife für die industriellen Großabnehmer bei. Für die großen Stahl-, Elektro- und Baufirmen fällt beim Kraftwerksbau einiges an Großaufträgen ab. Das Finanzkapital wiederum ist selbst an diesen Firmen beteiligt und hat die staatliche E-Wirtschaft, vor allem infolge der ständig steigenden Verschuldung, fest im Griff.

Die österreichische E- Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte der Staat eingreifen, um zumindest notdürftig die Versorgung mit elektrischer Energie zu sichern. Mit dem „Lastenverteilungsgesetz" (1946) schuf sich der Staat das dazu notwendige gesetzliche Instrumentarium. Es wurde damit eine österreichische Lenkungsstelle für die E-Wirtschaft, ausgeübt vom Bundeslastverteiler, geschaffen (der dem Ministerium gegenüber weisungsgebunden war). Dieser hatte die Aufgabe, die Abgabe von Strom entsprechend der Dringlichkeit zu regeln und hatte das Recht, den Ausschluß bzw. Beschränkungen des Stromverbrauchs für bestimmte Verbrauchergruppen zu verfügen.

Die Sicherung einer störungsfreien Stromversorgung war ein dringendes Erfordernis, insbesondere für die kapitalistische Wirtschaft. Der Staat zentralisierte die entscheidenden Elektrizitätsversorgungsunternehmungen in seiner Hand. Mit dem Bundesgesetz über die Verstaatlichung der E-Wirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz) wurden *„Unternehmungen, Betriebe und Anlagen zur Erzeugung und Verteilung*

elektrischer Energie" (1) verstaatlicht, soweit sie nicht schon bisher in der Hand von Bund, Ländern und Gemeinden gewesen waren. Ausgenommen davon waren

a) Unternehmungen unter 200kW Nennleistung.

b) elektrische Eigenversorgungsanlagen, wenn deren unmittelbare Stromabgabe an betriebsfremde Verbraucher im Jahr 100.000kW nicht übersteigt und eine darüber hinausgehende Stromabgabe nur an die verstaatlichte E-Wirtschaft erfolgt.

Etwa 400 Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen kleiner und mittlerer Größe wurden von der Verstaatlichung nicht erfaßt (2). Ihre Zahl dürfte sich seither wesentlich verringert haben. Sie wurden von der Konkurrenz der staatlichen E-Wirtschaft erdrückt. Laut einem Fernsehbericht im ORF (Ende Juni 1977) erhalten diese Unternehmungen bei Stromabgabe an das Verbundnetz im Durchschnitt nur 10-16 Groschen pro Kilowattstunde! (Bei einem Haushaltsstromtarif von 90 Groschen plus Grundpreis).

Die E-Wirtschaft ist gegliedert in Verbundgesellschaft, Landesgesellschaften, Sondergesellschaften und städtische Energieversorgungsunternehmungen. Die einzelnen Unternehmungen sind in Form von Aktiengesellschaften organisiert. Die Anteile befinden sich in der Hand des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Die Verbundgesellschaft, die Landesgesellschaften und die Sondergesellschaften sind durch gegenseitige Beteiligungen eng miteinander verbunden. Auf der Ebene der Aufsichtsräte führt das zu dem Ergebnis, daß die Spitzenmanager der verstaatlichten E-Wirtschaft jeweils eine beträchtliche Anzahl von Aufsichtsratsposten auf sich vereinigen. So findet sich zum Beispiel der Generaldirektor der Verbundgesellschaft, Erbacher, auch in allen Aufsichtsräten der Großkraftwerke, die vom Verbund gemeinsam mit Landesgesellschaften errichtet und betrieben werden. Bei solchen Tätigkeiten fallen sicher gewisse „Entschädigungen" ab. Im Geschäftsbericht der Verbundgesellschaft für 1976 findet man den Posten von 1,75 Millionen S für „Vergütungen an die Mitglieder des Aufsichtsrates". Tatsächlich wurden im Berichtsjahr auch sechs Aufsichtsratssitzungen abgehalten und fünf Sitzungen eines Arbeitsausschusses des Aufsichtsrates!

Von besonderer Bedeutung im Rahmen der staatlichen E-Wirtschaft ist die österreichische Elektrizitätswirtschafts AG (Verbundgesellschaft). Sie ist eine Art Dachgesellschaft des Konzerns. Die lang- und kurzfristige Abstimmung von Strombedarf und -erzeugung, die Errichtung und Betreibung der Verbundleitungen und das Abschließen von Transport- und Stromlieferverträgen ist ihre besondere Aufgabe. Verträge industrieller Großabnehmer (über 1 Million kWh/Monat) werden von der Verbundgesellschaft geprüft. Stromlieferungsverträge mit dem Ausland sind an ihre Zustimmung gebunden. Zwischen den industriellen Großabnehmern und der Verbundgesellschaft herrscht ein gewisses Nahverhältnis. Ähnliches kann man von denjenigen Kapitalisten behaupten, die mit Großaufträgen am Kraftwerksbau beteiligt sind. Die Verbundgesellschaft hat auch den Bau und den Betrieb von Großkraftwerken in Form der Sondergesellschaften zu veranlassen. Ausdruck und Absicherung der engen Verbindung von staatlicher E-Wirtschaft und großem Kapital ist die personelle Verflechtung der Aufsichtsräte. Der Generaldirektor der Verbundgesellschaft, Erbacher, ist Aufsichtsrat der Vereinigten Metallwerke Ranshofen (eines der größten Stromkunden, mit Sondertarifen von ca. 24 g).

Der Aufsichtsrats-Vorsitzende des Verbundes, Weiss, ist auch Aufsichtsrat der Baufirma Hofmann und Maculan, die wiederum im Eigentum der Creditanstalt ist.

Aufsichtsrat Gehart ist unter anderem Vorstandsvorsitzender der Perlmooser Zementwerke und außerdem auch Aufsichtsrat von Kapsch. Die Perlmooser Zementwerke sind einer der größten Stromkunden; 1974 entfielen 4% des Inlandsabsatzes dieser Firma auf Aufträge aus dem Kraftwerksbau. Sie gehören ebenfalls der Creditanstalt.

Weiters finden sich im Aufsichtsrat der Verbundgesellschaft ein weiterer Aufsichtsrat von Ranshofen (Reisinger), einer der VÖEST-Alpine (Brandstätter), Aufsichtsräte von Philips, Elin, Brown Boveri sowie gleich zwei von Waagner Biro (die wiederum der Länderbank gehört) sowie der Aufsichtsratsvorsitzende der Baugesellschaften Hofmann und Maculan (Reisinger) und ein Aufsichtsrat der Universale Bau (Gruber) – Creditanstalt.

Was die großen Banken betrifft, so war von der Creditanstalt und der Länderbank bereits die Rede. Aber auch der Vorstands-Vorsitzende-Stellvertreter der Girozentrale der österreichischen Sparkassen, Fremuth, sowie der Aufsichtsratsvorsitzende der Bank für Tirol und Vorarlberg, Berchthold, dürfen in diesem Kreis nicht fehlen.

Die Kostenstruktur in der E- Wirtschaft

Wie bei anderen kapitalistischen Unternehmen befinden sich im Wert der produzierten Waren, der vom konstanten Kapital auf das Produkt übertragene Wert, sowie der neugeschaffene Wert. In der E-Wirtschaft wird Strom produziert. Durch den Verkauf von Strom kehrt der Wert des in Maschinerie, Rohstoffen und Arbeitskräften ausgelegten Kapitals wieder in die Hand des Eigentümers zurück und der in der Ware steckende Mehrwert wird realisiert. Ein Teil des Mehrwerts wird allerdings bereits durch die billigen Sondertarife für industrielle Großabnehmer an das Monopolkapital umverteilt. Was den Rest des Mehrwerts betrifft, so scheint dieser in Bilanzen als solcher nicht auf. Es wird nur der Überschuß der durch den Verkauf der Waren erzielten Geldsumme über das eingesetzte Gesamtkapital festgestellt. In den Bilanzen wird die Größe dieses Gewinns durch allerlei Manipulationen weiter reduziert. In der Bilanz der Verbundgesellschaft (3) des Jahres 1976 wird als Saldo ein Verlust von 155 Millionen Schilling festgestellt. Zählt man aber Posten wie Aufwandszinsen (= Zinsenzahlungen für Kredite und Anleihen) von 474 Millionen, Rücklagen von 53 Millionen, Sonderabschreibungen von 182 Millionen und einen Teil der normalen Abschreibungen (50 Millionen) zusammen, so kommt man auf eine Summe von ca. 760 Millionen, die dem Gewinn zuzurechnen sind. Außerdem sind bei den Gehältern der Angestellten auch die der Spitzenmanager der Verbundgesellschaft enthalten, die zu einem Teil Gewinnanteile darstellen. So kommt man insgesamt auf ca. 800 Millionen, wovon mehr als die Hälfte in Form von Zinsenzahlungen an die Banken fließt.

Der Staat hat für die E-Wirtschaft besondere Vergünstigungen geschaffen. Nach den Bestimmungen des Elektrizitätsförderungsgesetzes (1969) können die E-Gesellschaften bis zu 40% des Jahresgewinnes als steuerfreie Rücklagen verbuchen, wenn sie diese Summen für den Kraftwerks- und Verteilerbau verwenden.

Entsprechend den Besonderheiten des in der E-Wirtschaft angelegten Kapitals kehrt nur ein kleiner Teil des Kapitals schon nach einem Produktionsvorgang wieder in die Hand des Eigentümers zurück. Der Großteil des konstanten Kapitals ist durch relativ lange Zeit in Form des fixen Kapitals gebunden. Im Strompreis müssen die Kosten der anteilsmäßigen Wertabgabe des fixen Kapitals an das Produkt (den Strom) enthalten sein. Im Tarifsystem mit der Trennung in Grundtarif und Arbeitspreis sollte der Grundtarif ca. die anteilsmäßigen Festkosten der E-Wirtschaft abdecken. Nach Meinung der E-Wirtschaft ist dies derzeit nicht mehr der Fall. Solange durch vermehrte Stromabgabe nur die Auslastung der bestehenden Elektrizitätsversorgungsunternehmen steigt, sinkt der Anteil der Festkosten pro Stromeinheit und anderweitige Kostensteigerungen können damit aufgefangen werden. Steigt der Strombedarf dann weiter an und es müssen neue Kraftwerke gebaut werden, so steigt der Anteil des fixen Kapitals sprunghaft an. Die Vorstellungen der E-Wirtschaft bezüglich einer Tarifreform gehen in die Richtung einer prozentuell höheren Verteuerung des Grundtarifes und einer etwas geringeren Erhöhung des Arbeitspreises. Das Handelsministerium hat demgegenüber Pläne, über das Tarifsystem „Anreize" zum Stromsparen zu setzen. Ein Mehrverbrauch über eine gewisse Grenze hinaus soll durch höhere Tarife „bestraft" werden.

Die hohen Investitionskosten machen die Aufnahme von Fremdkapital notwendig. Die sich daraus ergebenden Tribute ans Finanzkapital haben ihre Wirkung auf den Stromtarif.

Ursachen für die neuerliche Erhöhung des Haushaltstromtarifes

1. Die E-Wirtschaft rechnet mit einer Zunahme des Stromverbrauches um 6% pro Jahr. (Bei dieser Schätzung geht man nicht vom Anhalten der Wirtschaftskrise, sondern von einem neuerlichen längeren Aufschwung aus.) Aber egal ob diese Prognose stimmt oder nicht, die Kapitalisten erwarten, daß ihrem Bedarf nach billiger Energie Rechnung getragen wird. Dieser Bedarf steigt im Gefolge der kapitalistischen Rationalisierung und kann bei einem eventuellen kurzen Konjunkturaufschwung wieder zunehmen.

Weiters steht hinter der Steigerung der Stromproduktion auch das Interesse, die Zuwachsraten für Erdöl abzubremsen. Im Sinne der Beschlüsse der Internationalen Energieagentur soll damit Druck auf die erdölproduzie-

renden Länder der Dritten Welt ausgeübt werden.

Letztlich ist heute Strom bzw. die mit ihm betriebenen Haushaltsgeräte erforderlich für die Lebenshaltung der Werktätigen.

Die Steigerung der Stromproduktion macht entsprechende Investitionen notwendig. Von 1976–1985 sind Investitionen von rund 136 Milliarden vorgesehen. Insbesondere einige Großprojekte wie die beiden Kernkraftwerke und der Ausbau des 380 kV Hochspannungsnetzes werden einen großen Teil der Gesamtinvestitionen verschlingen. Die Inflation, die gerade bei den Baukosten besonders hoch ist, wird diese Summen sicher in die Höhe treiben. Wie schnell einmal geplante Ausgaben in die Höhe schnellen, zeigt sich beim AKW Zwentendorf.

Die Gesamtanlagekosten stiegen gegenüber den Schätzungen von 1971 bis 1977 um 35,8%, wobei die Baukosten von 321 auf 1.185,1 Millionen (um 269%) und die Aufwendungen für Bauzinsen von 610 auf 1.100 Millionen (um 80,3%) besonders stark anstiegen.

Wie abenteuerlich die Finanzierung des AKW-Programms angegangen wurde, zeigt die Tatsache, daß 1971 für die Lagerung des Mülls keinerlei Aufwendungen vorgesehen waren und in der Berechnung der Stromgestehungskosten aus dem AKW Entsorgungs- und Stillegungskosten überhaupt nicht berücksichtigt worden waren. Die in den Strompreis eingehenden Fixkosten wurden 1977 bereits um 45% höher als noch 1971 geschätzt. Was die Kapitalisten betrifft, so wird sich dadurch an ihren billigen Sondertarifen nichts ändern; fürs Volk wird der Strom teurer. Das Gerede vom „billigen Atomstrom" war schon immer nur ein Versuch, den Widerstand gegen das AKW-Programm zu zersetzen. Schon jetzt werden als Argument für die Erhöhung der Haushaltsstromtarife die großen finanziellen Aufwendungen für Kraftwerke und Verteileranlagen benutzt, die erst in eingen Jahren Strom produzieren bzw. verteilen werden. *„Was die Strompreise anbelangt, hat sich auch im Rahmen der Preisbehörde in den letzten Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, daß über das reine Kostendenken hinaus dem Strompreis eine wesentliche Funktion in der Investitionsfinanzierung zukommt."* (4)

2. Trotz der steigenden Kosten sollen die billigen Sondertarife für die Kapitalisten erhalten werden. Diese müssen verstärkt durch die Erhöhungen des Haushaltstarifs abgestützt werden.

Die Kapitalisten brauchen mehr und noch billigeren Strom, um im internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können. Kapitalistische Rationalisierungen sind mit dem Ersatz von menschlicher Arbeitskraft durch Maschinerie verbunden. Der Energiebedarf, und besonders der von elektrischer Energie, steigt an. In der Papierfabrik Arland arbeiten in der Holzschleiferei 50–60 Menschen. Mit dem Einsatz einer modernen Maschine werden es nur mehr 20–30 sein. Die Produktion soll um 60–70% erhöht werden, der Stromverbrauch wird um 80–90% steigen.

3. Die Finanzierung dieser Investitionen ist nur mit der Aufnahme von Fremdkapital (Kredite, Anleihen) möglich. Schon in den letzten Jahren ist der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital angestiegen. Bei der Verbundgesellschaft lag der Anteil des Fremdkapitals 1975 bei 67,3%, bei den Landesgesellschaften etwas niedriger. Im Energieplan 1976 wird festgestellt, daß das von 1976–85 geplante Investitionsprogramm der E-Wirtschaft zu mindestens 50–60% mit Fremdkapital getätigt werden muß. Dabei sind die Umschuldungserfordernisse noch nicht berücksichtigt (5), d.h. Zinsen und Schuldentilgung für frühere Kredite und Anleihen.

Diese machen allerdings bereits beträchtliche Summen aus. Beim Verbundkonzern (Verbundgesellschaft und Anteile des Verbunds an den Großkraftwerken) war der Gesamtkapitalbedarf 1976 7,5 Milliarden, wovon allein 1,7 Milliarden oder 22,7% für Tilgungen aufgewendet wurden.

Hauptinstrument der Finanzierung der E-Wirtschaft waren bisher Anleihen. Insbesonders seit 1970 stieg deren Volumen sprunghaft an. Die Banken diktierten in den letzten Jahren härtere Bedingungen. Die Laufzeiten der Anleihen wurden kürzer, ein immer größerer Teil des Fremdkapitals mußte in Form der teureren Bankkredite aufgenommen werden. Die Finanzierungskosten der E-Wirtschaft nehmen einen ständig wachsenden Teil der Gesamtkosten ein und lagen 1975 bei 15,8% der Gesamtkosten. (6) Das heißt, daß das Finanzkapital einen wachsenden Teil der Profite aus der Stromproduktion an sich rafft. Das bedeutet aber auch, daß *„...die Finanzierungskosten (schon jetzt) mit einem Anteil von rund 16% ein erhebliches Gewicht in der Strompreiskalkulation (haben).*"(7) Das heißt, Strompreiserhöhung zur Finanzierung der Tributzahlungen ans Finanzkapital!

4. Um den Anteil des Fremdkapitals nicht allzu rasant ansteigen zu lassen, wird von seiten des Staates eine gewisse Eigenmittelaufbringung befürwortet. Der Weg in eine Verstärkung der Kapitaleinzahlungen des Bundes ist angesichts der sich zuspitzenden Finanzkrise des Staates versperrt. *„Eine verbesserte Eigenmittelaufbringung kann daher im wesentlichen nur über den Preis gehen."* (8)

Alles das sind Gründe für den Elektrizitätswirtschaftskonzern, fürs Finanzkapital und den Staat, den Haushaltsstromtarif zu erhöhen. Alles das sind aber gute Gründe für die Arbeiterklasse und das Volk, den Protest und den Widerstand gegen diese Erhöhung zu organisieren.

---

(1) 2. Verstaatlichungsgesetz, 26. 3. 1947, BGBl. Nr. 471

(2) Herbert Bandhauer. Die Organisation der österreichischen E-Wirtschaft. In: Gemeinwirtschaft 1/76.

(3) Darunter ist nur die Zentrale Verwaltung, das Verbundnetz sowie die Beteiligungen der Verbundgesellschaft an einigen Gesellschaften wie etwa der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie zu verstehen, nicht aber die Beteiligungen an den Kraftwerken und Landesgesellschaften.

(4) Energieplan 1976. Hrsg. vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, Seite 190

(5) Energieplan 1976, Seite 195

(6) Ebenda, Seite 51

(7) Ebenda, Seite 196

(8) Ebenda, Seite 197

Der Kampf des Volkes der Türkei gegen die beiden Supermächte

Rede des Genossen Dagyeli, Herausgeber der fremdsprachigen Ausgaben von Aydınlık, am 19.11.1977 in Wien

Genossen und Freunde!

Vor Beginn meiner Rede möchte ich, im Namen unserer Zeitschrift und unserer Genossen, dem Sekretär des Kommunistischen Bundes Österreichs, Genossen Walter Lindner, dem Zentralkomitee sowie der Ortsleitung Wien und allen Genossen des Kommunistischen Bundes Österreichs unseren Dank aussprechen. Mit ihrer wirklichen und revolutionären Unterstützung konnten wir den österreichischen Kommunisten und Revolutionären, der Arbeiterklasse und dem Volk Österreichs die politische Lage unseres Landes bekanntmachen und ihre internationale Solidarität für den Kampf unseres Volkes für Unabhängigkeit, Demokratie und Freiheit gewinnen. Das ist eine Tat des proletarischen Internationalismus, die sich nicht auf leere Worte stützt, sondern bestrebt ist, die Völkerfreundschaft und gegenseitige Unterstützung der Völker gegen den Imperialismus, Sozialimperialismus, Hegemonismus und die Reaktion zu vertiefen.

Genossen!

Die Türkei ist ein Land der Dritten Welt, ein Land, das abhängig vom Imperialismus ist. Die Ursache dafür ist, daß die Türkei viel später in die Epoche des Feudalismus eingetreten ist und, als die europäischen Völker ihre bürgerliche Revolution schon längst hinter sich hatten, die Auflösung des Feudalismus in der Türkei begann. Zu dieser Zeit waren jedoch die kapitalistischen Mächte Europas in die Epoche des Imperialismus eingetreten. Sie hatten bereits begonnen, die Türkei, wie Marx sagte, am Leibe zu zerstückeln. Zuerst der französische Imperialismus, dann aber die deutschen und britischen Imperialisten, versuchten die Türkei in ihre Kolonie zu verwandeln. Das zaristische Rußland wollte sogar die Türkei ganz einverleiben.

Mit dem Nationalen Befreiungskrieg von 1919–1922 wurde der Imperialismus zunächst zurückgedrängt. Mit dem Anwachsen des Hitler-Faschismus geriet die Türkei wiederum unter die Kontrolle des deutschen Imperialismus. Er wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vom US-Imperialismus abgelöst, der dann Hitlers Stiefel angezogen und die Weltgendarmenrolle übernommen hatte. Diese Tatsache beherrscht heute noch die politischen Entwicklungen in der Türkei.

Es gibt heute in der Türkei Investitionen verschiedener imperialistischer Mächte, von Japan bis Westdeutschland, von Österreich bis Holland, usw. Aber sie sind nicht imstande, die politischen Geschehnisse in der Türkei zu beeinflussen und zu bestimmen. Heute gibt es in der Türkei zwei imperialistische Mächte, die die Türkei unter ihre militärische, politische, ökonomische und kulturelle Kontrolle bringen wollen. Die nationale Unabhängigkeit der Türkei wird ständig von ihnen angetastet. Sie sind die Hauptstütze der inneren Reaktion, der kollaborierenden Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer. Von ihnen wird unser Land in abhängigen Verhältnissen gehalten. Diese imperialistischen Mächte sind keine anderen als die USA und die Sowjetunion.

Wie die Sowjetunion ihre Hegemonie in der Türkei ausbreitet, werde ich etwas später darlegen.

Nun über den US-Imperialismus in der Türkei. Nach dem 2. Weltkrieg kam er unter dem Deckmantel der Demokratie und Freiheit in die Türkei. Da die herrschenden faschistischen Klassen in der Türkei zu jener Zeit mit Hitler kollaboriert haben, mußten sie den Drang des US-Imperialismus in die Türkei an Stelle des deutschen Imperialismus akzeptieren. Zudem hat der US-Imperialismus mit den herrschenden Klassen einen Kompromiß geschlossen, und die Türkei für das Kriegsverbrechen nicht verantwortlich gemacht, obwohl die Türkei eindeutig für die Kriegsmaschinerie Hitlers Rohmaterial geliefert hatte.

Der US-Imperialismus, sobald er in der Türkei war, beherrschte das ganze Leben der Türkei. Zuerst wurde die Demokratische Partei, die sein treuster Lakai war, an die Macht gebracht. Das amerikanische Kapital floß wie noch nie in die Türkei. Das Militär wurde von Grund auf amerikanisiert. Das kulturelle Leben wurde völlig auf Amerika gestellt. Durch eine antikommunistische Mc Carthysmus-Welle wurden sämtliche Kommunisten, Demokraten und Antifaschisten und Friedensfreunde eingekerkert. Die 6. US-Flotte benutzte die Häfen der Türkei wie ihre Heimathäfen. Die Armee der Türkei mußte im Dienst des US-Imperialismus in den Koreakrieg ziehen.

Es wurde in der Türkei in den 50-er-Jahren so eine Stimmung geschaffen, daß man in der Türkei davon redete: Die Türkei wird ein kleines Amerika; die Türkei wird ein Staat in den USA.

Aber Ende der 50-er-Jahre wuchs in der Türkei, wie überall in der Welt, ein antiamerikanischer Kampf. Er wurde in den 60-er-Jahren zu einer Massenbewegung. Jeder Besuch der US-Flotte in der Türkei verursachte Straßenschlachten, die wiederum im Bewußtsein des Volkes das Dasein des US-Imperialismus in Frage stellten. Nicht nur Revolutionäre, auch die Demokraten und Patrioten, auch diejenigen, die an und für sich antikommunistisch eingestellt, aber national gesinnt sind, begannen in der Presse, im Parlament, auf der Straße, in der Fabrik, in der Schule, den US-Imperialismus anzuprangern. Es blieb heute praktisch nichts, das mit dem US-Imperialismus auch im kleinsten zu tun hat, aber noch nicht angeprangert und bekämpft wurde. Durch viele Kämpfe sah sich die 6. Flotte gezwungen, die Türkei nicht mehr zu besuchen. Sie kann seit 1969 die Häfen der Türkei angesichts der Kampfbereitschaft unseres Volkes gegen den US-Imperialismus nicht mehr anlaufen. Nun wurde in der Türkei durch den 34-jährigen Kampf gegen den US-Imperialismus eine Situation geschaffen, wo das Wort „Du bist proamerikanisch" der beleidigendste Fluch ist, und diejenigen, die Anfang der 50-er-Jahre aus der Türkei ein kleines Amerika machen wollten, heute peinlich darauf achten, nicht im geringsten für die USA zu erscheinen.

Nach der weltweiten Niederlage des US-Imperialismus wurden seine Stützen auch in der Türkei schwächer. Anfang der 70-er-Jahre begann der Niedergang des US-Imperialismus in der Türkei, der durch den Zypernkrieg 1974 beschleunigt wurde. Er ist zwar heute noch diejenige Supermacht in der Türkei, die ihre seit 1946 erworbene Herrschaft in der Türkei aufrechtzuerhalten versucht. Er bekam jedoch vor allem mit dem Zypernkrieg einen Rivalen, der heute den Stiefel Hitlers angezogen hat und aggressiv und blutrünstig nach der Weltherrschaft trachtet. Der neue Rivale des US-Imperialismus in der Türkei ist die Sowjetunion, die sozialimperialistische Supermacht.

Da die Sowjetunion eine sozialimperialistische Supermacht geworden ist und der alleinige Herrscher der Welt zu sein beabsichtigt, bereitet sie einen Weltkrieg vor, der die Neuaufteilung der Welt zur Folge haben soll. Sie ringt mit dem US-Imperialismus überall in der Welt, aber vor allem an den südlichen und nördlichen Flanken Europas. In der südlichen Flanke Europas liegt die Türkei. Daher ist die Rivalität der beiden Supermächte in der Türkei äußerst scharf. Und der sowjetische Sozialimperialismus unterläßt nichts, um die Türkei unter seine Herrschaft zu bringen. Seine Methoden sind vielfältig, sein Vorgehen ist äußerst brutal und frech. Denn die Türkei ist ein Land, das auf der Expansionsroute des sowjetischen Sozialimperialismus liegt. Sie ist das Land, wo die Sowjetunion in den letzten vier Jahren ihre Aktivitäten konzentriert und verstärkt hat. Um die imperialistische Politik der Sowjetunion heute in bezug auf die Türkei aufzuzeigen, ist es nötig, einen Blick in die Geschichte der Beziehungen der beiden Länder zu werfen.

Die alten Zaren von Peter I. bis Nikolai II. verfolgten alle das Ziel, Istanbul zu erobern und die Türkei zu okkupieren. Als sie ihre diesbezüglichen Pläne schmiedeten, hatten sie sogar einen neuen Namen für Istanbul: Zaregrad. Das allein zeigt, wie ernst es die alten Zaren mit der Eroberung Istanbuls gemeint haben.

Um die Türkei in ihre Hegemoniesphäre einzubeziehen, sich stets in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen und schließlich gegen sie einen Raubkrieg anzuzetteln, hatten die alten Zaren nur einen Vorwand: Rußland sei der Schützer der Orthodoxen-Kirche, deren Hauptsitz sich in Istanbul befindet. Diese Tatsache reichte den alten Zaren vollkommen, sich bei

jeder Angelegenheit in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen und von der Türkei neue Konzessionen zu verlangen.

Nach der französischen bürgerlichen Revolution erhoben sich jedoch die Völker des Balkans innerhalb des Osmanischen Reiches nacheinander und erkämpften ihre nationale Unabhängigkeit. Die Zaren beeilten sich, sich von der Religion und Zivilisation her als Verbündeter der gerechten nationalen Unabhängigkeitsbewegungen dieser oder jener Nation auf dem Balkan zu verkaufen, um noch ein Stück näher zur Türkei, zu den Meerengen und zum Mittelmeer zu kommen.

Warum hatte es das zaristische Rußland auf die Türkei, auf die türkischen Meerengen, den Bosporus und die Dardanellen abgesehen?

Marx, der im Jahre 1854 in der „New-York Daily Tribune" die Politik des zaristischen Rußlands gegenüber der Türkei untersuchte, stellte folgendes fest:

„Fassen wir also die orientalische Frage kurz zusammen: Der Zar, unzufrieden und ärgerlich darüber, daß sein ganzes ungeheures Reich auf einen einzigen Exporthafen angewiesen ist, der dazu noch an einem Meer liegt, das während einer Hälfte des Jahres nicht schiffbar und während der anderen Hälfte von den Engländern angegriffen werden kann, verfolgt den Plan seiner Vorfahren, Zutritt zum Mittelmeer zu bekommen. Nacheinander trennt er die entferntesten Teile des ottomanischen Reiches vom Körper ab, bis endlich Konstantinopel, das Herz, zu schlagen aufhören muß." (MEW Bd. 9, S. 215)

Er schrieb weiter:

„Die Übereinstimmung in den Zielen der russischen Politik ist daher durch seine historische Vergangenheit, seine geographischen Verhältnisse und durch die Notwendigkeit gegeben, offene Seehäfen im Archipel (Ägäis) wie in der Ostsee zu gewinnen, wenn es seine Vorherrschaft in Europa aufrechterhalten will." (a.a.O., S. 235)

Engels resümierte 1890 die bisherige expansionistische Politik des zaristischen Rußland und schrieb:

„Zaregrad als dritte russische Hauptstadt neben Moskau und Petersburg, das hieß aber nicht nur moralische Herrschaft über die orientalische Christenheit, das war auch die entscheidende Etappe zur Herrschaft über Europa. Das war die Alleinherrschaft über das Schwarze Meer, Kleinasien, die Balkanhalbinseln. Das war, sobald der Zar wollte, die Schließung des Schwarzen Meeres für alle Handels- und Kriegsflotten außer der russischen, seine Verwandlung in einen russischen Kriegshafen und ein ausschließliches Manöverfeld der russischen Flotte, die aus dieser sicheren Reservestellung durch den befestigten Bosporus ausfallen und zu ihr zurückflüchten konnte, so oft es ihr gefiel." (MEW Bd. 22,S. 17)

Wenn man die Haltung und Absichten des zaristischen Rußlands gegenüber der Türkei zusammenfaßt, so ergibt sich folgendes:
Um seinen Hegemonieanspruch über Europa zur Geltung zu bringen, zielte das zaristische Rußland darauf ab, Istanbul und die Meeresengen zu erobern, die Türkei zu seinem Vasallen zu machen und seine Kriegsflotte ohne Behinderung ins Mittelmeer fahren zu lassen. Die Eroberung des Bosporus und der Dardanellen war also für die alten Zaren lebenswichtig. Deswegen vergingen im 18., 19. und auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts keine 25 Jahre ohne einen Krieg des zaristischen Rußlands gegen die Türkei.

Die große Oktober-Revolution setzte der zaristischen Expansionspolitik gegenüber der Türkei ein Ende. Am 27. Oktober 1922 erläuterte Lenin einem englischen Journalisten in aller Öffentlichkeit unter anderem die Politik Sowjet-Rußlands gegenüber den türkischen Meerengen. Er sagte: „Unser Programm enthält die Schließung der Meerengen für alle Kriegsschiffe in Friedens- und Kriegszeiten." (Interview für den Korrespondenten des „Observer" und des „Manchester Guardian", M. Farbmann. Lenin Werke Bd. 33, S. 372).

Auf der Lausanner Konferenz zur Beratung der nahöstlichen Fragen 1923 zog die sowjetische Delegation einen klaren Trennungsstrich zur Politik der Zaren gegenüber der Türkei. Die sowjetische Delegation trat gegen das Projekt der Öffnung der Meerengen für Kriegsschiffe sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten auf und brachte ihr Projekt der völligen Schließung der Meerengen für die Kriegsschiffe sämtlicher Staaten mit Ausnahme der Türkei ein. Das Projekt der sowjetischen Delegation wurde von der Kommission abgelehnt. (J. Stalin, Über die Vereinigung der Sowjetrepubliken, Anm. 43 der russischen Ausgaben von 1939, dt. in Stalin, Der Marxismus und die nationale koloniale Frage, repr. Köln 1976, S. 406 Anm. 43)

Als in den 30er Jahren die Kriegsgefahr akut wurde, forderte die Türkei gerechterweise die Änderung der Klausel des Lausanner Friedensabkommen über die Meerengen. Nach dem Lausanner Abkommen durfte die Türkei in Küstengebieten der Meerengen keine militärischen Truppen stationieren. Durch die Initiative und die diplomatischen Bemühungen der Türkei konnte endlich im Juni 1936 in Montreux eine internationale Konferenz eröffnet werden, die die Forderungen der Türkei behandelte. Während alle Großmächte auf der Konferenz der Türkei das Recht beschneiden wollten, für die fremden Kriegsschiffe in allen Zeiten die Meerengen zu schließen, und dadurch ihre Souveränität über die Meerengen anzutasten versuchten, unterstützte die Sowjetunion die Forderung der Türkei. Am 14. April 1936 betonte die Prawda den Standpunkt der Sowjetunion auf der Montreux-Konferenz mit den Worten:

„Unser Land, das seit Beginn mit der Regierung der Türkei freundschaftliche Beziehungen unterhält, verhielt sich nach der unveränderlichen Tatsache, daß das Gebiet der Meerengen ein untrennbarer Teil des unter der türkischen Souveränität stehenden Territoriums ist. Die Haltung der Sowjetunion in Meerengenfragen hat sich nicht verändert. Diese Haltung entspricht der Friedenspolitik, der Freundschaftspolitik mit allen Völkern auf der Grundlage der absoluten Gleichheit, die unser Land verfolgt, vollkommen. . . Der Vorschlag der Regierung der Türkei dient zur Festigung des Friedens, zur Sicherung der Grenzen der türkischen Regierung, dadurch zur Erlangung des Friedens im Schwarzen Meer und im Mittelmeer." (Rundschau 16. April 1936, Nr. 17, S. 664, Rückübersetzung aus dem Türkischen)

Die Sowjetunion Lenins und Stalins verteidigte sowohl bei der Lausanner- als auch bei der Montreux-Konferenz die Interessen der Türkei. In dieser Zeit bemühte sie sich, das Schwarze Meer in ein Meer des Friedens zu verwandeln.

Seit der Konferenz von Montreux sind auf der Welt wichtige Veränderungen vor sich gegangen. Das faschistische Lager, das für die Eroberung der Welthegemonie zum Krieg griff, wurde geschlagen. Die US-Imperialisten, die nach dem 2. Weltkrieg Hitlers Stiefel angezogen hatten, haben in der ganzen Welt schwere Schläge erlitten und sind am Zusammenbrechen. Daneben ist an die Stelle der friedlichen und revolutionären Sowjetunion von Lenin der sozialimperialistische Staat der Chruschtschow-Breschnew-Clique getreten.

Das Rußland Lenins kämpfte, das Schwarze Meer in ein Meer des Friedens zu verwandeln und zeigte mit all seinem Verhalten die Freundschaft, die es gegenüber der Türkei hegte. Das einzige Land, das die Souveränität, die Unabhängigkeit und die Sicherheit der Türkei sowohl in Lausanne als auch in Montreux mit aller Kraft unterstützte, war die Sowjetunion. Mit der Zerschlagung der Diktatur des Proletariats, die Lenin errichtet hatte, verkehrte sich die Lage ins Gegenteil.

Heute folgt die sozialimperialistische Breschnew-Clique den Spuren der alten russischen Zaren. Das Ziel der Breschnew-Clique ist es, das Schwarze Meer in ihr eigenes Binnenmeer zu verwandeln, die Meerengen zu beherrschen und ganz Europa und das ganze Mittelmeer unter ihre Vorherrschaft zu bringen. Mit dem Ausdruck des sowjetischen Außenministers Litwinow, der an der Konferenz von Montreux teilnahm, wurde „das alte imperialistische Rußland, das versuchte, das Schwarze Meer als ein Sprungbrett zu benützen", heute von den neuen Zaren wiederbelebt. Die Breschnew-Clique betreibt dieselbe Politik, wie sie das zaristische Rußland seit Peter I verfolgt hatte.

Die Stärke der sowjetischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meer übersteigt die Verteidigungsbedürfnisse der Sowjetunion bei weitem. Es ist offensichtlich, daß diese Flotte die Drohung der

gegen die Schwarzmeer-Küstenländer und gegen die Mittelmeerländer gerichteten Aggression zum Ausdruck bringt. Die Aufgabe der sowjetischen Seemacht im Mittelmeer ist es, zum Atlantischen Ozean vorzudringen, sich dort mit der sowjetisch-baltischen Flotte zu vereinigen und die Versorgungswege Europas abzuschneiden. Die neuen sowjetischen Zaren haben dieser Flotte sogar die Aufgabe erteilt, den Golf von Suez und das Rote Meer zu erobern und eine Verbindung zum Indischen Ozean herzustellen. Wie man sieht, haben die Meerengen im Plan der neuen Zaren, die Weltmeere zu beherrschen, eine Schlüsselbedeutung und zeigt, was für Absichten die Sozialimperialisten gegenüber der Türkei verfolgen.

Heute hat die sowjetische Seemacht im Mittelmeer sogar die US-Imperialisten überholt. Die sowjetischen Kriegsschiffe, die durch die Meerengen zum Mittelmeer fahren, bedrohen die Sicherheit aller Mittelmeerländer. Gestützt auf ihre militärische Stärke, versuchen die neuen Zaren, das Mittelmeer unter ihre Vorherrschaft zu bringen. Die alten römischen Kaiser und Mussolini nannten das Mittelmeer „Mare Nostrum", d.h. „unser Meer". Heute ist es niemand anderer als die sowjetischen Sozialimperialisten, die dieses Ziel verfolgen. Die größte Flotte, die im Mittelmeer patrouilliert, trägt das Banner der neuen Zaren, obwohl Rußland dort keinerlei Küsten besitzt. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben gegen die Mittelmeerländer eine wahnwitzige Aktivität der Einmischung, des Drucks, der Kontrolle und der Subversion entfaltet. Die Quelle aller Unruhen im Mittelmeer ist die Rivalität der beiden Supermächte, besonders die aggressive Politik Rußlands. Die durch die Meerengen ins Mittelmeer gebrachte sowjetische Flotte ist das Hauptinstrument dieser aggressiven Politik. Die Breschnew-Clique praktiziert die berühmte „Kanonenboot"-Politik der Imperialisten. Die neuen Zaren richten die Kanonenrohre ihrer Kriegsschiffe gegen die Mittelmeerländer, zwingen diese Länder, sich zu beugen und versuchen, sie unter ihre Hegemonie zu bringen.

Unter all diesen Bedingungen hat die Schließung des Mittelmeeres für die Kriegsschiffe der beiden Supermächte eine vitale Bedeutung gewonnen. Der Hegemoniewettstreit der beiden Supermächte erhöht mit jedem Tag die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Die sowjetischen Sozialimperialisten, die blindwütig der Expansion nachjagen und noch aggressiver sind, bilden die Hauptursache für einen Krieg. Unser Land steht ganz vorne unter den Ländern, die von der sowjetischen Expansion und Aggression bedroht sind. Sich vor der sowjetischen Bedrohung zu beugen und die Meerengen den sowjetischen Kriegsschiffen offenzuhalten, dient der Ermunterung des Aggressors, dem Wachsen seiner Hegemoniegier und seiner Eroberung neuer Positionen und erhöht die Kriegsgefahr. Die Erfahrung beider Weltkriege hat gezeigt, daß nur ein unerbittlicher Kampf gegen die Kriegstreiber den Krieg verhindern kann. Kapitulation und sich beugen aber ermuntern die Gier des Aggressors und führen nur dazu, daß er jedes Mal mehr fordert.

Die Sowjetunion marschiert auf dem Wege zur Erlangung der Herrschaft über die Türkei in allen Bereichen. Dieser Marsch hat einen gewissen hohen Grad erreicht, so daß der neue Zar Breschnew auf dem 25. Parteitag der revisionistischen Partei der Sowjetunion folgendes sagen konnte: „Auch die Türkei möchte ich erwähnen, mit der sich unsere Zusammenarbeit aus der vorwiegend ökonomischen Sphäre nach und nach auf politische Fragen erweitert."

Ich habe oben die Haltung der alten Zaren und der heutigen neuen Zaren gegenüber der Türkei aufgezeigt, deren Ziele in der Türkei ein und dasselbe sind. Nun werde ich schildern, wie die imperialistische Sowjetunion die Türkei durch militärische Bedrohung, wirtschaftliche Kontrolle, politischen Druck und innere subversive Zersetzung völlig in die Hand zu bekommen versucht.

A) Militärische Bedrohung

Die Breschnew-Clique verfolgt nicht nur die Ziele der alten Zaren in der Türkei, sondern macht auch von ihren Methoden Gebrauch. Der Kommandant der Seestreitkräfte der Sowjetunion, Gortschkow, schreibt in seinem Buch „Seemacht des Staates" folgendes:

„Die zaristische Regierung hat im Jahre 1783 die Überlegenheit ihrer Marine im Schwarzen Meer ausnutzend die Krim ohne Krieg annektiert. Und im Jahre 1830 hat sie, ohne einen Krieg führen zu müssen, der Türkei die Beteiligung einer „Verteidigungsallianz" aufgezwungen, die ausschließlich ihren eigenen Zielen diente."

Eben deswegen haben die Sozialimperialisten das Schwarze Meer in einen Stützpunkt für ihre Aggression und Expansion und in ein Sprungbrett verwandelt, um die Meerengen zu beherrschen und im Mittelmeer ihre Hegemonie zu errichten. Obwohl am Schwarzen Meer keine Kriegsgefahr seitens der Anrainerstaaten außer der UdSSR besteht, hat die Sowjetunion dort ein großes Kontingent Kriegsschiffe, darunter Flugzeugträger, Kreuzer, Zerstörer usw. zusammengezogen.

Die Sowjetunion hat im Mittelmeer keine Küste. Sie hat aber dort eine ständig kreuzende, aggressive Kriegsflotte. Sie ist bereits der ebenfalls dort kreuzenden 6. Flotte der USA überlegen. Diese Flotte ist bei jedem Konflikt im östlichen Mittelmeer von der ersten Minute an anwesend, um zugunsten der sowjetischen Interessen zu intervenieren: Zum Beispiel beim Zypernkrieg von 1974, bei der Libanon-Krise, beim türkisch-griechischen Agäis-Konflikt.

Die Mittelmeerflotte der Sowjetunion versucht nicht nur eine entscheidende Rolle bei irgendeinem Konflikt im Mittelmeer zu spielen. An und für sich besteht ihre hauptsächliche Aufgabe darin, im Falle eines Weltkrieges den Weg des Erdöltransportes vom Nahen Osten zu Süd- und Westeuropa zu versperren, eine Landung an der Südflanke, dieser weichen Stelle Europas, zu ternehmen, vom Mittelmeer aus zum Atlantischen Ozean und zum Indischen Ozean vorzudringen, sich mit den dortigen sowjetischen Flotten zu vereinigen und dadurch alle Versorgungswege Europas abzuschneiden.

Da die Sowjetunion im Schwarzen Meer und im Mittelmeer zwei große Flottenkontingente stationiert, gibt es einen regen Verkehr der sowjetischen Kriegsschiffe durch den Bosporus und die Dardanellen. Nach einer Statistik der Zeitung Halkin Sesi passierten im Jahre 1976 1 Flugzeugträger, 217 Zerstörer, 54 Kreuzer, 34 Landungsboote, 12 U-Boote, 16 Schnellboote, 9 Überwachungsschiffe und 7 Minenlegerboote insgesamt 432 mal vom Schwarzen Meer kommend in Richtung zum Mittelmeer. Der Flugzeugträger Kiev durfte eigentlich nach dem Montreux-Abkommen die Meerengen nicht passieren. Er wurde aber unter dem Druck der Sozialimperialisten als „Hubschrauberträger" deklariert!

Die Sowjetunion bedroht die Türkei aber nicht nur mit ihren ständig wachsenden Flotten im Schwarzen Meer und im Mittelmeer. Sie führt militärische Manöver im Kaukasus durch. Wozu eigentlich? Dort hat die Sowjetunion mit der Türkei und dem Iran eine gemeinsame Grenze. Besteht etwa in dieser Region eine Kriegsgefahr seitens der Türkei und dem Iran? Ganz umgekehrt! Sie kommt eben von der Sowjetunion. Sie will vom Kaukasus aus in die Türkei und den Iran einmarschieren, um den Nahen Osten unter ihre totale Kontrolle zu bringen. Es bleibt auch nicht bei den aggressiven Militärmanövern der Sowjetunion im Kaukasus. Zu diesen Manövern werden die einflußreichen Generale der Türkei eingeladen, um ihnen zu zeigen, wie allmächtig die Sowjetarmee ist. Diese Einschüchterungsmethode haben die neuen Zaren bei Hitler entliehen.

B) Wirtschaftliche Kontrolle

Seit ihrem Aufstieg in den Klub der imperialistischen Mächte hat die Sowjetunion ein großes wirtschaftliches Interesse an der Türkei. Sie will die Türkei durch die Kontrolle ihrer Wirtschaft unter politischen Druck setzen. Die Sowjetunion ist heute dabei, in der Türkei auf wirtschaftlichem Gebiet die einflußreichste ausländische Macht zu werden. Ihre Investitionen haben in den letzten 10 Jahren bereits die der USA überflügelt. Besonders bemerkenswert ist, daß die Sozialimperialisten in der Türkei ausschließlich in der Schwerindustrie und im Energiesektor investieren. Auf diese Weise sind sie jederzeit in der Lage, die Schlagader der Wirtschaft der Türkei abzuschneiden, falls die Türkei sich vor ihnen nicht beugt und ihrer Expan-

sion und Aggression nicht die Hilfe leistet.

Die Aufstellung der Investitionen der Sowjetunion in der Türkei seit 1967 sieht wie folgt aus:

Datum	Bezeichnung der Investitionen	Kreditbedingungen Zins	Laufzeit	Phasen	Kreditsumme Dollar	türk. Pfund
9. 5.1967	Aluminium-Fabrik Seydisehir	2,5%	15 Jahre	11 Jahre	62.000.000	558.000.000
12. 6.1967	Aliaga-Raffinerie Izmir	2,5%	15 Jahre	1 Jahr	24.250.000	218.250.000
20. 6.1967	Schwefelsäure-Fabrik Bandirma	2,5%	15 Jahre	1 Jahr	2.260.000	20.340.000
11. 8.1967	Faserplattenfabrik Artvin	2,5%	15 Jahre	1 Jahr	3.010.000	27.090.000
7. 5.1968	3. Ingenieur-Abk. für Demir-Celik	2,5%	15 Jahre	1 Jahr	2.700.000	24.300.000
10.10.1969	3. Kredit f. Demir-Celik	2,5%	15 Jahre	1 Jahr	97.600.000	870.400.000
28. 8.1969	Transmissionsleitung Seyit Ömer	2,5%	15 Jahre	1 Jahr	3.530.000	31.770.000
21. 8.1970	3. Kredit f. Demir-Celik	2,5%	14 Jahre	4 Jahre	113.700.000	1.705.500.000
	3. Kredit f. Demir-Celik	2,5%	15 Jahre	1 Jahr	45.400.000	681.000.000
10. 7.1975	Rahmenabkommen	3-4%	10-12 J.	1 Jahr	700.000.000	10.050.000.000
			Summe:		1.054.450.000	14.186.650.000

(Alle Zahlen und Informationen wurden den Berichten und Publikationen der staatlichen Planungsorganisation, der Außenhandelsstatistik und dem Buch „SAVUNMA – der Prozeß gegen die Revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei" entnommen.)

Wie aus der Aufstellung ersichtlich, hat die Summe der sowjetischen Kredite, deren Zahlung an die Türkei seit 1967 bis heute beschlossen wurde, 14,2 Milliarden türk. Pfund erreicht. Da die Investitionen oftmals die im Projekt vorgesehenen Kosten übersteigen, überschreitet auch der verwendete Kredit diese Summe. Wenn man sich daran erinnert, daß die Summe allen ausländischen Privatkapitals, das in 20 Jahren bis 1975 in die Türkei geflossen ist, 2 Milliarden türk. Pfund beträgt, so ist die Kreditsumme, die die Sowjetunion in 9 Jahren gewährte, sieben Mal so hoch.

Und wenn man einen Vergleich aus der Sicht der zwischenstaatlichen Kredite an die Türkei anstellt, sieht man sich mit folgendem Bild konfrontiert: Die Summe der Staatskredite, die die USA der Türkei in den 35 Jahren zwischen 1930 und 1974 gewährten, beträgt 1,8 Milliarden Dollar. Und die Sowjetunion gewährt in 9 Jahren Kredite in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar. Wenn man nur die letzten neun Jahre nimmt, so sind die in die Türkei geflossenen sowjetischen Kredite höher als die der USA. Die in den 35 Jahren der Türkei von verschiedenen Ländern (außer den USA und der Sowjetunion) gewährten zwischenstaatlichen Kredite ergeben folgendes Bild: BRD 435 Mio. US Dollar, England 199 Mio. US Dollar, Frankreich 177 Mio. US Dollar, Japan 83 Mio. US Dollar, Italien 75 Mio. US Dollar, Kanada 72 US Dollar.

Die Sowjetunion steckt also *auf einmal* soviel Kapital in die Türkei, wie die gesamten Kredite der übrigen kapitalistischen Länder in 35 Jahren oder soviel wie die Hälfte der Kredite, die die USA *in 35 Jahren* gewährt haben. Dazu ist der Großteil der sowjetischen Kredite an die Goldbasis gebunden, und unsere Auslandsschulden schwellen auf der Stelle an. Und was die Rückzahlungsbedingungen betrifft, so sind diese schwieriger als die Bedingungen für die USA-Kredite. (vgl. Halkin Sesi, Nr. 34)

Weiter: Gemäß einer Meldung der Zeitschrift Newsweek soll die sowjetische Bank für Außenhandel gemeinsam mit einer amerikanisch-britischen Bank der Türkei einen 150-Millionen-Dollar-Kredit (fast 2,3 Milliarden türk. Pfund) sichern. Die Zeitung schreibt, daß dieser Kredit in der Türkei als Investition in die irakische Erdölleitung, die in Iskenderun verlegt wird, verwendet wird. (Ausführliche Mitteilung vom 23.10.1975)

Nach den Zahlen für das Jahr 1972 beträgt die Summe der Auslandsschulden der Türkei 62 Milliarden türk. Pfund. Und die Summe unserer Schulden, die aus den sowjetischen Krediten erwuchsen, beträgt wie oben erwähnt, *ohne Zinsen*, 14 Milliarden türk. Pfund. *Wenn man bedenkt, daß der Großteil dieser Schuld auf der Goldbasis zurückzuzahlen ist, und wenn man auch die Zinsen dazurechnet*, so sieht man, welchen Betrag unsere Auslandsschuld an die Sowjets erreicht. Die Summe unserer Auslandsschuld an die USA betrug im Jahre 1972 um die 35 Milliarden türk. Pfund. Unsere Auslandsschuld an die Sowjets hat heute schon ein mit diesem Betrag vergleichbares Niveau erreicht. Jeder Staatsbürger der Republik Türkei schuldet der Sowjetunion schon heute an die 500 türk. Pfund.

Gestützt auf all diese Entwicklungen, schreibt die sowjetische Presse, daß sich die Türkei bei der industriellen Entwicklung der Sowjetunion zuwendet. Das Regierungsorgan der Sowjetunion, die Zeitung Iswestija, behauptete in einem Kommentar über die türkisch-sowjetischen Beziehungen, daß die Demirel-Regierung den industriellen Aufbau ihres Landes in bedeutendem Maße an die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gebunden habe. Indem Iswestija betont, daß es gegenwärtig in der Türkei keine Partei gebe, die sich gegen die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion stelle, schreibt sie, daß die UdSSR mit der von Demirel betriebenen Außenpolitik zufrieden sei. (Ausführliche Meldung vom 23. Oktober 1975).

Zusätzlich zu all dem muß man berücksichtigen, daß die sowjetischen Investitionen die Schlüsselstellen unserer Wirtschaft anvisieren, die sowjetischen Sozialimperialisten betreiben in dieser Hinsicht sogar eine noch schlauere Politik der Wirtschaftsexpansion als der USA-Imperialismus. Die sowjetische Wirtschaftsexpansion verfolgt sehr sorgfältig das Ziel für die politische Vorherrschaft einen festen Boden zu schaffen. Wie anhand später folgender Auszüge zu sehen ist, nennen die sowjetischen Exponenten im Grunde diese ihre Absichten ganz offen.

In der sowjetischen Außenhandelsstatistik mit den Ländern der 3. Welt steht die Türkei an 5. Stelle, noch vor Ländern wie Syrien, Algerien und Brasilien. (Günaydin, 11. Juni 1975). Der Sachverständige der Ägäischen Industriekammer erklärte, daß unsere Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern „nunmehr ein nicht mehr wegzudenkendes Niveau erreicht haben". (Milliyet, 27. Mai 1976)

C) Politische Einflußnahme

Die Sowjetunion ist in der Türkei auch auf politischem Gebiet vorgedrungen. Es ist bekannt, daß während der Nahost-Krise 1973 russische Flugzeuge über die Türkei in den Nahen Osten flogen und daß sie sogar auf unseren Flughäfen landeten und versorgt wurden.

Während der Zypern-Operation befand sich die Türkei in einer indirekten Kollaboration mit der Sowjetunion. Die Supermacht, die für die Zypern-Operation grünes Licht gab, ist der sowjetische Sozialimperialismus. In einer Rede vor der Parlamentsfraktion der Republikanischen Volkspartei (CHP) erklärte der Abgeordnete Mustafa Ok: „Die Zypern-Operation, die die Ecevit-Regierung gegen den Samson-Putsch durchgeführt hat, wurde im allgemeinen von Moskau unterstützt." (Tageszeitung Vatan 20. Mai 1976)

Daß sich die Regierungen der Türkei dem sowjetischen Druck beugen, ist an der Durchfahrt der sowjetischen Flugzeugträger durch die Meerengen zu sehen, die den Bestimmungen des Abkommens von Montreux zuwider läuft. Abgesehen davon, daß die Regierung der Türkei die Souveränität unseres Landes über die Meerengen nicht bedingungslos verteidigt, gibt es sogar verschiedene Anzeichen dafür, daß sie gegenüber der Sowjetunion zu Zugeständnissen bereit ist. Drohung, Erpressung, wirtschaftlicher Druck u.ä. sind die Instrumente, die die SU dabei anwendet. Die sowjetische Führung mischt sich schon heute in den revolutionären Kampf des Volkes der Türkei ein. Die von Moskau unterstützte revisionistische 5. Kolonne versucht, die Revolution in der Türkei mit sozialfaschistischen Methoden zu zerschlagen, und spielt die gleiche Rolle wie die faschistischen Kommandos. Bei den Attacken auf die Losung „Weder Amerika noch Rußland – für eine unabhängige Türkei", die nach meiner Ansicht heute die Hauptforderung des türkischen Volkes verkörpert, stehen die Handlanger der

sowjetischen Führung an der Spitze. Die Revisionisten in unserem Land sehen in der revolutionären Bewegung in jedem Bereich — vor allem in den Gewerkschaften — das „maoistische Gespenst" und greifen zu jedem Mittel, um sie gewaltsam zu unterdrücken. Die Waffe des „Antikommunismus" der US-Imperialisten ist nun in die Hände der sowjetischen Führung übergegangen.

Die Handlanger der sowjetischen Führung in der Türkei sind in der letzten Zeit soweit gegangen, Patrioten, die das Banner der Unabhängigkeit hochhalten, zu ermorden. Sie hingegen huldigen ihren Moskauer Herren uneingeschränkt und schreien „Es lebe Rußland". In der Geschichte der Türkei ist es niemals vorgekommen, daß Lakaien für ihre ausländischen Herren „Sie leben hoch" schreien konnten. Dieses Recht hat Breschnew für seine Agenten in der Türkei durch militärische Bedrohung und wirtschaftliche Kontrolle erkauft.

Wie ersichtlich, ist die sozialimperialistische Sowjetunion in der Türkei auf dem Vormarsch.

Die Expansion der Sowjetunion vollzieht sich in der Türkei nicht ohne Widerstand. Heute breitet sich der Slogan „Weder Amerika, noch Rußland! Für eine unabhängige und demokratische Türkei!" überall in der Türkei aus, von der Fabrik bis ins Dorf, von der Schule bis in die Titelseiten der Zeitungen. Dies ist ein Ausdruck des Auflehnens gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte über die Türkei und vor allem gegen den wachsenden Einfluß der Sowjetunion. Die Sternmärsche und Kundgebungen, an denen Tausende Menschen teilnehmen, ist ein Zeugnis dieses Auflehnens.

Der Sternmarsch 1975 von Iskenderün, wo das sowjetische Eisen- und Stahlkombinat gebaut wird, nach Adana, wo die USA ihren größten Luftstützpunkt im Nahen Osten haben, die Kundgebung im selben Jahr in Istanbul, an der 5.000 Menschen teilgenommen haben, der Sternmarsch 1976 von Ödemis nach Izmir sind einige Beispiele.

Die Teilnahme vieler Arbeiter, Bauern, Jugendlicher und Lehrer an diesen Aktionen zeigt, daß von allen Schichten der Bevölkerung ein Kampf gegen die beiden Supermächte für die nationale Unabhängigkeit unseres Landes eröffnet wurde und die Expansionspolitik der Sowjetunion erkannt wird.

Wer zuvor in der Türkei von der Politik der Sojwetunion in die Irre geführt worden ist, dem werden jetzt die Augen geöffnet.

Wer zuvor der Expansionspolitik der Sowjetunion unbekümmert gegenüberstand, nimmt jetzt eine anti-hegemonistische Haltung ein.

Je mehr der sowjetische Einfluß der Sowjetunion wächst, desto größer wird der Widerstand der Bevölkerung der Türkei, die bereits eine 34-jährige Kampferfahrung gegen die andere Supermacht, die USA besitzt.

Das Volk der Türkei, das vor 55 Jahren einen nationalen Befreiungskrieg gegen die britischen und französischen Imperialisten geführt hat und seit den letzten 30 Jahren gegen den US-Imperialismus kämpft, ist entschlossen, sich vor dem sowjetischen Sozialimperialismus nicht zu beugen, so wie es sich vor dem US-Imperialismus nicht gebeugt hat. Das Volk der Türkei wird auf dem Wege der nationaldemokratischen Revolution vorwärtsschreiten, indem es seine nationale Unabhängigkeit im Kampf gegen die beiden Supermächte erkämpfen wird.

In diesem Kampf, im Kampf für die Unabhängigkeit, Demokratie und Freiheit, gegen die beiden Supermächte, braucht das Volk der Türkei internationale Solidarität und Unterstützung des Weltproletariats und der Völker der Welt, einschließlich die des Proletariats und des Volkes Österreichs!

Schließen wir uns zusammen im Kampf gegen die beiden Supermächte, die gefährlichsten Feinde der Menschheit!

YILDIRIM DAGYELI
Herausgeber von AYDINLIK in Fremdsprachen

Die Krise in der sowjetischen Landwirtschaft. Produkt der Herrschaft der neuen Zaren

Die Getreideernte in der sozialimperialistischen Sowjetunion betrug 1977 nur 194 Millionen Tonnen, gegenüber dem angegebenen, aber offenbar nachträglich reduzierten Plansoll von 220 Millionen Tonnen. Das sind 29 Millionen Tonnen weniger als 1976 und 26 Millionen Tonnen weniger, als für den Jahresdurchschnitt bis 1980 geplant war. Um die Lücke zu schließen, mußten die sowjetischen Machthaber jetzt schon fast 4 Millionen Tonnen Getreide aufkaufen, das sind zwei Drittel der 1976 mit den USA auf 5 Jahre vereinbarten Jahresmindestimportmenge von 6 Millionen Tonnen.

Von einer Beseitigung der Krise in der Landwirtschaft traut sich nicht einmal mehr – so wie früher üblich – der oberste Revisionistenhäuptling Breshnew zu phantasieren, er gibt die Schuld am landwirtschaftlichen Debakel lieber gleich den werktätigen Massen, ihrem „Mangel an Leistunsbewußtsein und Motivation" (Presse, 3. 10. 77, siehe Rede zum Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution).

Was aber sind die eigentlichen Ursachen?

Nach der Machtergreifung der Chruschtschow-Clique Mitte der Fünfziger-Jahre wurden auch in der Landwirtschaft die Errungenschaften beim Aufbau des Sozialismus zerstört. Kolchose und Sowchose (die niedere und höhere Form des sozialistischen Eigentums in der Landwirtschaft) wurden durch kapitalistische Agrarbetriebe ersetzt. Ihren Niederschlag fand die Besitzergreifung von sämlichen Produktionsmitteln seitens der neuen Kapitalistenklasse auch in der Landwirtschaft in einem „Musterstatut der Kolchose" und in „Leitsätzen für die innere Ordnung der Kolchosen." Darin wurde festgelegt, daß die *„Vorsitzenden berechtigt (sind), über Eigentum und Geldmittel der Kolchose zu verfügen, Produktionspläne auszuarbeiten, frei mit landwirtschaftlichen Maschinen und anderen Produktionsmitteln zu handeln und Agrar- und Viehprodukte ohne Beschränkung zu verkaufen. Ferner haben sie das Recht, den Boden der Kolchose zu vermieten und an andere abzutreten, die Arbeitslöhne und Prämien der Kolchosemitglieder festzulegen und diese mit administrativen und wirtschaftlichen Mitteln zu bestrafen."* (zitiert nach „Peking Rundschau" 36/75).

Die Kolchos„vorsitzenden" sind die kapitalistischen Betriebsleiter, die im Auftrag der neuen Kapitalistenklasse den Agrarbetrieb verwalten. Die entscheidende Kennziffer der Betriebsleitung ist der Profit, den sie aus den „Kolchosbauern" herausschinden kann. Davon hängt auch die Bezahlung der Kolchosleiter durch die neue Bourgeoisie ab.

Die Kolchosbauern, die früheren Eigentümer an den Produktionsmitteln, wurden schrittweise enteignet und entrechtet und schließlich zu Landarbeitern degradiert. Heute müssen sie sich unter den elendsten Bedingungen für ihre neuen Herrn abrackern. Der durchschnittliche Lohn ist äußerst niedrig – er liegt bei etwa 100 Rubel, das ist weit unter dem offiziellen Minimal-Lebensstandard. Viele von ihnen mußten daher nach und nach dazu übergehen, ihr eigenes, von der Kolchose gemietetes Fleckchen Land zu bebauen. Das bedeutet, daß sie sich zu den 8 Stunden Lohnarbeit am Tage noch einige Stunden am „Privatland" abmühen müssen. So entfaltet sich neben der wiedereingeführten Lohnarbeit in den früheren sozialistischen Kollektiven auch die private Kleinproduktion wieder. Heute würde ohne diese Nebenerwerbsbetriebe die Landwirtschaft der Sowjetunion vollständig zusammenbrechen:

Die von Kolchosbauern und -arbeitern bewirtschafteten Privatparzellen von ca. 30 Millionen Nebenwirtschaften, mit einer durchschnittlichen Größe von 0,3 ha, machen zwar nur 1,5% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Sowjetunion aus – (dazu kommen noch 10–20 Millionen Eigengärten von Stadt- und Landbewohnern zwischen jeweils 0,03–0,08-ha) – aber der Ausstoß dieser Privatlandwirtschaft ist enorm: laut „Literaturnaja Gazeta" werden heute in diesen Kleinstbetrieben 22% aller Kühe, 18% aller Schafe und 79% aller Ziegen gehalten, 31% des nationalen Fleisch- und Milchverbrauches, 34% des Gemüse-, 39% des Eier- und 59% des gesamtsowjetischen Kartoffelkonsums gedeckt. Nur der geringste Teil der Produkte wird von den Produzenten selber verbraucht. Wenn die Kleinstbetriebe von Kolchosen oder staatlichen Handelsbetrieben mit Düngemittel, Saatgut etc. beliefert werden wollen, sind sie gezwungen, ihre Produkte auch an diese zu verkaufen, die dann ihrerseits mittels überhöhter Preise auf den Kolchosmärkten aus der miserablen Versorgungslage der städtischen Bevölkerung noch ein gutes Geschäft machen. Darüber hinaus hat sich ein reger Schwarzmarkt entwickelt, auf dem zu Wucherpreisen das erhältlich ist, was in den staatlichen Ländern gar nicht, oder in zu geringer Menge bzw. Qualität zu haben ist.

Die weitere Entwicklung und die Folgen der privaten Kleinproduktion sind dieselben wie in allen anderen kapitalistischen und imperialistischen Ländern auch:

Viele der Kleinproduzenten können sich gegen die übermächtige Konkurrenz der in jedem Falle billiger produzierenden landwirtschaftlichen Großbetriebe nur kurzfristig behaupten – solange eben die Kraft reicht, sich sowohl in der Kolchose ausbeuten zu lassen als auch sich daheim abrackern zu können. Andere wurden durch ihre Abhängigkeit von Düngemittel- und Saatgutlieferungen seitens „ihrer" Kolchose zur Spezialisierung auf ganz bestimmte, in der Großproduktion wenig profitable, da arbeitsintensive Produktionsbereiche (z.B. gewisse Sorten von Frischgemüse) gezwungen, dadurch auch der zusätzliche Zwang, alle anderen Lebensmittel und Gebrauchsgüter ebenfalls von „ihrer" Kolchose kaufen zu müssen. 1965 lieferten die größtenteils neu entstandenen privaten Kleinbetriebe noch 32% der gesamten sowjetischen Landwirtschaftsproduktion, 1974 waren es nur mehr 25%. Auf der anderen Seite bewirkt die Kapitalisierung der Landwirtschaft die Konzentration zu riesigen agroindustriellen Komplexen, nach dem Vorbild Bulgariens, das auf Grund der völligen Abhängigkeit von den sowjetischen Sozialimperialisten die Rolle des Versuchskarnickels auf diesem Gebiet übernehmen durfte. Daß derartige Fusionen im Kapitalismus für die Arbeiter nur eine Verschärfung der Ausbeutung mit sich bringen, ist bekannt.

Die Ergebnisse der völligen Restauration des Kapitalismus und seiner weiteren Entfaltung sind unter anderem Ausbildungsmangel und Landflucht.

Die „Freisetzung von Arbeitskräften in der Landwirtschaft", die „Nettoauswanderung", wie die Revisionisten die Landflucht nennen, stieg von 1,5 Millionen pro Jahr zwischen 1959 und 1970 auf 1,9 Millionen jährlich in den Jahren nach 1970.

Jugendliche mit Schulbildung und technisch ausgebildete Arbeiter, auch hier wieder die große Mehrheit unter 35 Jahre alt, suchen bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Städten, Nur 15% der Mittel- und Oberschüler wollen nach Abschluß auf dem Land bleiben. Auf der Krim wollen 70% in die Stadt ziehen, in der Provinz Leningrad sogar 95% der Schüler in den Abschlußklassen. Mehr als 2,5 Millionen ländliche Maschinisten haben das Land im kurzen Zeitraum von 1966 bis 1968 verlassen. Allein in der Nicht-Schwarz-Erde-Zone fehlten 1974 nach Angaben des Ministeriums für Landwirtschaft der RSFSR für die reguläre Abwicklung der Frühjahrsfeldarbeiten 35.000 Mechanisatoren!

Diese beiden Faktoren, Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und Landflucht, führen zu einer außerordentlichen Verschärfung der Krise in der Landwirtschaft. Wenn die obersten Revisionistenbosse dabei noch von „Planwirtschaft" faseln, zeigt das nur, daß es ihnen immer weniger gelingt, die Tatsache zu verschleiern, daß sie zu immer waghalsigeren und wahnwitzigeren Manövern greifen müssen, um dem völli-

gen Ruin der Landwirtschaft zumindest kurzfristig entgegenzuwirken:

Im 9. Fünfjahresplan (1971–1975) war für die Agrarproduktion eine jährliche Wachstumsrate von 4,3% geplant, erreicht wurden im Jahresdurchschnitt 0,4%.

Durch höhere Investitionen wollen die Sozialimperialisten im 10. Fünfjahresplan (1976–1980) eine jährliche Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Produktion von 5,5% erreichen.

Doch allein die Art, wie diese Herren investieren, zeigt schon, was von diesem Vorhaben zu halten ist: Nach dem Motto „Höchstprofit in kürzester Zeit" wurden von der Breshnew-Clique in den letzten Jahren eine Reihe gigantischer Raubmanöver, vor allem in den nichtrussischen Provinzen, getätigt – sprichwörtlich nach dem bekannten Imperialistenleitsatz „hinter mir die Wüste": Große Flächen wurden übereilt und planlos „urbar gemacht". In Kasachstan z.B. kam es *„hauptsächlich durch den Mangel an allgemeinen und ackerschützenden Wäldern und durch den unbefriedigenden Zustand und die schlechte Verteilung der vorhandenen Schutzwälder zu regelmäßigen Sandstürmen, die beträchtliche Teile der Ernte Jahr für Jahr vernichten"*, mußten die Sozialimperialisten selbst in ihrer Zeitschrift „Agrikulturwirtschaft" kleinlaut eingestehen. Aus rasender Profitgier werden rücksichtslos und wahllos vorhandene Wälder kahlgeschlägert, die Folgen sind, daß in der Provinz Aserbeidshan allein *„48 Millionen Tonnen fruchtbaren Erdbodens jährlich weggespült worden sind .... 3,3Millionen Hektar Land erodiert sind. Es ist nicht schwer zu begreifen, wieviel Verluste die Erosion der Volkswirtschaft Aserbeidshans gebracht hat"*, berichtet „Agrikulturwirtschaft" in Nr. 8/1975. In derselben Nummer heißt es auch: *„Gegenüber 1950 verringerte sich das Nutzland in Georgien, Aserbeidshan und Armenien 1973 um 961.900 ha, d.h. um 9,8%, und das bebaute Land verringerte sich um 676.400 ha, das sind 22%."* In Georgien waren es gar 41,1%.

Die unbedingt nötigen Investitionen, z.B. für Schutzwälder, Wasserbau- und Ackerbefestigungsprojekte, werfen nicht schnell genug Profit ab und werden darum gar nicht getätigt, ganz zu schweigen von einer planmäßigen und erst nach Jahren zur Geltung kommenden allseitigen Entwicklung der ländlichen Gebiete.

Allein die Ausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Maschinen und Traktoren ist katastrophal. Die jährlichen Zuwachsraten im Traktoren- und Landmaschinenbau sanken von 14% im Jahre 1974 auf 7% im Jahr 1976. Und nicht einmal mehr die Versorgung mit Ersatzteilen kann gewährleistet werden, was die Sozialimperialisten zum Jammern veranlaßt: *„600 LKW sind im Gebiet Celinograd außer Betrieb, 1.000 Aggregate in Turgai."* (Presse, 4. 10. 77)

Um seinen Ambitionen nach der Weltherrschaft nachjagen zu können, produziert der sozialimperialistische Staat eben in erster Linie Waffen und nicht Landmaschinen. Da kann dann auch der Finanzminister Garbusov das Blaue vom Himmel versprechen – daß die Investitionen *„für die Entwicklung der Landwirtschaft"* 1977 rascher zunehmen werden als die Gesamtinvestitionen (Pravda, 28.10.76). Abgesehen davon, daß diese Lüge zum Himmel stinkt, denn die geplante jährliche Wachstumsrate der Bruttoanlageinvestitionen von 3,5% für den 10. Fünfjahresplan gegenüber den getätigten 7% im 9. Fünfjahresplan ist eine klare Verringerung - dieses Geschwätz macht den Tropfen auf den heißen Stein nicht größer. Und daß auch eine größere Summe von Investitionen allein deshalb nicht zur Geltung kommen kann, weil sie auf eine Unzahl von Kleinstbeträgen aufgesplittert werden muß, damit auch nur das Allernotwendigste zur notdürftigen Aufrechterhaltung wenigstens des bestehenden Produktionsniveaus angeschafft werden kann, liegt auf der Hand. Auf Grund der gigantischen Rüstungsinvestitionen müssen natürlich auch die Zuwachsraten im Maschinenbau für die Vieh- und Futtermittelwirtschaft stagnieren, was mit ein Grund für das Absinken der Produktion in der Fleisch- und Milchindustrie war – 1976 wurde um 11% weniger als im Vorjahr produziert! (Quellen für Vergleich der Zuwachsraten: Pravda, 25. 1. 1975, 1. 2. 1976, 23. 1. 1977).

Um noch höhere Profite zu machen, erhöhte die neue Sowjet-Bourgeoisie gleichzeitig ständig die Preise verschiedener, für die Landwirtschaft unentbehrlicher Industrieprodukte, wie Maschinen, Treib- und Brennstoffe, Dünge- und Futtermittel. In Nr. 4/1975 ließ „Agrikulturwirtschaft" durchsickern, daß von 1965 bis 1973 die Zuwachsrate der Produktionskosten der Kolchosen und Staatsfarmen in der Sowjetunion um 44% über der des Produktionswertes lag. Die Umsatzsteuersteigerung (!) von 80% von 1964 bis 1974 war ein weiterer Grund, warum 90% der Kolchosen riesige Schulden machten, die laut „Statistischem Jahrbuch der sowjetischen Volkswirtschaft von 1974" bereits 17,1

Milliarden Rubel betrugen, das 6,3-fache von 1960 oder 1.091 Rubel pro Kopf der Kolchosemitglieder mehr, als man in einem Jahr zurückzahlen könnte.

Zu schlechten Ernten und sinkenden Produktionsziffern kommen dann noch hohe Verluste durch Transport- und Lagerprobleme. Durch schlechte Arbeitsorganisation kann oft die Ernte nicht rechtzeitig eingebracht werden und verdirbt auf den Feldern. Auch die Lagerkapazitäten sind unzureichend. Darüber hinaus stellen die Angaben der Revisionisten über ihre Ernteergebnisse die sogenannte „Bunkerernte" dar. Um sie mengenmäßig mit der in den westlichen kapitalistischen Ländern ausgewiesenen Speicherernte vergleichen zu können, muß man bei Normalernten 15% Verluste abziehen, die aus Beimischungen, zu hohem Feuchtigkeitsgehalt, Ernte-, Transport- und Lagerverlusten stammen. Auch Appelle in der Pravda – *„Man muß maximales Organisationsvermögen zeigen, um Verluste zu verhindern"* - und der Einsatz der Armee (siehe Presse, 4.10.) können nicht mehr aus der im Imperialismus sich gesetzmäßig vertiefenden Krise der landwirtschaftlichen Produktion helfen.

Wachsende Ausplünderung, mangelnde Ausrüstung an landwirtschaftlichen Maschinen bei gleichzeitig ungeheuer aufgeblähter Rüstungsindustrie, geringere Leistungsfähigkeit durch Rückkehr zur Einzelbewirtschaftung, absolute Produktionsrückgänge auch in den staatlichen Großbetrieben, immer schlechtere Versorgung der Gesamtbevölkerung, zwingen die Sozialimperialisten zu gigantischen Importen von Nahrungsmitteln:

SU-Einfuhr (Werte in Millionen Rubel)

	1975	1974	1973	1972	1971	1960
Weizen	1.163,7	226,1	749,3	424,0	133,7	6,7
Mais	617,5	225,8	230,9	180,0	48,7	7,4
Rohzucker	1.571,4	610,8	462,1	195,8	185,6	93,4
Frischfleisch	270,7	271,7	24,2	21,4	52,2	14,9
frisches Obst und Gemüse	176,7	144,3	123,0	115,3	101,7	43,4
Gemüse (kons.) und Kartoffel	180,4	137,2	119,5	163,8	101,2	23,9

(Quelle: Vneshnaja Torgovlja SSSR 1960 – 1975, amtl. sowjet. Außenhandelsstatistik)

Bei den Werten ist zu berücksichtigen, daß Einfuhren, insbesondere aus den RGW-Ländern, oft auch unter anderen Bezeichnungen oder auch gar nicht ausgewiesen werden.

Der Anteil am Gesamtimportwert der Sowjetunion stieg im Zeitraum von 1971 bis 1975 von 1,65% auf 5,9% bei Rohzucker, von 1,18% auf 4,4% bei Weizen, von 0,43% auf 2,3% bei Mais. Mais.

Weil dasselbe – durch die völlige Restauration des Kapitalismus verursachte – Debakel auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion auch in den anderen Ostblockländern eintreten mußte, ergab sich für die Sowjetrevisionisten als waschechte Imperialisten gleich die zusätzliche Notwendigkeit, nicht nur aus der eigenen, sondern auch der Not der „Partner" eine Tugend zu machen: Zum Beruf als größte internationale Waffenhändler erlernten sie auch noch das Geschäft der internationalen Getreidespekulation, und das in bisher noch nicht dagewesenen Ausmaßen: Von den 66 Millionen Tonnen Importgetreide in den Jahren von 1970 bis 1975 verhökerten sie 22,6 Millionen Tonnen zu überhöhten Preisen und mit entsprechenden weiteren „günstigen Vereinbarungen" an die RGW-Länder. Höchste Zeit also, daß die Arbeiterklasse an der Spitze der unterdrückten Völker aller dieser Länder darangeht, die neuen Zaren dorthin zu befördern, wo auch die alten gelandet sind.



Die *„Peking Rundschau"* ist eine politische Wochenschrift über die VR China und Weltangelegenheiten. Sie erscheint in deutscher, englicher, französischer, spanischer und japanischer Sprache wöchentlich, in arabischer Sprache am 15. jeden Monats.
Einzelpreis: 2.50
Abonnement: 1 Jahr 75.-, 2 Jahre 112.50, 3 Jahre 150.-

China im Bild

Reichbebilderte, monatlich erscheinende Farbillustrierte

Einzelpreis: 6.-
Abonnement:
1 Jahr: 60.-
2 Jahre: 90.-
3 Jahre: 120.-

Erscheint ab Jänner 1978:

China im Aufbau

Die bisher in englisch erschienene Zeitschrift „China Reconstructs" erscheint ab Jänner 1978 als Zweimonatszeitschrift in deutsch. Sie bietet neben den schon seit Jahren in deutscher Sprache erscheinenden Zeitschriften „Peking Rundschau" und „China im Bild" weitere Möglichkeit, sich über die Fortschritte beim Aufbau des Sozialismus zu informieren.

Abonnements- und Einzelbestellungen an:

Vertrieb revolutionärer
Literatur und Schallplatten
Alois Wieser Ges.m.b.H.
Postfach 13
1042 Wien

Kataloge „Zeitschriften" und „Bücher aus China" senden wir auf Anforderung kostenlos zu.

Klassenkampf
Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs
erscheint 14-tägig. Einzelpreis: 5,- Abonnement: Halbjahr: 75,- 1 Jahr: 150,-
Ausland: Einzelpreis: 8,50, Abonnement: Halbjahr: 112,- 1 Jahr: 224,-

Kommunist
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs
Preis, 25,- Erscheint monatlich.
Jahresabonnement: 300,- zuzüglich Porto: Inland 18,- Ausland 42,-

Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Österreichs
Preis: 5,- (Erhältlich in Deutsch, Slowenisch und Englisch)



erhältlich bei unseren Zellen und beim „Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten", Alois Wieser GesmbH., 1042 Wien, Postfach 13

Kommunist

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs

Nr. 10/77

Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt – ein bedeutender Beitrag zum Marxismus- Leninismus (aus: „Peking- Rundschau" Nr. 45/77)
45/77. Erfahrungen aus dem Eingreifen des KB in die Gemeinderats- Wahlkämpfe in Innsbruck und Salzburg. Politisches Programm der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU)

Inhalt 9/77

Der internationale Charakter der Oktoberreolution. Zum 10. Jahrestag der Okroberrevolution (J.W. Stalin) - Über die Frage, ob der Imperialismus und alle Reaktionäre echte Tiger sind (Mao Tsetung) - Erläuterung der Resolution des ZK „Die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute, die Gruppierung der Länder in drei Welten und die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung" - Die Slowenen in Kärnten (Teil III): Nach 1945: Die Imperialisten verhindern eine demokratische Lösung - Die Entwicklung der revolutionären Bewegung unter den Arbeiterbauern, Vertrags- und Kleinbauern und die Aufgaben der Kommunisten - Die revisionistische Linie der „Viererbande" in Theorie und Praxis von Literatur und Kunst - Die gesundheitliche Verelendung der alten Menschen in der Wirtschaftskrise

Inhalt 8/77

Die Entfaltung des bewaffneten Befreiungskrieges und der Aufbau der revolutionären Partei in Zimbabwe -Kapitalistische Stadtentwicklung und Verkehrsplanung am Beispiel Innsbruck -Gegen die Lösung der Spitalsmisere auf dem Rücken des Volkes!

Kommunist,
theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Österreichs, erscheint monatlich, Einzelpreis S 25,- Abonnement für 1 Jahr S 300,- , für ½ Jahr S 150,- Porto: S 18,- im Inland, S 40,- im Ausland

Preis: 25.-